

Digitales Brandenburg

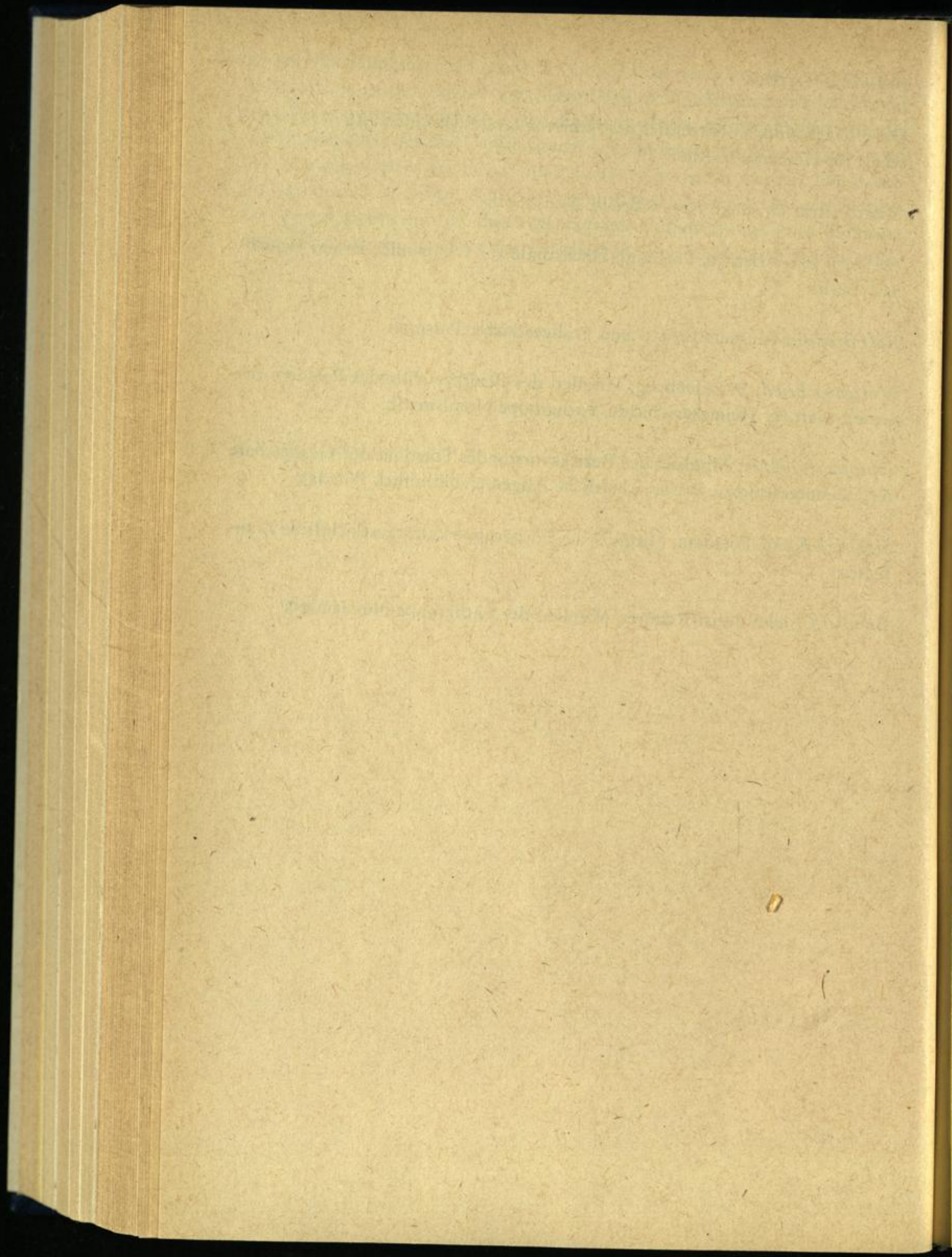
hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

Märkische Heimat

Potsdam, 1982

Heft 7

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-4878



Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam 1988



Z
5183

PH Potsdam

Märkische
Heimat

2405

Z 5183

Märkische Heimat

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam

Heft 7

Potsdam 1988

„Märkische Heimat“
Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam, Heft 7
Potsdam 1988

Titelbild: Denkmal des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Johann Georg Glume nach einem Modell von Berthold Damart, 1736/1738, in Rathenow.
Foto: Hilgenfeldt

Herausgeber:

Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksvorstand
Potsdam,
mit Unterstützung des Rates des Bezirkes Potsdam, Abt. Kultur, und des
Staatsarchivs Potsdam

Redaktion:

Joachim Schulz (Leiter), Rolf-Dieter Bierhals, Dorothee Geßner,
Wolfgang Kusior, Helmut Langner, Regina Rousavy, Siegfried Schubert

Bilder und Dokumente:

Staatsarchiv Potsdam, RAW „Erwin Kramer“ Potsdam, Bezirksparteiarchiv,
Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Potsdam-Museum; Zeichnung: Inge Gra-
bow

Redaktionsschluß: 23. Juni 1988. Manuskriptsendungen an die Redaktion
„Märkische Heimat“, Mangerstraße 34-36, Potsdam, 1560.

© „Märkische Heimat“ Potsdam

Gestaltung: Klaus Pommerening, Neuruppin

Druck: Druckerei „Franz Maecker“, Neuruppin,

Zweigwerk der Druckerei Märkische Volksstimme Potsdam, F 56/88

Pädagogische Hochschule Potsdam, D402

Hochschulbibliothek

00500

89/136/2

89: 1867/1901

2. Ex.

2

Hochschulbibliothek
Geschichte

Inhalt

	Seite
Kurfürst Friedrich Wilhelm (1620–1688) und Potsdam von Hannelore Lehmann	5
Traditionen des Befreiungskrieges im Bezirk Potsdam von Helmut Pöpke	18
Mit Dampf auf den ersten Schienen in Preußen von Kurt Ernert	28
<i>Aus dem Fachbereich Heimatgeschichte/Ortschronik</i> Die staatliche Leitung der demokratischen Schulreform im Land Brandenburg 1945–1949 von Siegfried Wietstruk	49
<i>Aus dem Fachbereich Ur- und Frühgeschichte</i> Der Feldzug Karl des Großen gegen die Wilzen – Nachrichten aus dem Havelland zum Jahre 789 – von Manfred Kluger	61
<i>Aus dem Fachbereich Kulturgeschichte/Volkskunde</i> Das Schullehrer-Seminar in Potsdam (1817–1851) – ein Werk der preußischen Reformer von Wolfgang Rocks	74
<i>Aus dem Fachbereich Numismatik</i> Der Befreiungskrieg im Spiegel von Münzen und Medaillen von Hans-Peter Warnecke	86
<i>Bibliographie</i> bearbeitet von Dorothee Geßner	89
<i>Aus dem Leben der Gesellschaft für Heimatgeschichte</i> Initiative „40 Jahre DDR – Erkundungen zu einem erfolgreichen Weg“	93

K

un

Vo

Jed

pop

lich

I. J

Wo

mä

Da

de

Po

un

em

Sta

sch

ma

te

di

we

sch

si

sc

Fr

un

M

d

te

r

S

In

a

d

l

Z

a

Kurfürst Friedrich Wilhelm (1620-1688) und Potsdam

Von Hannelore Lehmann

Jeder Interessierte kann sich heute mit Hilfe der von B. Gloger verfaßten populärwissenschaftlichen Biographie Friedrich Wilhelms¹ und der vortrefflich bebilderten Geschichte Brandenburg-Preußens im Absolutismus von I. Mittenzwei und E. Herzfeld² mit Leben, Wirksamkeit und marxistischer Wertung des Mannes vertraut machen, der Potsdam neben der alten kurmärkischen Haupt- und Residenzstadt Berlin zur zweiten Residenz machte. Das wird im Folgenden vorausgesetzt. Anders steht es mit der Frage nach der Beziehung zwischen dem Kurfürsten und Potsdam, bzw. der Geschichte Potsdams in der Regierungszeit Friedrich Wilhelms, die in der genannten und anderer entsprechender Literatur naturgemäß nur gestreift wird.³ Die empirische Forschung hat sich hier seit dem Erscheinen der „Geschichte der Stadt Potsdam“ 1912⁴ wenig bewegt. Bei der Kürze des entsprechenden Abschnitts in der 1986 erschienenen marxistischen Geschichte Potsdams⁵ sieht man sich in der Faktensuche nach wie vor auf diese alte Potsdam-Geschichte bzw. versprengte Details, wie sie die „Werte der deutschen Heimat“⁶ und die jüngst erschienene Broschüre „1000 Jahre Potsdam“⁷ dankenswerterweise bieten, zurückverwiesen. Entsprechend dem gegenwärtigen Forschungsstand einerseits und der Vielseitigkeit des Themas andererseits, wird sich der Verfasser darauf beschränken, einige grundlegende Bezüge zwischen dem Werden der Residenzstadt Potsdam und Politik und Privatleben Friedrich Wilhelms zu skizzieren und einen kleinen Beitrag zur Befestigung unserer Kenntnisse zur Stadtgeschichte zu leisten.

Mittenzwei hat herausgestellt, daß der Krieg im Prozeß der Durchsetzung des brandenburgisch-preußischen Absolutismus eine wesentliche Rolle spielte. Zwischen Dreißigjährigem und Schwedisch-polnischem Krieg (1655-1660) konnte sich Friedrich Wilhelm lediglich gegenüber den märkischen Ständen eine stärkere Position erobern (Landtagsrezeß von 1653).

Im Schwedisch-polnischen Krieg und unmittelbar darauf gelangen ihm in allen Landesteilen Schritte in Richtung auf den Absolutismus. Der Schwedisch-brandenburgische Krieg (1675-1679) markierte die nächste Entwicklungsetappe. Dem absolutistischen Streben nach Machtkonzentration und Zentralisation entsprach die Tendenz, auch räumlich von der Gesellschaft abzurücken, sich überhöht und herausgehoben, ja in neuen Residenzen zu

etablieren. Auffällig stimmen die Anfänge der großen Baugeschehen 1660 und 1679 am Schlosse Potsdam mit den Friedensschlüssen als Kulminationspunkten außen- und innenpolitischer Erfolge des brandenburg-preußischen Absolutismus überein. Auch in Versailles leitete der Friede von Aachen 1668 die erste, der Friede von Nymwegen 1678 die zweite große Bauphase ein, nachdem 1661, als der junge französische König zwei Jahre nach dem Pyrenäenfrieden mit dem Tode seines Premierministers Mazarin die Herrschaft selbst in die Hand genommen hatte, zunächst lediglich auf die Verschönerung des dortigen väterlichen Jagdschlusses orientiert worden war.⁸ Zweifellos gab der Aufstieg aus der polnischen Vasallität zum Souverän im Herzogtum Preußen durch den Frieden von Oliva 1660 Friedrich Wilhelm einen gewaltigen Auftrieb, und das absolutistische Selbstverständnis drängte wohl nach politisch-militärischen Erfolgen besonders stark nach Repräsentation und Machtdokumentation. Aber der Vergleich der Baumstände von Potsdam und Versailles legt doch nahe, nicht in den Durchsetzungsschritten des Absolutismus, der in Frankreich damals ja bereits seinen Zenit überschritt, sondern in den Möglichkeiten, die der Friede bot, diese Übereinstimmung zwischen Friedensschlüssen und Einsetzen neuer Bauphasen zu suchen.⁹

Es wurden Gelder, Arbeitskräfte, Material frei, und die Bauherren hatten wieder Muße, ihrer latenten sprichwörtlichen Bauleidenschaft zu frönen. Daß die Bauvorhaben in Potsdam 1660 wie in Versailles die Verschönerungen 1661 mit der Absicht in Gang gesetzt wurden, Vorzugsresidenzen zu begründen, dafür gibt es m. W. in beiden Fällen keine Belege. Es bestanden hier wie dort ältere traditionelle Beziehungen der Dynastien zu Schloß und Umgebung wie zu anderen Orten auch.¹⁰ Langsam scheint bei Friedrich Wilhelm unter dem Eindruck niederländischer und clevischer Vorbilder der Wunsch gereift zu sein, aus dem schönen wald-, wild- und wasserreichen Fleckchen Erde etwas Besonderes zu machen. Doch es gab ein Hindernis: Die Adelsfamilie Haake hatte Schloß und Amt Potsdam seit 1611 in Pfandbesitz. Die zähe Auseinandersetzung mit dieser Familie zeigt einen kleinen Ausschnitt aus dem allgemeinen Tauziehen zwischen Absolutismus und adligen Familien um entfremdete Domänen. 1646 scheiterte der Versuch, der Tante Friedrich Wilhelms und Witwe des Schwedenkönigs Gustav Adolf einen Witwensitz in Potsdam einzurichten an überhöhten Forderungen der Haakes. Ebensowenig fand sich der Kurfürst in der Lage, die 1650 vereinbarte Auslösungssumme von 6000 Thalern für das Amt Potsdam aus dem Elbzoll bei Lenzen zu zahlen.¹¹ Noch während des Dreißigjährigen Kriegs, Dezember 1646, hatte er Louise Henriette von Oranien, die Tochter des Erbstatthalters der Niederlande geheiratet, mit der er bis 1652 in Cleve, der Hauptstadt seines gleichnamigen Herzogtums residierte. Dann



Der Große Kurfürst

ging es nach Berlin zurück. Der Westfälische Friede (1648) hatte die Hohenzollern im Besitz eines weit auseinandergezogenen Länderkonglomerats bestätigt, und Berlin erwies sich von der zentralen Lage her als geeigneter Festpunkt für eine Langzeitkombination von intensiver Reiseherrschaft des Kurfürsten zur Durchsetzung des Absolutismus in allen Territorien und Verwaltungszentrum der Kurmark. Diese Kombination drückte sich in der Spaltung des Geheimen Rats in Reisebegleiter des Herrschers und ein in Berlin verbleibendes Gremium aus.¹² Die Ergebnisse des letzten märkischen Landtags von 1652-1653, die von erheblicher Bedeutung für Durchsetzung und Charakter des preußischen Absolutismus wurden, stärkten das Gewicht der Mitte, obwohl Brandenburg im Vergleich zu den westelbischen Territorien schwächer entwickelt und durch den Dreißigjährigen Krieg besonders mitgenommen war. Die Rolle Berlins nährte das Interesse an dem nahen Potsdam. 1660 war die Stellung des Kurfürsten bereits eine ganz andere als 1650. Jetzt konnte er Haake die Verwahrlosung des Schlosses so hoch ankreiden, daß dieser um die Herausgabe von Amt und Schloß Potsdam nicht mehr herumkam. Die Einkehr des Friedenszustandes begünstigte die Realisierung eines Bauvorhabens, dessen Beginn 1660 als erster Schritt zur Entwicklung Potsdams als Residenz-, Garnison- und Manufakturstadt des Absolutismus gewertet wird.

Schon 1652, 1653, 1654 und 1658 soll Johann Moritz von Nassau-Siegen, seit 1647 Statthalter des Kurfürsten in Cleve und Mark und sein enger Vertrauter, in Potsdam gewesen sein.¹³ Dieser dem niederländischen Fortschritt verpflichtete, vielseitig befähigte Mann besaß wie kein zweiter den Blick für die Möglichkeit zur weiträumigen Gestaltung des ganzen „Potsdambischen Werders“, der Insel mit Stadt und Dörfern, wie sie auch dem Kurfürsten vorschwebte. Am 16. April 1661 entschied der Kurfürst im Geheimen Rat in Cleve über die Klage des Potsdamer Schneiders Meisner, „daß Herr Memhard ihm die 3000 Dachsteine vom alten Gebäude, so Seine Churfürstliche Durchlaucht ihm verehret, nicht abfolgen lassen wollte“. Meisner sollte die Steine bekommen, wenn der Kurfürst „ihrer nicht selber bedürften“.¹⁴ Das ist ein Anhaltspunkt für den Abriß der alten Burg- und Schloßanlagen. Wer das neue Schloß erbaute, Philippe de Chieze, Johann Gregor Memhardt, oder beide, darüber gehen die Auffassungen auseinander.¹⁵ Am Jahresende 1661 weilte Moritz in Potsdam, „einen Entwurf zu machen, wie sie vermeinen, dass es recht zu bauen und anzulegen ist“.¹⁶ Er schreibt selbst, Friedrich Wilhelm habe ihm befohlen, allhier ein andres anzugeben, auch Fontainen zu suchen, welches alles also geglückt ist“. Er sei schon drei Wochen in Potsdam (14. 12. 1661) und habe tüchtig gearbeitet.¹⁷ Auch der Kurfürst selbst war im Herbst des Jahres von seiner Auseinandersetzung mit den Ständen in Cleve 1660/61 nach Berlin zurückgekehrt.

Am 16. März 1662 schrieb er aus Cölln an der Spree: „Ich gehe morgen frue nach Potsdam, alda ich in etlichen Wochen nicht gewesen, weill ich ahn den podagra (Gicht, H. L.) zihmlich hardt darnieder gelegen habe“.¹⁸ Vor seiner Abreise nach Königsberg am 14. September 1662 zum Landtag der preußischen Stände, scheint der Schloßbau bereits so vorangeschritten gewesen zu sein, daß der Kurfürst konkrete Vorstellungen davon hatte, wohl auch schon da wohnen konnte. Die Empfehlung vom 18. Dezember 1662, Otto v. Schwerin, der bei Ausbruch der Pocken mit den von den Eltern in Berlin zurückgelassenen Prinzen nach Spandau gegangen war, möge vielleicht besser nach Potsdam umziehen, weil dort „die Gemacher kleiner und wermer sein als zu Spandau“¹⁹, klingt doch ganz danach. Am 1. Juni 1663 erhält Otto v. Schwerin aus Königsberg die Anweisung, daß Gelder, die die Halberstädter Regierung geschickt hat, „Meister Michellen dem Zimmermann zu fortstellung des Baues gegeben werden“ sollten.²⁰ Der bereits 1662 erwähnte Zimmermann Meister Michel²¹ war mit Sicherheit der öfter so benannte Michael Matthias Smids, dessen Mitwirkung bisher erst für spätere Zeiträume angenommen wurde²². Er war unmittelbar für den Schloßbau zuständig und baute in Abwesenheit des Kurfürsten weiter. Wenn nun Chieze nur als administrative Bauaufsicht über das Stadtschloß Potsdam und dies vielleicht erst in einem späteren Stadium in Frage kam²³, so wird man tatsächlich einkalkulieren müssen, daß Moritz Einfluß auf das Baugeschehen, nicht nur die gärtnerischen Anlagen, beachtlicher war, als lange gedacht.²⁴ Da er allerdings keine Architektenausbildung hatte, könnte zwischen ihm und Smids noch Memhardt als derjenige gestanden haben, der die Ideenskizzen des Fürsten in regelrechte Baupläne umsetzte, die dann von Smids verwirklicht wurden.

Doch wie dem auch sei, als der Kurfürst 1663 endlich das von Moritz unter Schwierigkeiten besorgte Werk des 1657 verstorbenen berühmten Architekten Jakob van Campen in die Hand bekam²⁵, war er so fasziniert, daß ihm der Potsdamer Bau nicht mehr zusagte. Noch saß er in Königsberg, wo die preußischen Stände auf ihrem Landtag von 1661–1663 mit dem Kurfürst um die Erhaltung ihrer Privilegien rangen, doch hatte er schon „Dinge daraus gezeignet“, die er „zu Potsdam applicieren“ wollte (9. 3. 1663)²⁶. Endlich ging der Landtag in Königsberg zu Ende. Nachdem es Friedrich Wilhelm dann auch noch gelungen war, am 18. 10. 1663 die Erbhuldigung der preußischen Stände zu empfangen, kehrte er Ende Oktober aus Königsberg, wo er unter ständigen Gichtanfällen gelitten hatte, „in die liebe Marck“ zurück. Man kann sicher die These aufstellen, auf dem Mittelpavillon des nun ab 1664 entstehenden gegenüber den ursprünglichen Plänen stark veränderten Baues habe sich ein Johanniterkreuz befunden und daraus ableiten, daß der Johanniterritter Moritz, welcher seine Zugehörigkeit zu diesem Orden

gern herausgestellt habe, auch besonderen Einfluß auf die neue Gestalt des Potsdamer Schlosses gehabt habe.²⁷ Wenn jedoch diese These mit der Auffassung gestützt werden soll, daß Friedrich Wilhelm zwischen 1662 und Juni 1668 nicht in Potsdam gewesen sei und Moritz daher 1664/65 dessen Wünsche und Interessen in Potsdam wahrnahm,²⁸ so ist dies offensichtlich falsch. Dagegen spricht Friedrich Wilhelms Brief vom 12. 8. 1664 an Moritz, er freue sich, daß der Bau zu Cleve so schnell vorwärts gehe, der seinige gehe desto langsamer zu „Ich verender Potzdam gantz undt baue ahn den grossen stock ahn beiden enden 2 grosse pavillions undt in der mitte auch eins, welches der saahl sein soll.“²⁹ Als er 1664 endlich alle Dörfer auf der Insel Potsdam erworben hatte, wobei ihm von der Familie Haake wieder besondere Schwierigkeiten bereitet worden waren,³⁰ gratulierte ihm Moritz: „Das ganze Eiland Potsdam muß ein Paradies werden, weil die Edelleute, wie vernehme (Sperrung H. L.), daraus sind.“³¹ Am 19. Mai 1665 schreibt er diesem: „Ich habe jetzt einen schönen Tiergarten zu Potsdam anlegen lassen, welcher Ew. Liebden sehr wohl gefallen wird; er ist 7500 Schritt in der Runde groß, ich werde ihn inskünftig noch vergrößern; er liegt dem Schlosse gerade gegenüber, und ist der Weinberg (der heutige Brauhausberg) mit darin begriffen, wie auch der ganze Tornow.“³² Wenn des Kurfürsten kleiner Sohn Friedrich dann noch 1666 in seinem Schreibheft schreibt: „Mein Herr Vatter hat Potsdam sehr lieb. Er ist auch ein lustiger ohrt; Ich bin gern da und mein bruder auch“³³, so dürfte dies eigentlich genügen um festzustellen, daß alles dafür spricht, daß Friedrich Wilhelm seine Angelegenheiten in Potsdam selbst wahrnahm, nicht Moritz für ihn, und daß Potsdam für die kurfürstliche Familie schon bevor es eigentliche Residenzstadt wurde, ein vertrauter Aufenthalt war. Die Lustschlösser, die der Kurfürst in der Umgebung Potsdams bauen ließ³⁴, hat seine erste Frau allerdings nicht mehr kennen gelernt. Sie starb bereits im Juni 1667.

Ein Jahr später heiratete der Kurfürst Dorothea, die Witwe seines ehemaligen Freundes, des Herzogs von Braunschweig-Zelle. Der eigentliche Residenzcharakter Potsdams wird in der Literatur zum Jahr 1671 angesetzt, als Friedrich Wilhelm regelmäßig längere Zeit des Jahres in Potsdam Hof zu halten begann³⁵. Friedrich Nicolai hat 100 Jahre später diesen Schritt mit der Vorliebe Dorotheas für Potsdam erklärt: „Kurfürst Friedrich Wilhelm hielt sich vornehmlich Ihr zu Gefallen daselbst so viel auf. Sie bekam auch die Stadt nach dessen Tode, zum Witwensitz“.³⁶ Sicher spricht vieles dafür, daß Dorothea das neugebaute Schloß, 1669/70 soll es fertig geworden sein³⁷, bevorzugte. Als der Kurfürst im Herbst 1669 aus Preußen zurückkam, wohin er bald nach der Hochzeit mit ihr gegangen war, um sich um die dortigen Domänen zu kümmern und mit ihr die Jagdfreuden zu ge-

nießen, fühlte er sich offenbar in Potsdam sehr wohl. Er kümmerte sich um die Weinlese, die über Vermuten gut ausgefallen war³⁸, und hatte „1200 schock Setzlinge gefischt“, die er gern verkaufen wollte. „... ich hab aber keine kaufleutte“, schrieb er an Schwerin, „konnte Ihr mir etliche zu weisen wurde es mir sehr lieb sein, ...“³⁹. Er freute sich auf seine Kinder und bestellte sie nach Potsdam als Belohnung für fleißiges Lernen. Auch die Stadt- und Kirchenordnung, die der Kurfürst der Stadt am 25. Februar 1671 oktroyierte, geht in ihrer Einleitung davon aus, daß er an Potsdam „sondere lust gewonnen“ habe.⁴⁰ Da der Rückzug aus den alten Residenzen jedoch kein Einzelfall war, bleibt zu hinterfragen, ob den Herrschern etwas die Lust an ihren traditionellen Hauptstädten und Residenzen verleidete? So hält man die Erinnerung an die Rebellion der Pariser in der Zeit der Fronde für eine Ursache des Abzugs Ludwigs XIV. nach Versailles.⁴¹

Die neuen Forschungen von H. Schultz zur Berliner Sozialgeschichte weisen aus, daß in der Haupt- und Residenzstadt, die an 10 000 Einwohner zählte, ein latentes Klima begründeter Angst vor Krieg, Hunger und Pest herrschte und die absolutistische Militär-, Steuer- und Kirchenpolitik zu häufigen Unruhen führte.⁴² Gewiß wird man den Tumult in Berlin, von dem Friedrich Wilhelm am 16. Juli 1670 an den Oberpräsidenten des Geheimen Raths, Otto von Schwerin, schrieb, es hätte ihm, dem Kurfürst, Unglück daraus zuwachsen können⁴³, keine exemplarische Bedeutung für die Rolle Potsdams seit 1671 zumessen dürfen, zumal gerade die Jahre 1668 bis 1674 im Ergebnis der Friedensperiode auch für Berlin vorübergehend bessere Zeiten brachten.⁴⁴ Wenn aber Friedrich Wilhelm 1679 sogar die festgesetzte Trauung des Kurprinzen Friedrich in Potsdam verschob, weil ihm zu viel neugierige Berliner herübergeströmt waren⁴⁵, so gibt dies doch dem Gedanken Raum, dem Schultz im Vergleich von Hof und Stadt Berlin Ausdruck verlieh: „daß der Gegensatz zum Leben der Berliner eben doch der Gegensatz von feudaler und bürgerlicher Lebensweise war.“⁴⁶

Im Unterschied zu Ludwig XIV., der 1683 seine Residenz per Dekret aus Paris nach Versailles verlegte und es zum Regierungssitz machte⁴⁷, nahm der Kurfürst 1671 seine obersten Behörden nicht mit nach Potsdam; sie blieben in Berlin. Dadurch kam es zu einer zunehmenden Trennung Friedrich Wilhelms vom Geheimen Rat⁴⁸, der seine Sitzungen in der Regel unter von Schwerins Leitung im Berliner Schloß abhielt, auch wenn der Kurfürst nicht aus Potsdam nach Berlin reinkam.⁴⁹ Es rundet das Bild des nun bewußt in Potsdam Residierens ab, wenn der Kurfürst einen an den Polenkönig gerichteten Brief vom 10. Juni 1671 in lateinischer Sprache ungewöhnlich formulierend überschrieb: „in arce nostra Potstamiensi“, auf unserem Potsdamer Schloß.⁵⁰ Betrachtet man die Potsdamer Stadt- und Kirchenordnung von 1671, so springt einem immer wieder der Gegensatz zwischen

dem Charakter einer Residenzstadt und dem Typ dieses kleinen Ackerbürgerstädtchens in die Augen. Die Ordnung ist in der Literatur bisher nicht gebührend gewürdigt worden und bedarf einer Analyse, für die hier nicht der Platz ist. Sie besteht aus 26 Punkten für die Stadt-, 8 für die Kirchenordnung und spiegelt das Alltagsleben anschaulich wider, was sich aus der einfachen Aufzählung der Ordnungsgegenstände, wie sie bisher üblich war, nicht erschließt. Sie gering zu schätzen, weil sie sich an Ackerbürger, Fischer, kleine Handwerker und verwandte soziale Gruppen wendet, ist um so weniger angebracht, als dieser unentwickelte Städtetyp ja häufig und charakteristisch für die Mark war. Natürlich geht es um eine umfassende Reglementierung des Stadt-, respektive Landlebens im Interesse des Hofes und der gewünschten Vergrößerung der Residenzstadt, damit „diejenigen von Fremden auch, so sich anhero zu begeben gewilliget sein, nicht abgeschreckt, sondern vielmehr angereizet werden mögen“. Betrifft dies auf der einen Seite wirklich Regelungen, die Sauberkeit, Hygiene, Ordnung und Sicherheit angingen, so wurde andererseits der Lebensspielraum durch andere erheblich eingeschränkt. Man erfährt, daß es kaum Tagelöhner in der Stadt gab, da die, die hier wohnten, bei Frühlings- oder Sommeranbruch „sich aufm Lande oder Holzflößen an solch örther begeben, da sie etwas mehr, als das ordentliche Lohn bekommen“, und nicht nur tage- und wochenweise, sondern ganze Monate hintereinander an fremden Orten arbeiteten. Das soll nun verboten und der freie Verkauf der Arbeitskraft unterbunden werden. Auch wurde der Tagelohn festgesetzt, und wer mehr forderte oder gab, sollte mit Gefängnis bestraft werden. Auch war es üblich, die Fische an Aufkäufer, die gut zahlten und die Fische nach Berlin⁵¹ und andere Orte weiterverkauften, zu geben. Das soll jetzt geändert werden, damit Schloßküche und Potsdamer Bürger genug bekämen. An jedem Tag der Woche sollten der Reihe nach die Fischer vom Kiez und von der Burgstraße Fische feilhalten, die Neuendorfer aber Sonntags um 2 (14.00 Uhr), „weilen sie sonst wegen der Hofdienste keinen anderen Tag haben können“. Sie mußten also, was ja für diese Zeit nichts so Ungewöhnliches wäre, ungemessene Frondienste leisten.

Auch das Problem des Verfalls der Häuser spielte in der Stadtordnung eine Rolle. Potsdam war, wie bekannt, durch Sümpfe und Wasser im Umfang begrenzt und durch den Dreißigjährigen Krieg ruiniert worden. 1660 lagen von ehemals 198 Häusern 119 wüst. Schon 1662 wollte der Wasserkunstmeister Saur, den man aus der Neumark nach Potsdam geholt hatte, wieder abziehen, weil er zu schlecht untergebracht war.⁵² Als der französische Gesandte 1671 mit einer Mietkutsche nach Potsdam kommen wollte, wußte Friedrich Wilhelm, der Bedenken trug, ihn ins Schloß zu nehmen, nicht, wo er ihn unterbringen sollte.⁵³ Kurz, Potsdam war als Residenz zu klein.

Memhardt legte 1672 den Entwurf für die Neuanlage der Stadt vor. Sie erscheint symmetrisch auf das Schloß ausgerichtet⁵⁴, wie es für absolutistische Stadtanlagen typisch war. Es kam jedoch nicht zur Realisierung des Plans. Die längste, zwölfjährige Friedensperiode der Regierungszeit des Kurfürsten ging 1772 zu Ende. Erst 1679, nach dem Schwedisch-brandenburgischen Krieg, hob das Bauen wieder an. Friedrich Wilhelm hatte im Ergebnis dieses, in mancher Hinsicht populären Krieges, von Zeitgenossen den Beinamen der „Große Kurfürst“ erhalten⁵⁵. Der Absolutismus setzte sich in allen wesentlichen Bereichen durch. Realisiert wurde in Potsdam jedoch, – wohl infolge der natürlichen Hindernisse –, nicht die klassische Variante der absolutistischen Residenzanlage von 1672. Der durch verschiedene Abbildungen bekannte Schloßbau der 60er Jahre⁵⁶ schob sich 1679 bis 1682 durch Verlängerung der Seitenflügel mit der Hoffront weit auf den städtischen Markt vor, so seine Dominanz gegenüber der Stadt betonend.⁵⁷ Diese aber wuchs kaum über ihren mittelalterlichen Rahmen hinaus. Residenz und wirtschaftliche Belebungsversuche⁵⁸ vermochten nicht einmal bis zum Tode des Sohnes und Nachfolgers des Kurfürsten, König Friedrich I., Potsdams Bürgerschaft wieder auf die alte Einwohnerzahl vor dem Dreißigjährigen Krieg zu bringen.

Friedrich Wilhelm verwuchs, immer leidender werdend, in den letzten Lebensjahren noch fester mit der Havelresidenz. So begann sich der im 18. Jahrhundert voll ausgeprägte Regierungsdualismus zwischen dem Kabinett in Potsdam und den Behörden in Berlin, bereits in seiner Regierung auszubilden.⁵⁹ Mit dem Hugenottenedikt vom 21. Oktober 1685 und dem Empfang französischer Flüchtlinge am 10. Januar 1686 verknüpfte sich ein für ganz Brandenburg-Preußen wichtiger politisch progressiver Akt mit dem Namen der Stadt⁶⁰. Friedrich Wilhelm starb hier am 9. Mai 1688. Er wurde im alten Dom zu Berlin beigesetzt.

Wenn wir den Absolutismus als einen notwendigen Anpassungsprozeß des Feudalstaates an die Gesetzmäßigkeiten der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus verstehen, so ist die Neigung des Kurfürsten zu dem vier Meilen (ca. 30 km) von Berlin entfernten Potsdamer Schloß und seiner schönen Umgebung und schließlich die faktische Umwandlung der kleinen Stadt in eine Residenzstadt wohl am ehesten als ein Ausweichen vor dem Druck zu werten, dem sich der Herrscher in der Hauptstadt mit all den stärker entwickelten Gegensätzen und Problemen der Übergangsepoche ausgesetzt sah. Hierin liegt vielleicht auch die tiefere Ursache dafür, daß die Hohenzollern an dieser hauptstadtnahen zweiten Residenz festhielten, die in ihrer Entwicklung stark durch sie und die spezifischen Seiten des preußischen Absolutismus geprägt wurde.

Anmerkungen

- ¹ B. Gloger, Friedrich Wilhelm Kurfürst von Brandenburg, Berlin 1985
- ² I. Mittenzwei/E. Herzfeld, Brandenburg-Preußen 1648–1789. Das Zeitalter des Absolutismus in Wort und Bild, Berlin 1987.
- ³ Vgl. z. B. E. Opgenoorth, Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst von Brandenburg. Eine politische Biographie, T. 2, Göttingen 1977, S. 63 ff.
- ⁴ Geschichte der Stadt Potsdam unter Mitwirkung von R. Boschan, M. Heinze, H. Kania und H. Rademacher hrsg. von J. Haeckel, Potsdam 1912 (zit. Haeckel, Geschichte). H. Kania, Der Große Kurfürst, Leipzig und Berlin 1930, bes. S. 79–86, hat dem Aspekt stärkere Beachtung geschenkt.
- ⁵ Potsdam. Geschichte der Stadt in Wort und Bild, Berlin 1986 (zit. Potsdam, Geschichte). Der fragliche Abschnitt wird in der Neuauflage erweitert werden.
- ⁶ Potsdam und seine Umgebung, Berlin 1969 (Werte der deutschen Heimat, Bd. 15), (zit. Werte).
- ⁷ 1000 Jahre Potsdam. Blätter aus der Stadtgeschichte T. 1, Potsdam 1987.
- ⁸ Siehe in Kürze dazu: Wiss. Mitt. der HG d. DDR: H. Lehmann, Potsdam-Versailles. Zum Problem der hauptstadtnahen Residenzstadt. – Der Pyrenäenfrieden beendete den Spanisch-französischen Krieg von 1635–1659.
- ⁹ In Potsdam sei auch an die Übereinstimmung zwischen dem Ende des 2. Schlesischen Kriegs und dem Baubeginn von Sanssouci und dem Ende des Siebenjährigen Kriegs und dem Neuen Palais erinnert.
- ¹⁰ Es gab sowohl in der Nähe von Paris als auch in der Umgebung Berlins mehr Schlösser, die dem König bzw. dem Kurfürsten zu zeitweiligem Aufenthalt dienen konnten. Vgl. B. Champagneulle, Versailles und Fontainebleau 1971, S. 9; Historischer Führer. Stätten und Denkmale der Geschichte in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder), Leipzig, Jena, Berlin, 1987, S. 39: „Die Schlösser Oranienburg . . . Potsdam . . . u. a., sollten die Hauptresidenz Berlin wie eine Plejade umsäumen“.
- ¹¹ Haeckel, Geschichte, S. 33.
- ¹² Vgl. Mittenzwei/Herzfeld, Brandenburg-Preußen, S. 43 f.
- ¹³ Kania, Kurfürst, S. 79; Abb. in: Mittenzwei/Herzfeld, Brandenburg-Preußen, S. 44.
- ¹⁴ Protokolle und Relationen des Brandenburgischen Geheimen Rates aus der Zeit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm, von Otto Meinardus, 6. Bd., Leipzig 1917, (Publikationen aus den Preussischen Staatsarchiven, Bd. 89) S. 328 (zit. P. u. R.)
- ¹⁵ Wie es scheint, gehen alle, die sich für Chieze entschieden, zurück auf F. Nicolai, Beschreibung der Königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam, 3. Bd., Berlin 1786. Auf ihn bezieht sich O. Meinardus, Eigenhändige Briefe des Großen Kurfürsten an Johann Moritz von Nassau, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte, Bd. 19, Leipzig 1906, S. 125 Anm. 4.
Für Chieze auch Haeckel, Geschichte, S. 161 u. Kania, Kurfürst, S. 79; Werte, S. 51: „ließ Kurfürst Friedrich Wilhelm 1664–1670 durch Ph. de Chieze an der Stelle des späteren Stadtschlusses einen Neubau errichten“; 1000 Jahre, S. 46. Über Chieze heißt es bei U. Kieling/U. Hecker, Berliner Architekten und Baumeister bis 1800, Berlin 1983 (Miniaturen zur Geschichte, Kultur und Denkmalspflege Berlins, Nr. 9), S. 15: „hatte keine Bau-Fachausbildung“, S. 16 „Administrative Aufsicht über eine Reihe kfstl. Bauten (u. a. . . Stadtschloß Potsdam)“. – Für Memhardt: Potsdamer Schlösser in Geschichte und Kunst, 2. Aufl., Leipzig 1984, S. 10; Potsdam, Geschichte, S. 24; anders Kieling/Hecker, Berliner Architekten, S. 40 nur „beteiligt am Bau des Hauptgebäudes des Stadtschlusses in Potsdam (nach eig. Entwürfen, 1673–1678)?“. Für die „Folgezeit“ schreiben aber auch Werte, S. 51 „Erweiterung der Seitenflügel

und Umbauten, an denen G. Memhard, M. M. Smids und J. A. Nering beteiligt waren“.

– Für Chieze u. Memhard als Architekten: Opgenoorth, S. 63: „... von de Chieze und Memhardt erbaut.“ Bezieht sich auf den Bau der 60er Jahre. So auch D. Schulte-H. Knitter, Potsdam im Bild der Geschichte, T. 1, Potsdam 1979, S. 4.

- ¹⁶ L. v. Orlich, Geschichte des preußischen Staates im 17. Jahrhundert, Berlin 1838/39, Bd. 1, S. 464 Quelle für alle späteren Zitate (Meinardus, Kania, F. Mielke, Johann Moritz und das Potsdamer Stadtschloß, in: Soweit der Erdkreis reicht, Johann Moritz von Nassau-Siegen 1604–1679, Cleve 1979, S. 161 Anm. 15)
- ¹⁷ Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, Bd. 9, 6, hrsg. v. Th. Hirsch, Berlin 1879, S. 473: 14. Dez. 1661 (zit. U. u. A.)
- ¹⁸ Ebd., S. 837 16. März 1662. Die Formulierung macht deutlich, daß er keineswegs am 3. bis 7. April 1662 zum ersten Mal dort war und wohl auch vor der Abreise von Berlin nach Königsberg am 14. 9. 1662 nicht das letzte Mal zu diesem Zeitpunkt, wie Mielke, Johann Moritz, S. 162 f. vermutet: „Erst vom 3. bis 7. April 1662 war er (zum ersten Mal?) dort. Der nächste Besuch folgte am 4. und 3. Juni 1668.“
- ¹⁹ U. u. A., Bd. 9, 6, S. 844, 18. Dez. 1662.
- ²⁰ Ebd., S. 857, 1. Juni 1663
- ²¹ P. u. R., a. a. O., S. 626 f.
- ²² Vgl. Werte, S. 51; Kieling/Hecker, Berliner Architekten, S. 50 f.: „... Hofzimmermann ... 1653 Hofbaumeister (Bestätigung 1659, 1689), anfangs J. G. Memhardt unterstellt... wenig als schöpferischer Architekt tätig... Mitwirkung am Stadtschloß in Potsdam (1669 sowie ab 1678)“. Ich danke A. Schendel (Staatl. Schlösser und Gärten Potsdam) für den Hinweis auf Identität des Meister Michel mit Michael Matthias Smids.
- ²³ Vgl. Anm. 15.
- ²⁴ Vgl. Mielke, Johann Moritz, a. a. O.
- ²⁵ Ebd., S. 160 f. überzeugend dargelegt, daß nicht Pieter Post und das Huis ten Bosch bei Den Haag das Vorbild für Potsdam waren sondern van Campens Werk.
- ²⁶ Meinardus, Briefe, S. 123, Nr. 10 Königsberg, 9. März 1663.
- ²⁷ Mielke, Johann Moritz, S. 162.
- ²⁸ Vgl. Anm. 18. An das dort von mir zitierte anschließend, fährt Mielke, Johann Moritz, S. 163 fort: „Die Daten zeigen, daß der Kurfürst keine Zeit fand, sich persönlich in Potsdam mit seinem Bau zu beschäftigen. Vermutlich war dies der Grund, seinen in Bauangelegenheiten erfahrenen Statthalter in Kleve um Vertretung seiner Wünsche und Interessen zu bitten. Das kann allerdings nur bis 1665 der Fall gewesen sein, weil der Fürst Johann Moritz danach als Oberbefehlshaber der Generalstaaten in deren Feldzügen aktiv werden mußte.“
- ²⁹ Meinardus, Briefe, S. 125, Nr. 13; schon Kania, Kurfürst, S. 80, hat die Bedeutung dieses Briefs erkannt und danach datiert. Ebenso Mielke, Johann Moritz, S. 162, der Kania seltsamerweise in seinen Anmerkungen nicht erwähnt. Irrig Opgenoorth, Friedrich Wilhelm, S. 64 Anm. 116, der meint, dieses Schreiben sei übersehen worden. Vielmehr scheint er den Umbau von 1664 mit dem Ausbau von 1779–1782 zu verwechseln.
- ³⁰ U. u. A., Bd. 9, 6, S. 838, 2. Nov. 1662 Königsberg; S. 847, 1. Februar 1663 Königsberg.
- ³¹ Kania, Kurfürst, S. 84.
- ³² Meinardus, Briefe, S. 125 f., Nr. 14. Cölln a./S., (19) Mai 1665, S. 126.
- ³³ 1000 Jahre Potsdam, S. 55.

- ³⁴ Ebd., S. 45-47.
- ³⁵ Spätere Literatur scheint hierin auf Haeckel, Geschichte, S. 35 zurückzugehen.
- ³⁶ Nicolai, Beschreibung, 3. Bd., S. 1113 f.
- ³⁷ Potsdamer Schlösser, S. 10; vgl. auch S. 12: Bericht des Generalquartiermeister Philipp de Chieze an den Kurfürsten vom 29./30. August 1669 darüber, daß sich das „Schloß zu Potstamb . . . in sehr gutem Stande“ befindet und daß der Hofmaler Martini „fast die meiste gemächer gemahlet“ hat. – 1000 Jahre Potsdam; S. 42: 1670
- ³⁸ U. u. A., Bd. 12, 8, Berlin 1892, S. 934, 27. Oktober 1669 Potzdam. Zum Weinbau vgl. Werte, S. 67: 1678 lieferten die kurfürstlichen Weinberge der Insel Potsdam 848 Tonnen (932 hl) Wein.
- ³⁹ U. u. A., vgl. Anm. 38.
- ⁴⁰ Akten des Magistrats zu Potsdam; Stadt- und Kirchenordnung vom 25. Februar 1671. Stadtarchiv Potsdam Nr. 34.
- ⁴¹ H. Köller/B. Töpfer, Frankreich. Ein historischer Abriss, 4. überarb. u. erg. Aufl., Berlin 1980, Bd. 1, S. 40; M. Mourre, Dictionnaire encyclopédique d'Histoire, Bd. T-Z, 1986, S. 4845: «le roi, qui tenait rancune aux Parisiens des troubles de la Fronde, avait décidé de faire de Versailles le centre de son règne.»
- ⁴² H. Schultz, Berlin 1650-1800. Sozialgeschichte einer Residenz, Berlin 1987, S. 28 f., 33, 35, 43; vgl. auch die Aversion des Kurfürsten gegen die traditionellen Umzüge und Feste der Handwerker, sowie das Armenproblem, ebd. S. 77 u. 51.
- ⁴³ U. u. A., Bd. 12, 8, S. 937 f.; um was für einen Tumult es sich handelte, konnte ich bisher nicht ermitteln.
- ⁴⁴ Vgl. Schultz, Berlin, S. 37.
- ⁴⁵ Kania, Kurfürst, S. 81 f.
- ⁴⁶ Schultz, Berlin, S. 41.
- ⁴⁷ Vgl. Anm. 8.
- ⁴⁸ Opgenoorth, Friedrich Wilhelm, S. 65 f.
- ⁴⁹ U. u. A., Bd. 12, 8, S. 938, 8. Januar 1671 Potzdam.
- ⁵⁰ Ebd., S. 509. Zur Bedeutung vgl. H. Haas/R. v. Kienle, Lateinisch-Deutsches Wörterbuch, Heidelberg 1952: arx, arcis: Burg, . . . als Mittelpunkt eines Reiches, Mittel-, Höhepunkt, Stadtburgen . . . ; Begriff auch auf Kupferstich von Pieter Schenk 1702 nach einer Vorlage von J. G. Bartsch nach J. G. Memhardt aus dem Jahre 1672(!); abgebildet in Potsdamer Schlösser, S. 13. Hier: Arx Electoralis una cum horto Potsdami . . . Es wäre zu untersuchen, ob dieser lateinische Ausdruck (holl. Übersetzung ebd. Das kurfürstliche Schloß und Lustgarten zu Potsdam) damals 1771/72 einen programmatischen Inhalt hatte. Im 18. Jahrhundert wurde auch das Berliner Schloß als „arx regia“ (übers. königliches Schloß) bezeichnet.
- ⁵¹ Schultz, Berlin, S. 37, zitiert einen Reisebericht von 1667 für Berlin: „An Victualien, sonderlichen an Fischen und Krebsen ist zwar hier viel Überfluß, . . .“
- ⁵² P. u. R., a. a. O., S. 626 f.
- ⁵³ U. u. A., Bd. 12, 8, S. 945, 30. April 1671 Potzdam: „wegen des losaments bin ich bekummeret, in der Stadt ist es sehr schlegt, aufs haus zu legen ist bedencklich“.
- ⁵⁴ H.-J. Giersberg, Das Potsdamer Bürgerhaus um 1800, Potsdam 1965 (Veröffentlichungen des Bezirksheimatmuseums Potsdam, Nr. 10), S. 11 und 95.
- ⁵⁵ Gloger, Friedrich Wilhelm, S. 259.
- ⁵⁶ Potsdam. Geschichte, S. 24, 25; Potsdamer Schlösser, S. 13; 1000 Jahre Potsdam, S. 25, siehe auch S. 44.
- ⁵⁷ Gut erkennbar auf dem Suchodoletz-Atlas von 1685, vgl. Potsdamer Schlösser, S. 20/21. Zur Datierung: 1000 Jahre Potsdam, S. 44.
- ⁵⁸ Da ich über das bisher Bekannte und Publizierte kein neues Material erarbeitet habe,

bin ich auf diesen wichtigen Punkt nicht eingegangen. Siehe: 1000 Jahre Potsdam, S. 52; Potsdam. Geschichte, S. 26; Haeckel, Geschichte, S. 37 f.; interessant war mir: Potsdamer Schlösser, S. 13 die Beschriftung des Kupferstichs nach Memhardt 1672, wo es entweder für die kurfürstliche Freiheit oder einen Teil derselben: f. Wohnungen vor die Churfürstlichen Manufacturen und Handwercker, heißt.

⁵⁹ Opgenoorth, Friedrich Wilhelm, S. 66.

⁶⁰ Vgl. die einschlägigen Artikel in: Hugenotten in Brandenburg-Preußen, hrsg. von I. Mittenzwei, Berlin 1987 (Studien zur Geschichte, Bd. 8); Blätter für Heimatgeschichte, Studienmaterial 1986, hrsg. v. Zentralvorstand d. Gesellschaft f. Heimatgesch. im KB d. DDR; 1000 Jahre Potsdam, S. 78.

Traditionen des Befreiungskrieges im Bezirk Potsdam

Von Helmut Pöpke

Vor 175 Jahren war unser Bezirk Schauplatz bedeutender militärischer Auseinandersetzungen, die einen bedeutenden Einfluß auf die Vorbereitung der Völkerschlacht bei Leipzig und damit auf den Ausgang des Befreiungskrieges hatten. Das Jahr 1812 hatte mit der Vernichtung der großen napoleonischen Armee auf dem Rückzug von Moskau einen entscheidenden Wendepunkt in den internationalen Beziehungen des ganzen Zeitalters herbeigeführt und das Signal zum allgemeinen Aufstand gegen die französische Oberherrschaft im Westen gegeben.

Zur „Großen Armee“ Napoleons – insgesamt eine halbe Million Soldaten – gehörte auch ein preußisches Hilfskorps von 15 000 Mann. Es hatte die Aufgabe, im X. Armeekorps unter Marschall Macdonald den linken Flügel zu bilden und das Gros der Armee bei dem Vormarsch auf Moskau gegen Überraschungen aus dem Norden zu sichern. Kommandeur des Hilfskorps war der preußische General Hans David Ludwig von York (Yorck), geb. 1759 in Potsdam, gest. 1830. Unter dem Eindruck der Niederlage Napoleons und des beginnenden Volkswiderstandes in Ostpreußen entschloß sich General York zu einem politisch und militärisch bedeutungsvollem Schritt. Ohne Zustimmung des Königs von Preußen schloß er mit dem zaristischen General Diebitsch in der Mühle des Dorfes Poscherun bei Tauroggen eine Konvention, in der sich das preußische Hilfskorps zunächst zur Neutralität verpflichtete, um dann später im Bündnis mit Rußland am Kampf gegen Napoleon teilzunehmen. Mit der Konvention von Tauroggen löste sich Preußen faktisch aus der militärischen Unterordnung, in die es Napoleon nach der Niederlage von Jena und Auerstedt und dem Frieden von Tilsit gezwungen hatte. Die Konvention führte zu einer erheblichen Schwächung der Nordflanke der „Großen Armee“ und ermöglichte den russischen Truppen ein weitaus schnelleres Nachdringen hinter den geschlagenen Truppen Napoleons. Yorks Entschluß wurde zum Vorbild und zur Ermutigung für alle deutschen Patrioten; es war sichtbar geworden, daß nun der Befreiungskrieg gegen die französischen Eroberer begonnen hatte. Für den König von Preußen, Friedrich Wilhelm III., waren dadurch Tatsachen geschaffen worden, die er bei aller Willfährigkeit gegenüber den französischen Forderungen nicht aus der Welt schaffen konnte. Widerstrebend konnte er nicht umhin, die Konvention zu billigen.

Die Volkserhebung in Preußen. Der Verlauf des Befreiungskrieges bis zum Sommer 1813

Das Volk, insbesondere die Jugend, strömte zu den Waffen. Zunächst wurden Abteilungen freiwilliger Jäger gebildet. Die bekannteste Abteilung wurde das von Lützow geführte Freikorps, in dessen Reihen unter dem Namen August Renz auch die Potsdamerin Eleonore Prohaska kämpfte. In diesem Freikorps wurde der patriotische Charakter des Befreiungskampfes besonders deutlich. Seine Mitglieder wurden nicht auf den König von Preußen, sondern „auf das Vaterland“ vereidigt. Diejenigen, die nicht selbst ins Feld ziehen konnten, unterstützten die Volksbewaffnung durch Geld. „Gold gab ich für Eisen“ war die Losung, unter der in kurzer Zeit 6 1/2 Millionen Taler gesammelt wurden.

Bedeutend langsamer fand sich der König von Preußen in die neue Lage. Sein Mißtrauen gegenüber der Volksbewegung war mindestens so groß wie seine Angst vor Napoleon. Erst am 27./28. Februar wurde der Bündnisvertrag mit Rußland geschlossen. Am 11. März zogen russische Truppen in Berlin ein, von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt. Am 16. März konnte Hardenberg dem französischen Gesandten die Kriegserklärung übergeben. Am nächsten Tag erschien der Aufruf des Königs „An mein Volk“. Zum ersten Mal wandte sich ein Hohenzollernfürst unmittelbar an das Volk. Aber der Aufruf war nicht die Ursache der Volksbewegung. Der König konnte einfach nicht umhin, sich an die Spitze zu stellen, da die Volksbewegung sonst an ihn vorbei oder sogar über ihn hinweg gegangen wäre.

Von größter militärischer Bedeutung war die am gleichen Tage erlassene „Verordnung über die Organisation der Landwehr“, die die Verpflichtung aller männlichen Bürger vom 17. bis zum 45. Lebensjahr zum Kriegsdienst enthielt. Bekleidung und Ausrüstung mußte der Landwehrmann selbst aufbringen: eine Litewka aus blauem oder schwarzem Tuch, Schirmmütze, Mantel, Leinenhose und Schuhwerk, dazu Koch- und Trinkgeschirr, Beil, Tornister und Patronentasche. Da sich die Landwehren überwiegend aus den ärmeren und ärmsten Kreisen zusammensetzten, konnten viele die Ausrüstung nicht selbst beschaffen oder finanzieren. Das geschah aus den Sammlungen in den Kreisen. Für die Reaktion war die Landwehrverordnung zugleich ein Mittel, die allgemeine Volksbewaffnung in gesetzliche Bahnen zu lenken und unter Kontrolle zu behalten.

Die Kampfkraft der Landwehr wurde sehr unterschiedlich bewertet. Nach einer Inspektion der Ausrüstung und Ausbildung meldete der preußische General Hirschfeld: „Ich würde pflichtwidrig handeln, würde ich sie für den ernsthaften Gebrauch tauglich erachten.“ Ähnliche Auffassungen äußerten französische Offiziere und Soldaten, die die Landwehrsoldaten spottend

als „Kreuzbauern“ (nach dem Landwehrkreuz, das an der Mütze neben der preußischen Kokarde getragen wurde) bezeichneten und glaubten, mit ihnen leichtes Spiel zu haben. Völlig anders urteilten die Heeresreformer Scharnhorst, Gneisenau und Clausewitz. Sie setzten – und wie sich herausstellen sollte, mit Recht – auf den von Patriotismus getragenen Mut und die Einsatzbereitschaft der aufgestellten Einheiten.

Napoleon leitete von Paris aus die Aufstellung einer neuen Armee. Der Kaiser der Franzosen war sich zwar dessen bewußt, daß er einen Feldzug verloren hatte, dachte aber nicht daran, seine Sache aufzugeben. In dieser Frage hatte er im Frühjahr 1813 die französische Bourgeoisie im wesentlichen auf seiner Seite. Neben umfangreichen Aushebungen in Frankreich hatten auch die verbündeten Rheinbundstaaten erhebliche Kontingente zu stellen.

Beide Seiten suchten Zeit zu gewinnen. Kaiser Napoleon versuchte erfolgreich, die Elblinie als Ausgangsbasis für militärische Aktionen aufzubauen, wo sein Stiefsohn Eugen Beauharnais die zurückflutenden Reste der „Großen Armee“ sammelte und neu formierte. Die Hauptkräfte wurden im Raum Dresden konzentriert. König Friedrich Wilhelm von Preußen brauchte die Zeit, um das Bündnis zu erweitern und den Kaiser von Österreich für den Krieg gegen Frankreich zu gewinnen. Der Feldzugsplan von Scharnhorst, der vorgeschlagen hatte, den zurückgehenden Franzosen sofort zu folgen und einen raschen Angriff einzuleiten, fand bei den Verbündeten keine Zustimmung. Die für die französische Seite erfolgreichen 20 Schlachten bei Großgörschen (2. Mai 1813) und Bautzen (20./21. Mai 1813) zeigten, daß Napoleon die Zwischenzeit gut genutzt hatte. Es gelang ihm jedoch nicht, den Verbündeten eine entscheidende Niederlage beizubringen. So wurde am 4. Juni in Poischwitz ein Waffenstillstand vereinbart, der mehrfach verlängert wurde und am 11. August 1813 ablief.

Der Feldzug vom Ablauf des Waffenstillstandes bis zur Völkerschlacht bei Leipzig

Nach Ablauf des Waffenstillstandes hatten die nunmehr drei verbündeten Mächte drei Armeen aufgestellt, die konzentrisch gegen Napoleon vorgehen sollten. Die südliche Hauptarmee befand sich in Böhmen, Oberkommandierender war der österreichische Feldmarschall Fürst Schwarzenberg, die Armee bestand aus österreichischen, russischen und preußischen Truppen. Südlich von Berlin stand die Nordarmee, Oberkommandierender war der Kronprinz von Schweden, (das sich ebenfalls der Koalition angeschlossen hatte) der ehemalige napoleonische Marschall Bernadotte, die Armee bestand aus Schweden, Russen und Preußen. In Schlesien war die dritte,

(kleinste) Armee stationiert, Oberkommandierender war der preußische General Blücher, der „Marschall Vorwärts“, sein Generalquartiermeister (Stabschef) Gneisenau; in der Armee waren Russen und Preußen. Der russische Oberbefehlshaber Fürst Kutusow war inzwischen in Kalisch schwer erkrankt und verstorben, sein Nachfolger wurde der General Wittgenstein.

Die Gesamtstärke der verbündeten Truppen betrug etwa 480 000 Mann. Dieser Streitmacht hatte Napoleon etwa 450 000 Mann entgegenzusetzen, das Gros hatte im Raum Dresden Aufstellung genommen. Natürlich erkannte Napoleon die Absicht der Verbündeten, ihn zu einer entscheidenden Schlacht zu zwingen. Sein strategischer Plan bestand darin, durch schnelle Angriffe auf die drei Armeen der Verbündeten sie mit überlegenen Kräften einzeln zu schlagen und so eine Entscheidung zu erzwingen. Ein erster Schlag sollte gegen die Nordarmee geführt werden.

Die Schlacht bei Großbeeren, 23. August 1813

Mit der Vernichtung der Nordarmee und der Eroberung Berlins wurde von Napoleon der Marschall Oudinot beauftragt, dem dazu drei Korps und eine Kavalleriebrigade, insgesamt 68 000 Soldaten, zur Verfügung standen, die



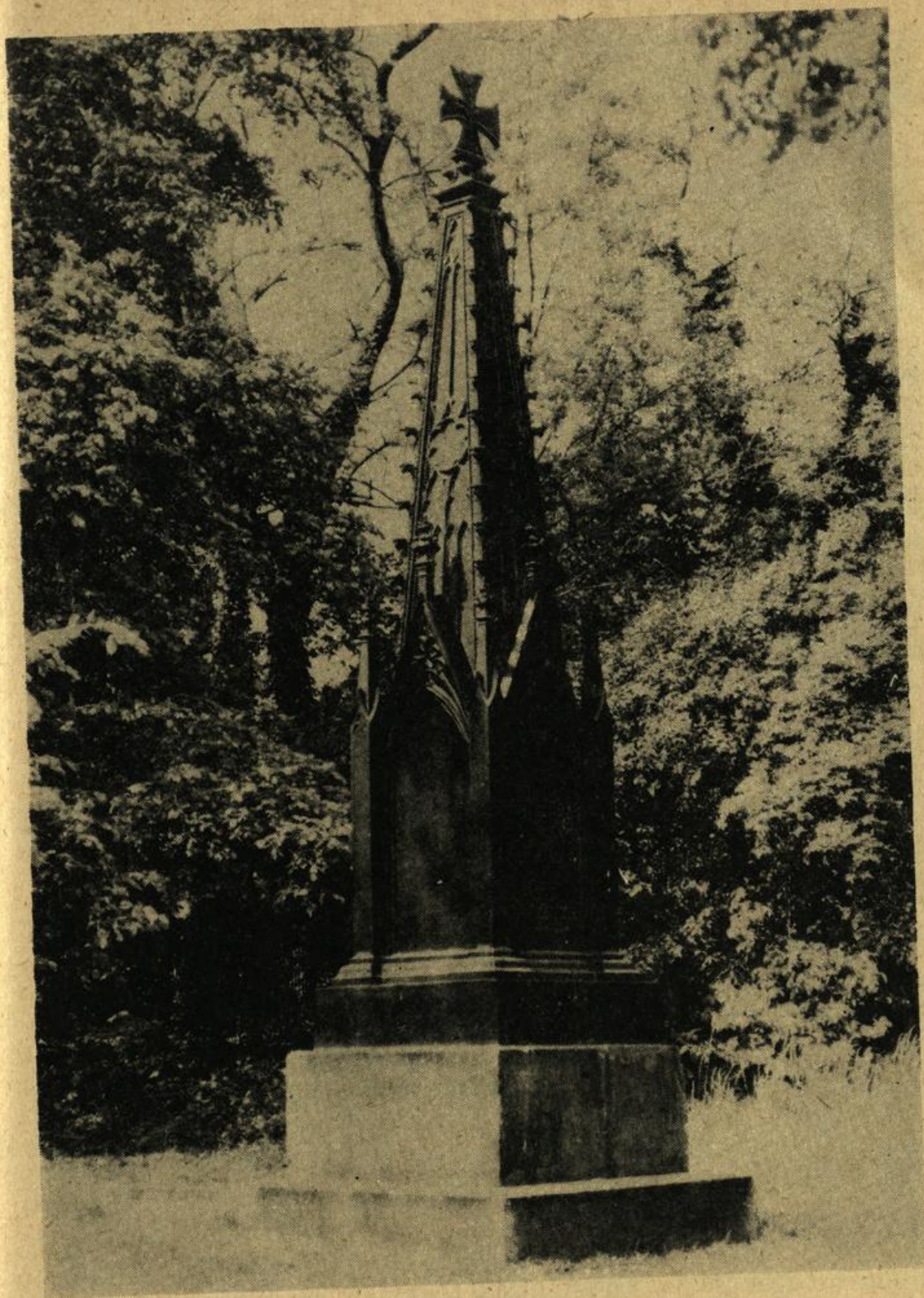
Kampfszene auf dem Friedhof von Großbeeren am 23. August 1813, einer großartigen Bewährung der preußischen Landwehr. Gemälde von C. Röchling (Ausschnitt)

im Raum Wittenberg konzentriert waren. Am 21. August wurden die auf der Linie Trebbin – Zossen stehenden Gefechtsvorposten der Nordarmee von den Truppen Oudinots angegriffen. Nach verschiedenen Gefechten stießen die französischen Truppen bei Großbeeren auf das Korps des Generals von Bülow. Die sich schnell entwickelnde Schlacht wurde zu einer hervorragenden Bewährungsprobe für die Landwehrsoldaten. Sie waren zwar wenig ausgebildet und schlecht ausgerüstet, dazu durch lange Märsche erschöpft, griffen aber doch mit großem Ungestüm an. Während der Schlacht begann es zu regnen und die veralteten Gewehre der Landwehr versagten, da das Pulver naß wurde. Beim Sturm auf den Friedhof von Großbeeren drehten die Landwehrsoldaten die Gewehre um und schlugen mit dem Kolben drein. „Dat fluscht beter!“ wird den pommerschen Landwehrsoldaten dabei in den Mund gelegt und ist seitdem sprichwörtlich geworden.

In der Schlacht von Großbeeren bewährte sich auch das Zusammenwirken zwischen preußischen und russischen Truppen. In seinen Erinnerungen schreibt darüber der bekannte Militärreformer General von Boyen: „Das dritte Armeekorps formierte sich sehr schnell mit unverkennbarer Kampflust. Der Oberstleutnant Holtzendorff führte die Reserveartillerie, in der sich auch zwei russische zwölfpfündige Batterien unter dem Befehl des Obersten Dietrich befanden, dies war also ein schwieriges Dienstverhältnis. Holtzendorff ritt bei der Eröffnung der Kanonade an Dietrich heran und ersuchte ihn, mit seinen zwei Batterien neben ihm aufzufahren. Dietrich schien zu zaudern. Holtzendorff fuhr mit den preußischen Batterien einige hundert Schritt vor und begann sein Feuer. Dietrich sah einige Augenblicke zu, rückte dann entschlossen in die Gefechtslinie und nahm ehrenvoll am Kampf teil. Seit diesem Augenblick bestand nicht allein ein musterhaftes Einvernehmen zwischen den beiden Artillerieoffizieren, sondern Dietrich und seine Batterien wurden auch unsere treuen, ehrenwerten Kampfgenossen im ganzen Feldzuge.“

Die französische Armee erlitt eine empfindliche Niederlage und zog sich zurück. Der strategische Plan Napoleons, die Nordarmee zu schlagen und Berlin in die Hand zu bekommen, war gescheitert. Oudinot zog sich nach Wittenberg zurück. In Berlin wurde aus diesem Anlaß ein großes Siegesfest gefeiert, für das der in Treuenbrietzen geborene Hofkapellmeister Heinrich Himmel (1765–1814) die Siegeskantate komponierte.

Aus Magdeburg war inzwischen ein französisches Korps unter General Girard bis Belzig vorgedrungen und wurde bei Hagelberg von der preußischen Landwehrdivision unter General von Hirschfeld in einem heftigen Kampf vernichtend geschlagen. Auch die Schlacht bei Hagelberg am 27. August 1813 bewies die Kampftüchtigkeit der Landwehr, die Hirschfeld selbst vor kurzem noch beweifelt hatte.



Denkmal der Schlacht von Großbeeren von Karl Friedrich Schinkel. Nach Veränderungen im vorigen Jahrhundert wurde bei der Rekonstruktion 1978 die ursprüngliche Form wiederhergestellt. Ein gleiches Denkmal befindet sich bei Dennewitz.

Die Schlacht bei Dennewitz, 6. September 1813

Napoleon hatte inzwischen den Kampf auch gegen die beiden anderen Armeen der Verbündeten aufgenommen. Er konnte auch eine Schlacht gegen die (südliche) Hauptarmee Schwarzenbergs bei Dresden gewinnen, doch am gleichen Tage errang die schlesische Armee unter Blücher einen Sieg in der Schlacht an der Katzbach. Unter diesen Bedingungen entschloß sich Napoleon, den Stoß auf Berlin zu wiederholen, um die strategische Initiative wieder in die Hand zu bekommen.

Neuer Oberkommandierender wurde Marschall Ney, dem für die Eroberung Berlins 58 000 Soldaten zur Verfügung standen. Er rückte sogleich vor und schon am gleichen Tage, am 5. September, kam es bei Zahna, Kreis Jüterbog, zu einem Gefecht mit dem Korps des Generals Tauentzien von der Nordarmee. Bereits am nächsten Tage, am 6. September 1813, stießen die Truppen Neys bei Dennewitz erneut auf das Korps Tauentzien, welches kaum standzuhalten vermochte. Nun aber fiel das Korps Bülow in die Flanke der überraschten Angreifer. Französische Reserven brachten wiederum eine kritische Lage für Tauentzien und Bülow. Den Ausschlag gab die von Bülow (gegen den Willen des Oberbefehlshabers Bernadotte) herbeigerufene Division des Generals Borstell. Wieder bewährte sich das Zusammenwirken mit den russischen Waffengefährten, wobei der Kampf der Batterien des Obersten Dietrich – wie in Großbeeren – besonders herausragte. Charakteristisch für die moralische Haltung der Landwehrsoldaten war das Beispiel von Friderike Krüger, dem „Heldenmädchen von Dennewitz“. Trotz dreimaliger Verwundung setzte sie den Kampf weiter fort.

Sophie Dorothea Friderike Krüger wurde am 4. Oktober 1789 in Friedland als Tochter eines Ackerbürgers geboren. Im März 1813 trat sie unter dem Namen August Lübeck als Schneiderin in das Kolbergsche Regiment der preußischen Armee ein, wurde aber bald Soldat. Das Kolbergsche Regiment hatte sich 1807 bei der Belagerung Kolbergs durch französische Truppen formiert. In ihrer Biographie begründet sie ihren Entschluß: „Tief fühlte gewiß jedes deutsche Herz die Schmach, die dem Volke widerfahren war. . . . Doch nicht allein das männliche Geschlecht eiferte unter sich . . . Nein, würdig ihren alten Vorfahren, die mutig mit in den Kampf zogen, trat auch das andere Geschlecht auf und opferte alles, Schmuck und Putz. Was sollte ich tun? – die letzteren besaß ich nicht . . . Mitwirken wollte ich aber, und so faßte ich den Entschluß, mit Verleugnung meines Geschlechts, mich den Fahnen der Ausziehenden anzuschließen.“ Für ihre Tapferkeit in der Schlacht bei Dennewitz wurde sie zum Unteroffizier befördert und mit dem Eisernen Kreuz und später mit dem russischen Georgs-Kreuz ausgezeichnet. Als sie 1815 aus der Armee ausschied, schrieb ihr



Denkmal der Schlacht von Dennewitz, zwei Landwehrmänner aus Bronze, am Steinsockel ein Bronzerelief des Generals von Bülow. Victor Seifert, 1913



Sophie Dorothea Friderike Krüger, (1789–1848) das „Heldenmädchen von Dennewitz“.
Zeichnung nach einem alten Gemälde von Inge Grabow

Kon
voll
daß
am
ihre
stal
Die
wit
Da
ver
te
che
die
ten
wä
Da
ebe
Ha
De
lich
du
gr
Vo

Li
18
G
tu
A
-19
tu
w
B
v
H
H
d
H

Kommandeur in der Schlacht bei Dennewitz, General Borstell, über sie voller Achtung und Anerkennung. Seit Großbeeren war allgemein bekannt, daß sie ein Mädchen war. 1816 heiratete sie den Unteroffizier Karl Köhler, am 31. Mai 1848 ist sie in Templin verstorben. Dort ist ihr Grab und das ihres Ehemannes als Erinnerungsstätte an den Befreiungskrieg würdig gestaltet worden.

Die Armee des Marschalls Ney wurde durch die Niederlage bei Dennewitz in völlige Auflösung versetzt. Sie verlor 22 000 Mann.

Damit war der strategische Plan Napoleons endgültig gescheitert. Aber die veränderte Lage wurde durch Schwarzenberg (Hauptarmee) und Bernadotte (Nordarmee) nicht genutzt, der Krieg war in eine Sackgasse geraten. Blücher (Schlesische Armee) und sein Stabchef Gneisenau ergriffen wiederum die Initiative. Von Ostsachsen aus zogen sie die Elbe abwärts und überqueren den Strom bei Wartenburg (am 3. Oktober). Napoleon sah seine rückwärtigen Verbindungen gefährdet und zog sich in Richtung Leipzig zurück. Dadurch wurde der zögernde Bernadotte mit der Nordarmee veranlaßt, ebenfalls die Elbe zu überschreiten. Schwarzenberg folgte Napoleon mit der Hauptarmee. Die Völkerschlacht bei Leipzig bereitete sich vor.

Der „militärisch höchst verwegene“ (Marx) Marsch Blüchers war nur möglich durch das Scheitern der napoleonischen Pläne zur Eroberung Berlins durch die Niederlagen von Großbeeren und Dennewitz. Es waren nicht die größten Schlachten, aber harte und verlustreiche Kämpfe, die den weiteren Verlauf des Befreiungskrieges nicht unwesentlich beeinflußt haben.

Literatur

1813-1963 Sturmzeichen des Befreiungskampfes. Zur 150-Jahr-Feier der Schlacht bei Großbeeren, der Rettung der Hauptstadt. Hrsg.: Ideologische Kommission der Kreisleitung der SED und Abteilung Kultur des Rates des Kreises Zossen. Zossen 1963. 40 S., Abb.

1988 Heimatkalender für den Kreis Jüterbog. Hrsg.: Rat des Kreises Jüterbog, Abt. Kultur. Enthält Artikel von E. Liese, H. Schulze und H. Pöpke über die Schlacht bei Dennewitz (S. 38 ff)

Belziger Heimatkalender '88. Hrsg.: Rat des Kreises Belzig, Abt. Kultur. Enthält Artikel von R. Kunze über das Gefecht bei Hagelberg (S. 6 ff)

Hagelberg 1813: zum 175. Jahrestag des Gefechtes bei Hagelberg vom 27. August 1813. Hrsg.: Rat der Gemeinde Hagelberg mit Unterstützung der Abteilung Kultur des Rates des Kreises Belzig und der Gesellschaft für Heimatgeschichte. Autor: Frank Bauer. - Hagelberg 1988. m. Ill. und Karten

Mit Dampf auf den ersten Schienen in Preußen

von Kurt Ernert

Vom Beginn der deutschen Eisenbahnen

Als im Dezember 1835 die erste deutsche Eisenbahn von Nürnberg nach Fürth den öffentlichen Fahrbetrieb aufnahm, waren seit der Beendigung des Befreiungskampfes von der napoleonischen Fremdherrschaft 20 Jahre vergangen. Den Fürsten war es in diesem Zeitraum gelungen, ihre spätf feudale Restaurationspolitik in den Ländern des auf dem Wiener Kongreß geschaffenen Deutschen Bundes durchzusetzen. Im Widerspruch dazu war aber die volle Entfaltung der industriellen Revolution in den Staaten des deutschen Bundes nicht mehr aufzuhalten, die sich unter dem Einfluß der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Westeuropas zunehmend durchsetzte. Die Entwicklung der Industrie und des Handels nahm in Deutschland einen solch raschen Aufschwung, daß die damals übliche Beförderung von Gütern und Menschen mit Planwagen und Postkutschen nicht mehr genügen konnte. Die ständig zunehmende kapitalistische Produktionsweise forderte deshalb Transportkapazitäten mit Massencharakter.

Nachdem in England die von George Stephenson konstruierten Dampfeisenbahnen erfolgreich ein neues Zeitalter eingeleitet hatten, befaßte sich auch die Bourgeoisie in Deutschland mit der Notwendigkeit des Eisenbahnbaus. Aber, bedingt durch die Kleinstaaterei stellten sich hier erhebliche Widersprüche und Schwierigkeiten für den Bau von Eisenbahnen ein, die auch den Entwurf für ein weitreichendes deutsches Eisenbahnnetz von Friedrich List, dem bedeutendsten Vertreter der deutschen Eisenbahnpioniere, scheitern ließen.

Die unaufhaltsame Entwicklung von Industrie und Handel zwang jedoch die Staaten des Deutschen Bundes, sich mit einer Änderung der drückenden Zollverhältnisse zu befassen. Jeder Durchgangsverkehr wurde durch etwa 36 Zollschränken behindert und dadurch auch verteuert. Diese Situation hemmte auch die Ausdehnung und Entwicklung des inneren Marktes. Infolge der zunehmenden Forderungen der jungen Bourgeoisie gründete diese unter Führung des preußischen Staates 1834 den „Deutschen Zollverein“, der in seiner weiteren Entwicklung fast ganz Deutschland als einheitliches Zollgebiet zusammenfaßte.

Die deutsche Zolleinigung eröffnete dem Kapital einen großen einheitlichen Markt und bot wichtige Voraussetzungen dafür, das Verkehrswesen durch

die Ausnutzung der Dampfkraft zu revolutionieren und damit eine der größten Umwälzungen auf wirtschaftlichem und auch auf gesellschaftlichem Gebiet einzuleiten. Anfang der dreißiger Jahre setzten in Deutschland die allmählichen Vorbereitungen für den Bau der ersten Bahnlinien ein.

Die erste deutsche Eisenbahnstrecke von Nürnberg nach Fürth sowie der Bau der Leipzig-Dresdener Bahnlinie – dicht vor den Toren Preußens – ermunterten die preußische Bourgeoisie und zwangen die preußische Regierung zu Beratungen über eine Konzessionserteilung an Eisenbahngesellschaften. Der Druck der Bourgeoisie wurde in der Eisenbahnfrage so stark, daß sich das Staatsministerium dringend mit den allgemeinen Richtlinien für das völlig neue Transportunternehmen befassen mußte.

Nach Abschluß der Vorarbeiten zur Leipzig-Dresdener Eisenbahn wandte sich Friedrich List nach Preußen. Er bewarb sich im Mai 1835 mit zwei Eingaben an den preußischen König um eine Konzession für den Bau der Strecken Hamburg–Berlin und Magdeburg–Leipzig.

Auch hier ging es ihm um das Entstehen eines Eisenbahnnetzes und nicht um eine einzelne Linie. Friedrich List hob in seinen Eingaben hervor, daß die fortgeschrittene ökonomische Entwicklung einiger preußischer Provinzen nicht nur ansehnliche Profite durch den Eisenbahnbetrieb erbringt, sondern sich auch der Güter- und Personenverkehr auf den von ihm vorgeschlagenen weiteren Strecken im Zeitraum eines Jahrzehnts verdoppeln würde. Anfangs wurden die Pläne von Friedrich List mit großem Interesse in Preußen aufgenommen. Sein persönliches Anliegen, nämlich eine feste Anstellung zu erhalten, wurde ihm allerdings nicht gewährt. Trotzdem ist es erstaunlich, wie das Eisenbahnnetz, das List schon 1833 für Deutschland entworfen hatte, später in vollem Umfang verwirklicht wurde.

Die erste Eisenbahnstrecke in Preußen von Berlin nach Potsdam

1833 und in den folgenden Jahren wurden der Staatsregierung Preußens mehrere Projekte zum Eisenbahnbau vorgelegt, von denen das aus dem Jahre 1834 unsere besondere Beachtung verdient. Am 27. Januar des gleichen Jahres beantragten der Justizminister Robert und der Bankier Arons in Berlin die staatliche Genehmigung für den Bahnbau Berlin–Leipzig. Dazu verlangten sie eine zweijährige Garantie zum Schutz der vorzubereitenden Maßnahmen und zum Ausschluß jeglicher Konkurrenz. Als der Bauentwurf von der Regierung angefordert wurde, zog sich jedoch Arons von der Beteiligung zurück, aber der andere Teilhaber gab seine Bemühungen nicht auf; er erweiterte sogar seinen Entwurf Berlin–Magdeburg–Leipzig in die nördliche Richtung bis nach Hamburg.

Da sich Robert zur Aufwendung der Kosten nicht entschließen konnte, be-

schränkte er sich auf eine kurze Strecke und reichte den Bauplan mit dem Gesuch zur Konzessionserteilung für eine Eisenbahnstrecke Berlin-Potsdam am 4. Mai 1835 an den König von Preußen ein. Als fachlichen Berater hatte Robert den Oberbaurat Crelle aus Berlin gewonnen, und dieser arbeitete die Baupläne unter strengster Geheimhaltung aus.

In einem Entwurf vom 1. Mai 1835 gab Crelle folgende Begründung für den Bahnbau: „Der Verkehr wird zunehmen. Auf der Chaussee ist er schon jetzt 10mal so stark wie auf den sandigen unbefestigten Wegen. Fast ebenso wird die Steigerung durch die Eisenbahn gegen die Chaussee werden. (Von Berlin nach Potsdam 3 Stunden gegen früher 6-8 Stunden. Mit Eisenbahn 1¹/₂, ja 1 Stunde).“¹

Robert rang beharrlich und mit großer Geduld um die Verwirklichung seines Projektes, dem Bau der Berlin-Potsdamer Eisenbahn. In seinen Empfehlungen hob er die Vorzüge und Annehmlichkeiten der Eisenbahnfahrt besonders hervor: „Der leichtere und schnellere Verkehr wird eine annehmlliche Gelegenheit zur Erholung und zum Genuß der freien Luft und Ländlichkeit bieten, die den Berlinern so sehr fehlen. Ja es werden sogar Personen, die gern außerhalb der Stadt wohnen, Potsdam zum Aufenthalt wählen. Potsdam wird zu Berlin beinahe in die gleiche Lage wie Charlottenburg kommen. Besonders wichtig ist der schnellere Verkehr mit der Eisenbahn für den Genuß der öffentlichen Vergnügungen in beiden Städten, der jetzt nur mit Nachtquartier möglich war. Wer aber um 4¹/₂ Uhr nachmittags mit der Eisenbahn nach Berlin zum Schauspiel, Konzert u. a. fährt, kann um 11 Uhr abends wieder zurücksein. Also auch hier ähnliche Verhältnisse wie in Charlottenburg. Insbesondere wird noch die Eisenbahn für die Stadt Potsdam nützlich sein. Sie wird ihr ungemein viel neuen Verkehr, insbesondere Güterfrachten zuführen.“²

Am 14. Mai 1835 hatte der preußische König nach dem Gesuch Roberts um Konzessionserteilung ein Gutachten von den beteiligten Behörden gefordert. Dieses wurde ihm am 27. November 1835 vorgelegt. Darin heißt es: „Die Anlage einer Eisenbahn von Berlin nach Potsdam kann zwar, als selbständiges Ganzes betrachtet, weder in kommerzieller noch in strategischer Hinsicht als besonders wichtig betrachtet werden. Erwägt man aber, daß sie künftig in der Richtung nach Magdeburg oder Halle fortgesetzt werden könnte, so erscheint sie als der Anfang einer größeren und folgenreichen Unternehmung. Als die erste Eisenbahn in der Monarchie, die als Landstraße zu dienen bestimmt ist und wahrscheinlich sich einer hinlänglichen Frequenz, wenigstens für den Personenverkehr, erfreuen wird, nimmt sie durch ihre Verbindung mit der Hauptstadt das Interesse der Techniker, ja selbst des ganzen Publikums in hohem Grade in Anspruch.“³

Eine grundlegende Voraussetzung für den Bahnbau war, daß der Eisen-

bahngesellschaft mit der Übergabe der staatlichen Konzession auch das Expropriationsrecht (Enteignungsrecht) verliehen wurde. Die Grundbesitzer waren in diesem Fall gezwungen, das benötigte Terrain für den Bahnbau der jeweiligen Eisenbahngesellschaft gegen volle Entschädigung abzutreten. Dagegen leisteten die preußischen Junker hartnäckigen Widerstand, weil sie die für den Bahnbau vorgesehenen Landstriche hergeben mußten und darüber hinaus auch Arbeitskräfte verloren. Viele Landarbeiter verließen die Güter, um für höheren Lohn beim Eisenbahnbau zu arbeiten.

Nachdem endlich die Erteilung des Enteignungsrechts für den Bau der Berlin-Potsdamer Eisenbahn in Aussicht gestellt war, konnte Roberts Projekt Wirklichkeit werden. Er hatte inzwischen ein Verzeichnis über die für den Bahnbau benötigten Grundstücke, einen Tarifentwurf sowie ein Statut für die Gründung einer Eisenbahngesellschaft einschließlich einer Aufstellung der beteiligten Aktionäre ausgearbeitet und der Staatsregierung vorgelegt. So konnte am 26. Februar 1836 die erste Hauptversammlung der Gesellschaftsaktionäre in Berlin stattfinden.


Diese junge Eisenbahngesellschaft mußte bis zum Beginn des Bahnbaus noch einige bürokratische Hindernisse des preußischen Staates überwinden. Auch das Statut wurde im Laufe des Jahres 1836 noch mehrmals umgearbeitet. Für einen sicheren Eisenbahnverkehr auf der künftigen Strecke Berlin-Potsdam formulierte der Vorstand der Gesellschaft ein Bahnpolizeireglement; darin heißt es, „daß, wenn Dampfkraft gefahren werde, nicht gleichzeitig Bahnwagenbeförderung durch Tierkräfte zugelassen sei. So lange die Bahn eingleisig bleibt, soll zwischen zwei aufeinanderfolgenden Zugabfahrten mindestens ein Zeitraum von zwei Stunden für die gleiche und von einer Stunde für die entgegengesetzte Fahrtrichtung liegen. In der Regel genügt alle zwei Stunden eine Fahrt, um die Bedürfnisse des Publikums zu befördern, und zwar sehr präzise beim Schläge der Uhr, vom 1. April bis 1. Oktober neunmal, im Winter achtmal täglich ein Dampfwagen. Auf die Bahnwagen verteilt sollen vier Wagenmeister mitfahren, die auf den Lauf der Wagen und die Bahn genau acht geben. Die bevorstehende Ankunft und den Abgang des Wagenzuges an den Endpunkten gibt der vordere Wagenmeister durch Trompetenstöße kund, damit man sich bereit halte. Auf 1000 Ruthen Entfernung kommt ein Wegewärter zum Abfegen der Schienen, Ausbessern der Strecke, Geben von Zeichen. Vor Sonnenaufgang und nach Sonnenuntergang kommen ebensoviele Hilfwärter dazu, ebenso bei Nebel, Schneegestöber und Glatteis.“⁴

Besondere Schwierigkeiten machte die Auseinandersetzung mit der Post.

Die Bedingungen der Post waren gegenüber der Eisenbahn als aufkommende Konkurrenz sehr hart. So verlangte sie für die Entziehung des gesamten Lokalpersonenverkehrs eine Entschädigung. Beim Eisenbahntransport von

N^o 675 P. 19

Ich, Generalpostmeister von dem 1. März, will, daß ich mit den obigen Bedingungen, Punkt 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.


 4. 25. Jan. 37.
 6. 8. 1837.
 9096. 1/2.
 2. 1837.
 (1837)

(1837) 6-75

Konzessionserteilung für die Eisenbahn von Berlin nach Potsdam vom 23. September 1837

Brief-, Paket- und Geldsendungen wollte die Post den niedrigsten Frachtsatz zahlen, und die begleitenden Postbeamten sollten unentgeltlich befördert werden. Die Eisenbahngesellschaft war mit diesen Bedingungen nicht einverstanden. Nach mehreren Verhandlungen kam es dann am 4. Januar 1837 zu einer Einigung. Entsprechend den neuen Bedingungen sollte die Eisenbahn bei Inbetriebnahme der Strecke Berlin-Potsdam für die Post in jedem Zug die Fahr- und Schnellposten und Briefsäcke unentgeltlich mit einem Post- und Beiwagen befördern. Als Entschädigung hatte die Eisenbahngesellschaft an die Post jährlich 5000 Taler zu zahlen, und wenn Fahrten der Eisenbahn nicht eingehalten werden, dann sollte die Post Schadenersatz bekommen. Dieses Abkommen wurde am 24. April 1837 von dem Generalpostmeister Nagler genehmigt. Kurze Zeit darauf gab die Eisenbahngesell-

schaft zu einigen Änderungen des Statutes und zu dem Vertrag mit der Post ihre Zustimmung.⁵

Als im Sommer 1839 die ersten Erfahrungen mit der in Betrieb befindlichen Berlin-Potsdamer Eisenbahn vorlagen, äußerte sich der Generalpostmeister Nagler, der anfangs ein großer Widersacher dem Eisenbahnbau gegenüber war, in einer Denkschrift an einen preußischen Staatsminister wie folgt: „Es ist unmöglich, gegen die neue Erfindung in Konkurrenz zu treten. Es ist von höchster Wichtigkeit, daß Post- und Eisenbahnbetrieb mit möglichster Einheit ineinander greifen.“⁶

Inzwischen war durch die Kabinettsorder vom 31. März 1837 der Eisenbahngesellschaft mitgeteilt worden, daß dem Enteignungsrecht nichts mehr im Wege stehe. Gleichzeitig waren aber noch die Befugnisse und Verbindlichkeiten der Gesellschaft im Verhältnis zu Staat und Publikum zu klären.

Nach Überwindung der Schwierigkeiten, die hier nur auszugsweise dargestellt werden konnten, erhielt die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft am 23. September 1837 die Konzessions- und Korporationsrechte verliehen. Die Festlegung des Anfangs- und Endpunktes der Bahnlinie bereitete in Berlin keine Probleme, während die Wahl des Endpunktes in Potsdam kompliziert war. Denn außer dem Zugang zur Stadt war eine spätere Weiterführung der Bahn nach Magdeburg oder nach Sachsen-Anhalt zu berücksichtigen. Deshalb standen für Potsdam drei Varianten für eine Bahnstation zur Debatte: Die Alte Königstraße (heute Friedrich-Engels-Straße), der Platz gegenüber der (ehemaligen) Heiligengeistkirche und die Wendlerschen Grundstücke an der Langen Brücke. Die Wendlerschen Grundstücke boten den besten Anlauf zur Stadt und die Möglichkeit, den Bahnhof an der Langen Brücke aufzubauen, aber dieser Plan scheiterte zunächst an dem Widerspruch der damaligen Besitzerin Frau Wendler. Sie hatte bereits 1814 dieses Land als Rittergut von ihrem Vater August Kähne aus Petzow als Erbe erworben. Sie wollte nicht ihren Besitz zwischen der Alten Königsstraße und der Havel aufgrund einer Eisenbahnlinie durchschneiden lassen.⁷

Auf der Grundlage des Konzessions- und Enteignungsrechts entschied sich die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft trotz Widerstandes für die Bahnführung durch die Wendlerschen Grundstücke. Das bewog Frau Wendler, sofort Verhandlungen über den Grundstücksverkauf einzugehen. Deshalb bot sie 44 Morgen Acker und Wiese zwischen Alter Königsstraße, Nuthe und Havel für den Preis von 40 000,- Taler der Eisenbahngesellschaft an. Die Gesellschaft ging auf dieses Angebot ein, kaufte aber zunächst nur 22 Morgen für 19 186,- Taler.⁸

Am 18. November 1837 hatte der König mit einer Kabinettsorder auch die Ausmündung der Eisenbahn an der Langen Brücke genehmigt, womit zugleich der Bauplan für die gesamte Linienführung der Strecke Berlin-Pots-

dam bestätigt war. Somit war der Start für den Bau der Eisenbahnlinie Berlin-Potsdam freigegeben.

Schon während des Baues stellte die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft fest, daß ihr Aktienkapital wegen unvorhergesehener Mehrausgaben erheblich erhöht werden mußte. Da man doch mit zwei gleichzeitigen Fahrten von Berlin nach Potsdam rechnete, bestellte die Gesellschaft in der Stephenson'schen Fabrik in Newcastle statt 3 gleich 6 Dampflokomotiven vom Typ Adler, Pegasus und Iris zu je 14 000 Taler. Dazu wurde auch noch eine größere Zahl von Personenwagen in einer englischen Waggonfabrik bestellt. Hinzu kam, daß bei Kohlhasenbrück mit einem Kostenaufwand von 8 500 Talern Pfähle in den Sumpf gerammt werden mußten. Für 28 Bahnwärter wurden Wohnungen zu je 3 000 Taler gebaut. Der Potsdamer Bahnhof in Berlin hatte allein 60 000 Taler mehr gekostet als geplant, und der Bahnhofsbau in Potsdam, der an der Heiligengeistkirche 15 105 Taler kosten sollte, erforderte an der Langen Brücke eine Summe von 48 507 Talern. Wegen dieser Mehrkosten hatte eine Generalversammlung der Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft am 5. Februar 1838 eine Erhöhung der Aktien um 300 000 Taler beschlossen.



Die Eisenbahn zwischen Berlin und Potsdam.

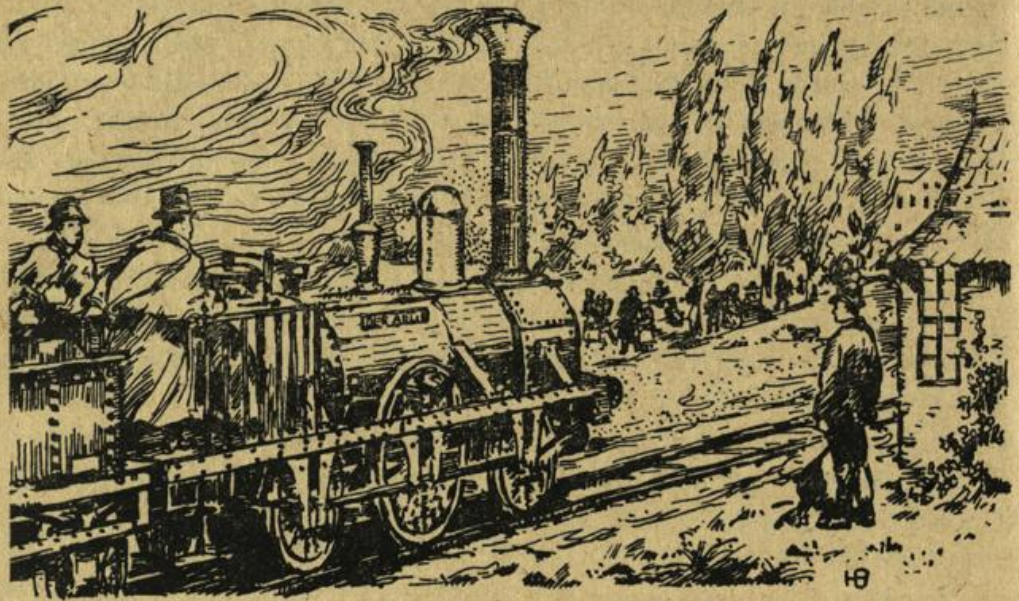
Einige Wochen danach mußte die Eisenbahngesellschaft eine weitere Erhöhung des Aktienkapitals um 400 000 Taler beschließen, die auch vom König genehmigt wurde. Die Gesamtkosten für den Bau der Berlin-Potsdamer Eisenbahn betragen mit allem was dazu gehört wie Grundstückserwerb, Gleisanlagen, Transportmittel, Bahnhöfe, Brücken u. a., rund 1 038 564 Taler.⁹

Im Sommer 1838 wurde nach 14monatiger Bauzeit der Bau der Teilstrecke Potsdam-Zehlendorf vollendet. Wenn auch nur eingleisig, mit Ausweichstellen versehen, war es unter den damaligen Bedingungen eine beachtenswerte Leistung, wenn man bedenkt, daß der erste Chausseebau auf derselben Strecke drei Jahre gedauert hat.

Anfang September begannen auf der zuerst fertig gewordenen Strecke von Zehlendorf nach Potsdam die täglichen Probefahrten. Die beiden englischen Lokomotiven „Pegasus“ und „Adler“ fuhren abwechselnd vormittags von Potsdam nach Zehlendorf und von da zurück, wobei eine Reihe Waggons angehängt wurden. Der Andrang der Potsdamer Bürger war sehr groß, wollte doch ein jeder die fauchenden Dampfrosse durch die Landschaft fahren sehen.

Am 22. September 1838 konnte die Strecke von Zehlendorf nach Potsdam für den öffentlichen Verkehr freigegeben werden. Die feierliche Eröffnungsfahrt am 21. September 1838 wurde zu einem wahren Volksfest.

An der Eröffnungsfahrt von Potsdam nach Zehlendorf nahm Ludwig Rellstab als Berichterstatter der Vossischen Zeitung teil. Er schilderte die Fahrt wie folgt: „Die Eröffnung der Berlin-Potsdamer Eisenbahn auf der Strecke von Potsdam nach Zehlendorf, hat heut, unter den günstigsten Verhältnissen statt gefunden. In gewisser Beziehung ist dieses Ereignis, da es den Anfangspunkt der Benutzung der Eisenbahnen im preußischen Staat bildet für diesen eines der wichtigsten des Jahrhunderts. In der Geschichte der Industrie wenigstens dürfte ihm keins an die Seite zu setzen sein. Der Potsdamer Bahnhof, dessen schöne Gebäude noch nicht ganz vollendet sind, war mit einem interimistischen Aufbau versehen, welcher einen größeren Salon und zwei kleinere elegant eingerichtete Gemächer, als Versammlungsorte für die Abreisenden bei üblem Wetter, enthält. Den Weg dahin hatte man mit Kränzen, Blumengewinden und Fahnen verziert. Schon am frühen Morgen an bot die Gegend um den Bahnhof ein belebtes Schauspiel dar; gegen die Mittagszeit aber waren Tausende von Zuschauern herbeigeströmt, welche auf der Brücke, in den ringsum gelegenen Gärten, Wiesen, Feldern und Wegen, sich in bunte Gruppen verteilt hatten, um der Abfahrt beizuwohnen. Es waren zu derselben über dreihundert Billette ausgegeben worden, und sechzehn Wagen wurden von den Lokomotiven ‚Adler‘ und ‚Pegasus‘ gezogen. Auf den vordersten Wagen wehten Fahnen in den preußischen Farben und



mit dem preußischen Adler geschmückt. Diese und die Lokomotiven waren gleichfalls mit Laubgewinden geschmückt. Kurz vor zwölf Uhr wurde das Zeichen zum Einsteigen gegeben; auf dem ersten Wagen befand sich ein Musikcorps und unter schmetterndem Hörner- und Trompetenklang und den Freudenschüssen aufgestellter Böller, setzte sich mit dem Schlag zwölf Uhr der Zug in Bewegung. Ein schneidendes Pfeifen gab das Signal zur Abfahrt. Sie begann im langsamen Tempo, wuchs aber mit jeder Sekunde, bis sie jene rapide Schnelligkeit erreicht hatte, wodurch die Eisenbahnen ihren so glänzenden Sieg über alle sonstigen Mittel des Fortkommens erfechten. Einige Reiter versuchten eine Zeitlang den Wagenzug zu begleiten, doch schon nach wenigen Minuten konnten die erschöpften Pferde nicht mehr in gleicher Schnelligkeit folgen. In nicht voll zweiundzwanzig Minuten war der Anhaltspunkt Zehlendorf, eine Strecke von 3850 Ruthen, erreicht. Da in der Folge bei größerer Einübung der Leute gewiß die Fahrt sich noch beschleunigen läßt, überdies diese Strecke die größere ist, indem die folgende nur noch 1350 Ruthen beträgt, so wird der ganze Weg von Potsdam nach Berlin künftig in 40 Minuten zurückgelegt werden.

Nach einem etwa halbstündigen Aufenthalt wurde die Rückfahrt nach Potsdam angetreten, welche der Berichterstatter jedoch nicht mitmachte.

Die höheren Beamten der Regierungs- und städtischen Behörden in Potsdam waren zu der Fahrt eingeladen und hatten derselben zum größten Teil beigewohnt. Mittags wird ein großes Gastmahl in Potsdam die Direktoren, viele Aktionäre und Ehrengäste vereinigen. Durch die zweckmäßigen Einrichtungen, welche seitens der Post-Behörde zur Beförderung nach Zehlendorf ge-

troffen sind, so wie durch die Aufstellung der Kremser Fuhrwerke, wird es möglich sein, diese fertige Bahnstrecke schon jetzt, sowohl zu Vergnügungsfahrten, wie zur Beschleunigung des Verkehrs zu benutzen. Zu den ersteren ladet das schöne Herbstwetter noch ganz besonders ein; der bei Zehlendorf durch Heinz Heinzelmann erbaute Salon, so wie das elegante von demselben eingerichtete Lokal in Potsdam nächst dem Bahnhofe, bieten den Spazierfahrern auch zugleich angenehme Aufenthaltsplätze dar, um die Zeit der Abfahrt abzuwarten. Der glückliche Anfang ist gemacht; möge der Fortschritt in gleicher Weise erfolgen. Bald wird das Publikum es allgemeiner zu würdigen wissen, welche unschätzbare Wohltat demselben durch die Anlegung der Eisenbahn geworden ist, die nach Vollendung Berlin aus seiner ärmlichen Gegend gewissermaßen in die nahe Nachbarschaft der anmutigen Umgebungen versetzen wird.“¹⁰

Nachdem die Teilstrecke bis Zehlendorf in vollem Betrieb war, wurde mit hohem Arbeitseinsatz an der Vollendung des zweiten Streckenabschnittes bis nach Berlin-Steglitz gearbeitet. Die Gesamtstrecke Potsdam-Zehlendorf-Berlin wurde dann am 29. Oktober 1838 dem öffentlichen Verkehr übergeben. Auch an diesem Tag ertönte Punkt zwölf Uhr das Signal zum Einsteigen, und wenige Minuten später setzte sich der Zug, gezogen durch die Lokomotiven „Pegasus“ und „Iris“, in Bewegung. Auf dieser Strecke verkehrten täglich vier Züge mit je elf Wagen. Bei Kohlhasenbrück, dem heutigen Bahnhof Griebnitzsee, in der Machnower Heide, in Zehlendorf und Steglitz befanden sich die Haltestellen. Zu dieser Zeit konnten die Nowaweser und Neuendorfer Einwohner nur die vorbeifahrenden Züge bewundern, denn erst 1866 wurde für beide Ortschaften eine gemeinsame Haltestelle errichtet.

Jeder Fahrgast konnte 30 Pfund Freigepäck mitnehmen. Eine Fahrt zwischen Berlin und Potsdam kostete 1. Klasse 17 $\frac{1}{2}$, 2. Klasse 12 $\frac{1}{2}$, 3. Klasse 7 $\frac{1}{2}$ Silbergroschen. „Damit war der erste Eisenbahnbetrieb in Preußen in vollem Gange und fand zunehmend großen Zuspruch. Täglich nutzten ungefähr 2000 und an Festtagen sogar 4000 Menschen dieses neue Verkehrsmittel.“¹¹

Dem preußischen König waren die Dampfwagen allerdings noch nicht recht geheuer, und deshalb ließ er es sich nicht nehmen, noch eine Zeitlang in seinem Kutschwagen neben der Bahn herzufahren. Aber bei der Geschwindigkeit merkte er selbst, daß seine edlen Trakehner mit der Lokomotive nicht Schritt halten konnten, und so erfuhren die Berliner zu ihrer Überraschung, daß der König mit der Eisenbahn nach Potsdam gereist sei.¹²

Die Berlin-Potsdamer Eisenbahn wurde unmittelbar nach der Eröffnung als neues Verkehrsmittel in steigendem Maße in Anspruch genommen. Infolge dessen mußte die Anzahl der täglich fahrenden Züge erhöht werden. Dazu

war es erforderlich, den Fahrzeugbestand erheblich zu erweitern. Deshalb kaufte die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft im Jahre 1839 weitere 7 Dampflokomotiven; 2 amerikanische 2-A-Lokomotiven, „Amerika“ und „Prussia“ von William Norris, Philadelphia USA, 1 englische Lokomotive von C. Taylor, Warrington, die jedoch nicht in Gang kam, und 4 englische Lokomotiven von Stephenson, außerdem weitere 30 Personenwagen und 10 Güterwagen.

Im selben Jahr wurde auch die erste deutsche Dampflokomotive von der Fabrik des Dr. Kufahl, Berlin, geliefert, der nach 1842 eine weitere der Eisengießerei Eggels, Berlin, folgte.¹³

Berlin = Potsdamer Eisenbahn.

F a h r t e n .

Tage, an welchen die Fahrt geschieht	Von Berlin nach Potsdam.	Von Berlin nach Stregis.	Von Potsdam nach Berlin.	Von Stregis nach Berlin.	Von Potsdam nach Kobitzschbrud.	Von Kobitzschbrud nach Potsdam.
Sonntag, Dienstag, Donnerstag.	3. 7. 10. 14. 3. 6. 9.	2. 3. 7. 9. Nachmittags.	8. 12. 4. 7. 8. 9. 11.	2. 4. 7. 10. Nachmittags.	5. Nachmittags.	8. Abends.
Montag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend.	7. 10. 14. 3. 6. 11.	2. 3. 7. 9. Nachmittags.	5. 8. 12. 4. 8. 9. Die erste Fahrt um 5 Uhr mit Pferd.	2. 4. 7. 9. Nachmittags.	5. Nachmittags.	8. Abends.

Am Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend hält der Zug von Potsdam um 5 Uhr, und der Zug von Berlin um 11 Uhr in Stregis, Zehndorf und am Rathener Wege, Wärrer-Bunde Nr. 36, an, um Passagiere zu verhältnismäßigen Fahrpreisen aufzunehmen und abzusetzen. (ad VIII.)

Die Sitze der Wagen 1ter und 2ter Classe sind ohne Nummern und die Belegung einzelner Plätze ist nicht wählbar.

Die Sitze 1ter Wagenklasse sind numerirt und man kann sich solche einzeln für Coupees und für ganze Wagen im Voraus sichern. Es wird gebieten, die Fahrbillets mindestens 5 Minuten vor der zur Abfahrt bestimmten Zeit zu lösen, weil von dieser Zeit an kein neuer Wagen mehr in den Zug hineingeschoben werden kann und nur die etwa noch unbesetzt gebliebenen Plätze verkauft werden.

Ganze Coupees und Wagen werden, auf Verlangen von allen Wagenklassen verkauft, müssen jedoch 4 Stunden vor Abgang des Zuges bestellt werden.

Ein Coupé 1ter Classe wird für 6
 — 2ter „ „ „ 8 u. 10
 — 3ter „ „ „ 10 —

bezeichnet. Dergleichen Coupees werden mit Bestellung bestellt bezeichnet und bleiben den Bestellern für die Fahrt reservirt.

Das Publikum wird bei Empfangnahme der Billets ersucht, sich genau zu überzeugen, ob die erhaltenen auch zu der gewünschten Fahrt ausgehelt sind, indem ein späterer Umtausch nicht statthaft ist. Für Schäden durch herabfliegende Funken u. dgl. wird nur bei den innern Plätzen der Wagen 1ter und 2ter Classe garantirt, wenn der herbeigeführte Verlust auf der Stelle nachgewiesen worden ist.

I. Fahr-Taxe für Passagiere.

Zwischen Berlin und Potsdam.

Ein Platz erster Classe	17½ Sgr.
Ein Platz zweiter Classe und der obere Einplatz	12½ Sgr.
Ein Platz dritter Classe	7½ Sgr.

Jeder Reisende hat 30 Pfund Reisegeld frei. Ueberfracht wird bis zu jedem 10 Pfunden mit 1 Sgr. berechnet, wenn es nicht Frachtgüter sind, die nach

Bei der Berlin-Potsdamer Eisenbahn setzte man sich zunächst stark für die Norris-Lokomotiven ein. Sie besaßen gegenüber den zeitgenössischen, englischen Lokomotiven eine Reihe beachtlicher Vorteile. So war z. B. bei den Norrisschen Lokomotiven „Amerika“ und „Prussia“ das Triebwerk nach außen verlegt. Damit sind die zu Brüchen neigenden Kropfachsen der englischen Innenzylinderlokomotiven vermieden worden.¹⁴

Noch bessere Betriebseigenschaften besaßen erst die 1845/46 gelieferten acht 1-A-1 Lokomotiven von Friedrich August Borsig, Berlin, dem eine fünfjährige Erfahrung beim Bau von 60 Lokomotiven für andere deutsche Eisenbahngesellschaften zugute kam. „Beachtenswert ist die Tatsache, daß sich Friedrich August Borsig bei der Gestaltung der ersten von ihm hergestellten Dampflokomotive nach den Norris-Lokomotiven der Berlin-Potsdamer Eisenbahn orientiert hat. Der Gesamtaufbau der ersten Borsigschen Dampflokomotive lehnte sich nämlich eng an die ‚Amerika‘ und ‚Prussia‘ von Norris an.“¹⁵

Bei einer ersten Bilanz durch die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft stellte man fest, daß sich die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse mit einer steigenden Tendenz abzeichneten.

Im Unterschied zu der technisch-ökonomischen Entwicklung des Eisenbahnbetriebes in Preußen hielten die vom preußischen Staat herausgegebenen gesetzlichen Grundlagen zeitlich nicht Schritt. Sie wurden von Staats wegen erst in den folgenden Monaten modifiziert. Das äußerte sich darin, daß das preußische Eisenbahngesetz erst am 3. November 1838 erlassen wurde. Deshalb erfolgte bis zu dieser Zeit der Fahrbetrieb auf der Grundlage einer Notverordnung, um Unglücksfällen vorzubeugen. Erst am 19. Januar 1839 erließ der preußische Finanzminister ein Polizei-Reglement für die Berlin-Potsdamer Eisenbahn. Neben eingehenden Vorschriften über den gesamten Transportbetrieb wird besonders auf Gefahren bei Nachtzeit hingewiesen. Während bei der Aufnahme des Bahnbetriebes die Züge ab Einbruch der Dunkelheit von Pferden gezogen wurden, ging man allmählich dazu über, auch bei Nachtfahrten Lokomotiven einzusetzen. Zur Beleuchtung der Strecke waren die Triebfahrzeuge mit zwei großen weißen Reverber-Laternen und zwei roten Lampen ausgestattet, um dem Publikum das Herannahen des Zuges sichtbar zu machen. Die benötigten Laternen wurden auch zunächst aus England bezogen.¹⁷

Nach dem Erlaß des preußischen Polizei-Reglements wurden täglich Polizeirapporte über den Verkehr auf der Berlin-Potsdamer Eisenbahn durchgeführt, die die Aufgabe hatten, nicht nur die Anzahl der Reisenden, sondern auch besondere Vorkommnisse während der Fahrt zu registrieren. In diesem Zusammenhang soll aus einem Polizeirapport von 1839 die Unfallgefahr auf dem Bahngelände der damaligen Zeit verdeutlicht werden:

„Berlin, 25. Mai 1839. Nachmittags 3 Uhr wurde der Bahnwärter Fuhrmann auf seinem Posten vor dem Wachthaus Nr. 42 bei Kohlhasenbrück bei der Vorbeifahrt des Zuges verletzt. Dem letzten Personenwagen war ein Lastwagen beladen mit Hölzern angehängen. Von den Hölzern legte sich eines quer und verletzte den Bahnwärter im Gesicht. Er mußte ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen.“¹⁸

„Berlin, 30. Mai 1839. Zwischen Zehlendorf und Steglitz 8.00 Uhr abends ist ein Fohlen erschreckt durch das Pfeifen von der Stute gelöst in Richtung fahrenden Zug gelaufen. Der Maschinist gab sofort Zeichen zum Bremsen. Ein Überfahren des Fohlens konnte verhindert werden. Als der Zug stand, sprang ein Passagier vom offenen Wagen und wollte nachschauen, was passiert sei. Der Zug setzte sich in Bewegung. Durch den Ruck verlor der Passagier das Gleichgewicht und fiel zwischen die Wagen glücklicher Weise zwischen die Schienen. Ihm wurde zugerufen, still liegen zu bleiben. Der Maschinist erhielt wiederum das Haltesignal, was unmittelbar geschah. Der Passagier erlitt außer dem Schock keinen Schaden.“¹⁹

Der erste Eisenbahnpostdienst auf der Berlin-Potsdamer Eisenbahn wurde auf der Grundlage der gemeinsamen Einigung zwischen der Eisenbahngesellschaft und der Post vom 4. Januar 1837 in Betrieb genommen. Dabei wurden die Postwagen vor jeder Fahrt auf Wagenuntergestelle der Eisenbahn geschoben. Auf dem Postillionsitz nahm der Schirrmeister Platz, der als Begleiter des Postwagens unterwegs den Austausch des Postgutes zu besorgen hatte. Er war dabei aber nicht nur den Unbilden der Witterung, sondern bei dem häufigen Schaukeln des Wagens auch nicht geringen Gefahren ausgesetzt. Diese Art der Postbeförderung fand nur auf kurzen Strecken statt und fiel 1846 ganz weg. Denn bereits 1841 hatte man zwischen Berlin und Leipzig besondere, auf Schienen laufende Eisenbahnpostwagen zunächst versuchsweise eingesetzt. Diese waren in ihrer äußeren Form den Fahrzeugen der Eisenbahngesellschaften angepaßt. Das Innere der Wagen bestand aus einem Packraum, der mit Schreibpult, Sitz und Vorrichtungen für die Postablage ausgestattet war. Zur Beleuchtung dienten an der Wagendecke angebrachte Öllampen. Um Schienenstöße abzuschwächen, war der Wagenboden mit einer Polsterung aus Segeltuch und Roßhaar ausgelegt.²⁰

Zur Entstehung der Eisenbahnwerkstatt in Potsdam

Bereits einige Monate vor der Teileröffnung der Berlin-Potsdamer Eisenbahn am 22. September 1838 war neben dem Bahnhof in Potsdam auf den Wendlerschen Grundstücken eine Werkstatt für Lokomotiven und Wagen fertiggestellt worden. In ihr wurden vorerst die aus England eingeführten Lokomotiven zusammengebaut und für die Probefahrten vorbereitet. Kei-

neswegs war dies eine Werkstatt oder ein Ausbesserungswerk im späteren oder gar heutigen Sinne. Die Einrichtung erfüllte aber bei aller Einfachheit der Ausstattung lange Zeit ihre sehr wichtigen Aufgaben, nämlich den Zusammenbau, die Ausbesserung und Unterhaltung der Fahrzeuge und sonstigen Betriebsmittel.

Die erste deutsche Eisenbahnwerkstatt war bereits mit der Inbetriebnahme der Eisenbahnstrecke Nürnberg-Fürth entstanden. Am Anfang der Strecke bei Nürnberg befanden sich an den Seiten der Bahn zwei Remisen (Wagenschuppen), in denen die Wagen aufgestellt und mit Hilfe von Drehscheiben und einer amerikanischen Plattenschienenverbindung von einer Remise in die andere befördert werden konnten. Diese einfache Werkstatt war für die Ausführung der Erhaltungsarbeiten an einer Lokomotive und an neun Personenwagen, dem ersten Fahrzeugbestand der Ludwigsbahn, ausreichend. Anfangs der siebziger Jahre wurde diese Werkstatt, inzwischen mehrmals vergrößert, jedoch wieder abgerissen. Deshalb sind im Unterschied zum Bahnbau in Bayern die Potsdamer Eisenbahnwerkstätten die ältesten auf deutschem Boden.²²

In den ersten Jahren des deutschen Eisenbahnbaus mußten sich die Eisenbahngesellschaften, die knapp zehn Jahre nach den ersten englischen entstanden waren, ausschließlich am englischen Vorbild orientieren. In Deutschland war in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts die Industrie, insbesondere der Maschinenbau, noch nicht so technisch entwickelt, um den Bau der Eisenbahntransportmittel und die dazu erforderlichen Ausrüstungen selbst zu produzieren. Deshalb waren die Gesellschaften darauf angewiesen, Lokomotiven, Schienen, Bahnwagen und anderes Eisenbahnmaterial aus England zu importieren.

Da noch kein erfahrenes deutsches Eisenbahnpersonal zur Verfügung stand, wurden anfangs englische und amerikanische Maschinisten und Eisenbahnhandwerker in den deutschen Eisenbahngesellschaften eingestellt. So war es nicht verwunderlich, daß in Potsdam der englische Ingenieur William Turner die Leitung der Eisenbahnwerkstatt übernahm. Bereits 1837 hatte er die ersten sechs Stephenson'schen Lokomotiven aus England mitgebracht sowie englische und amerikanische Werkstattarbeiter, die unter seiner Leitung die Lokomotiven aufbauten und später die anfallenden Reparaturen durchführten.

Eine Schmiede mit Werkbänken und Schraubstöcken, ein massiver Dampfwagenschuppen, eine Kohlenhalle und ein kleines Bürogebäude waren die damalige Betriebsanlage. In Berlin, in der Nähe des Potsdamer Bahnhofs, baute man eine ähnliche Werkstatt. Sie bestand aus einem Dampfwagen- und zwei Wagenschuppen. In den ersten Betriebsmonaten mußten in Berlin und Potsdam sechs Dampflokomotiven von etwa 30 bis 35 PS und einer

Höchstgeschwindigkeit von 40 km/h betreut werden. Ferner waren zwei Staatswagen, fünf Personenwagen 1. Klasse, neun Personenwagen 2. Klasse, achtundzwanzig Personenwagen 3. Klasse sowie vier Viehwagen und acht Bahnkarren zu unterhalten.

Für die notwendigen Reparaturen, einschließlich der Untergestelle der Wagen, der Achsen und Räder mußten aus England alle Ersatzteile eingeführt werden, da es in Deutschland zu dieser Zeit noch keine Produktionsstätten für die Ersatzteilerfertigung gab. Als erste Eigenproduktion fertigte man in Berlin nach englischem Muster Wagenkästen.²³

Unmittelbar nach der Eröffnung der gesamten Strecke Berlin-Potsdam begannen am 1. November 1838 die ersten vier deutschen Handwerker, zwei Schlosser, ein Schmied und ein Tischler, ihre Tätigkeit in der Potsdamer Eisenbahnwerkstatt. Die völlig neuen technischen Einrichtungen an den Lokomotiven und Wagen bedingten eine gründliche Ausbildung der Handwerker.

In den folgenden Jahren wurden die ausländischen Fachkräfte auf Grund ihrer zu hohen Lohnforderungen durch deutsche Handwerker ersetzt. Außerdem befürchtete die Eisenbahngesellschaft, daß die deutschen Arbeiter mit den gewerkschaftlichen Erfahrungen des englischen Proletariats vertraut gemacht werden könnten.²⁴

Im Jahre 1845 waren schon 38 Handwerker in der Potsdamer Werkstatt beschäftigt. Somit war inmitten der Hochburg des preußischen Adels und



Das Bahnhofsgebäude in Potsdam 1838

Militarismus die erste kleine Gruppe des jungen Industrieproletariats entstanden.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren inzwischen die englischen und amerikanischen Lokomotiven auf der Strecke Berlin-Potsdam 56 000 km gefahren. In den ersten Jahren des Eisenbahnbetriebes hatte es die Eisenbahngesellschaft mit der Pflege und der turnusgemäßen Untersuchung der Lokomotiven nicht ernst genug genommen. Diese Vernachlässigung rächte sich, denn die amerikanischen Lokomotiven „Amerika“ und „Prussia“ mußten bereits mit der ersten deutschen Lokomotive schon 1845 aus dem Betrieb genommen werden. Sie fanden nur noch als stehende Dampfmaschinen zum Antrieb von Werkzeugmaschinen und zum Wasserschöpfen Verwendung.²⁵ Der Bestand wurde 1845/46 mit acht in den Borsig-Werken hergestellten Lokomotiven wieder aufgefüllt. Für die anfallenden Ausbesserungsarbeiten an den Lokomotiven und Wagen waren 1845 in den Potsdamer Eisenbahnwerkstätten von den 38 Handwerkern folgende Fachgruppen vertreten: 13 Schmiede, 16 Schlosser, 2 Maschinisten, 1 Feuermann (Heizer), 4 Stellmacher und Tischler, 1 Drechsler und 1 Lackierer.

Einige Angaben zum wöchentlichen Arbeitslohn der Eisenbahnhandwerker.
Schmied: 1 Taler, 5 Silbergroschen bis 1 Taler 25 Silbergroschen
Stellmacher: 25 Silbergroschen bis zu 1 Taler und 10 Silbergroschen.²⁶

Vergleicht man den Arbeitslohn mit dem Fahrpreis für eine Eisenbahnfahrt von Potsdam nach Zehlendorf 3. Klasse = 5 Silbergroschen, so war die Eisenbahn in dieser Zeit ein sehr teures Verkehrsmittel, das die Arbeiter jedoch nur bedingt in Anspruch nehmen konnten. In diesem Zeitraum konnte sich in Potsdam das Industrieproletariat nicht so konzentriert herausbilden, wie es in anderen Städten der Fall war. Es gab noch keine Betriebe, in denen die Einführung der maschinellen Produktionsweise wirksam wurde. Lediglich in der Zuckersiederei von Jacobs an der Alten Fahrt ging man schon 1833 dazu über, mit einer Dampfmaschine die Maschinenarbeit einzuführen, wobei 10 Jahre später in der Brandenburger Vorstadt die Mühle gleichfalls mit Dampfkraft betrieben wurde. Dann gab es noch die Potsdamer Gewehrfabrik; sie war mit ihren 141 Arbeitskräften die größte Manufaktur Potsdams.

In der Weberkolonie Nowawes zogen zu dieser Zeit Hunger und Elend ein. Durch die Einführung der maschinellen Fertigung im Textilgewerbe entwickelte sich im Ausland und in anderen Staaten des Deutschen Bundes eine mächtige Textilindustrie. Dieser harten kapitalistischen Konkurrenz konnten die Nowaweser Hausweber nicht standhalten, und in der Folge wurde eine große Zahl von Weberfamilien arbeitslos. Sie waren gezwungen, mit den verschiedensten Gelegenheitsarbeiten ihre Notlage zu lindern.²⁸

Der Anschluß der Berlin-Potsdamer Eisenbahn an ein größeres Eisenbahnnetz

Nach der Eröffnung der ersten Eisenbahnlinien in Deutschland war der Bann gebrochen. In Preußen wurde 6 Wochen nach der Inbetriebnahme der Berlin-Potsdamer Bahn die kleine Strecke von Düsseldorf nach Erkrath in Betrieb genommen.²⁹ Die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft beobachtete die gesamte Entwicklung des Eisenbahnbaus sehr sorgfältig, denn sie war aus ökonomischen Gründen daran interessiert, in ein größeres Eisenbahnnetz mit einbezogen zu werden. Dafür war Magdeburg als Industrie- und Handelsstadt auf dem Wege nach dem Westen mit seinen Anschlüssen an Mittel- und Westdeutschland ein sehr aussichtsvoller Eisenbahnzielpunkt von Berlin aus.

Eine Weiterführung der Bahnlinie von Potsdam nach Magdeburg bereitete anfangs große Schwierigkeiten, denn die Überwindung des Potsdamer Kessels wurde scheinbar zu einem unlösbaren Problem, das jedoch in den folgenden Jahren durch Aufschüttung von Dämmen und den Bau von Brücken bewältigt werden konnte. Zu dieser Zeit waren bereits im mitteldeutschen Raum weitere Eisenbahnstrecken im Bau, so z. B. 1839 die Gesamtstrecke Leipzig-Dresden. Eine Verbindung Leipzig-Halle-Magdeburg sollte folgen. An diese aufschließende Querbahn, die nach Süd-, Ost-, West- und Nordwestdeutschland Verbindung erhoffen ließ, mußten Potsdam und Berlin Anschluß suchen.

Als der geeignete Anschluß zwischen Leipzig und Dresden erschien Riesa an der Elbe.

Das preußische Staatsministerium war sogar zunächst mit einer über Luckenwalde führenden Linie bis zur Grenzstation Nieska (südlich von Liebenwerda) einverstanden. Aber in Preußen sowie auch in den anderen Ländern des Deutschen Bundes hatten sich zu dieser Zeit eine große Zahl von Komitees für den Bau von Eisenbahnstrecken gebildet, die ihre Projekte zur Erlangung der Konzession an ihre Staatsregierungen einreichten. Unter diesen Komitees entwickelte sich ein scharfer Konkurrenzkampf, in den auch die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft mit ihrem Bauvorhaben in Richtung Süden verwickelt wurde. Es entstand nämlich mit Unterstützung eines Bankiers in Berlin ein Komitee, was sich gleichfalls für den Ausbau der Eisenbahn von Berlin in Richtung Süden interessierte und sogar schon vom König die Genehmigung für eine Bahnlinie von Potsdam nach Riesa erhalten hatte. Nach sorgfältiger Untersuchung des Projekts und der dabei sichtbar gewordenen Schwierigkeiten gab das Berliner Komitee das Projekt mit dem Ausgangspunkt Potsdam auf. Das nächste Bauvorhaben des Berliner Komitees, wiederum vom König genehmigt, sollte, die Berlin-Potsdamer Bahn beiseite

lassend, über Trebbin, Luckenwalde und Jüterbog nach Riesa führen. Wegen Grenzangelegenheiten gab es zu diesem Projekt staatsrechtliche Bedenken. Ein weiteres Projekt für den Bau der Linie Berlin-Riesa konnte das Komitee, was sich nun Berlin-Sächsisches Komitee nannte, ebenfalls nicht verwirklichen, da der preußische Staat keine Unterstützung gewährte.

Die Bemühungen der einzelnen Gesellschaften um den Bau einer südlichen Bahnlinie gingen beharrlich weiter. So stellte die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft ihr Projekt um und wählte die Bahnlinie Potsdam-Beelitz-Treuenbrietzen-Raben-Roßlau. Das Projekt Potsdam-Roßlau erweckte bei der Konkurrenz, dem Komitee der Berlin-Sächsischen Eisenbahn, großes Mißtrauen. Sie ließ mit ihren Gegenmaßnahmen nicht lange auf sich warten und machte das Projekt zunichte, indem mit Höhenmessungen die mangelnde Genauigkeit des Projektes sowie zu hohe Kalkulationskosten nachgewiesen wurden.

Der Streit dieser beiden Eisenbahngesellschaften wurde sogar mit einem heftigen Zeitungskrieg in der Vossischen und Spenerschen Zeitung ausgefochten. Berlin blieb dabei Sieger.³⁰

Nachdem der Versuch eines Vorstoßes nach dem Süden mißlungen war, mußte die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft den schwierigen Ausweg aus dem Potsdamer Kessel in Richtung Magdeburg in Angriff nehmen. Dazu teilte die Eisenbahngesellschaft im Januar 1842 ihren Aktionären mit, daß sie die Verlängerung der Bahn von Potsdam nach Magdeburg plant. Argwöhnisch wachte auch diesmal die Berlin-Sächsische Eisenbahn über das neue Projekt, denn sie fürchtete, daß ihr ein Teil des Verkehrs nach Mitteldeutschland durch die Berlin-Magdeburger Bahn entzogen werden könnte. Diese Befürchtungen verloren durch den Bau der Thüringer Bahn 1844 an Bedeutung, da sich für den Berlin-Potsdamer Konkurrenten durch die Eisenbahnlinie von Halle nach Kassel mit Anschluß an die Köln-Mindener Bahn ein besserer Anschlußverkehr nach Mittel- und Westdeutschland anbot. Somit wurde endlich der heftige Streit um die Bahnlinie nach dem Süden bereinigt, und der Bau der Linie Potsdam-Magdeburg konnte vorbereitet und durchgeführt werden.³¹

Zur Weiterführung der Strecke von Berlin über Potsdam nach Magdeburg

Durch ein erweitertes Komitee wurden nun von der Berlin-Potsdamer Bahn die Verhandlungen über den Bahnbau Potsdam-Magdeburg wieder aufgenommen. Dabei gelangten die Aktionäre der Gesellschaft zu der Erkenntnis, daß die erforderlichen Projekte für die Bahnlinie durch den Potsdamer Kessel mit seinen Havelseen und Bergen enorme Finanzschwierigkeiten bereite-

ten. Diese komplizierte Situation veranlaßte die Direktion der Berlin-Potsdamer Bahn am 5. November 1844 zu erklären, daß sie mit dem Verkauf ihrer Bahn im Wert von 2 000 000,- Talern einverstanden ist.

Inzwischen hatte sich eine Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft gebildet, die an dem Kauf interessiert war. Nachdem die Generalversammlung der Berlin-Potsdamer Bahn am 11. Dezember 1844 dem Verkauf zugestimmt hatte, wurde mit der neugegründeten Gesellschaft der Kaufvertrag abgeschlossen. Die neue Firma nannte sich nun Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft und wurde mit dieser Bezeichnung in das Berliner Handelsgericht eingetragen.

Um den Baubeginn einleiten zu können, mußte zuerst das schwierigste Problem, die Festlegung der Trasse durch den Potsdamer Kessel, gelöst werden. Dabei sollte unbedingt darauf geachtet werden, daß die Eisenbahntrasse nicht den Park von Sanssouci und den Wildpark berührt sowie das Stadtbild verändert. Deshalb wollte der berühmte Gartengestalter Lenné die Bahn über den Tornow im spitzen Winkel über den Templiner See zur Pirschheide lenken. Ein anderer Vorschlag zum Trassenbau führte durch die Kiezstraße. Die Eisenbahngesellschaft kam trotz Mehrkosten auf das ursprüngliche Projekt der geraden Linie über die Havel bis zum nördlichen Rand des Wildparkes zurück. Da man aus Gründen des Naturschutzes die Planitzinseln nicht benutzen wollte, wurde der Bahndamm daneben in die Neustädter Havelbucht geschüttet.³²

Im weiteren Verlauf der Bauvorbereitungen kam es zwischen der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft und einigen Landjunkern bei der Enteignung des erforderlichen Geländes zu harten Auseinandersetzungen. Eine besonders hartnäckige und widerstrebende Haltung nahm der Rittergutsbesitzer von Arnstedt aus Groß Kreuz ein. Er stellte maßlose Forderungen an die Eisenbahngesellschaft: „mehr als 450 Taler pro Morgen, 25 000 Taler Entschädigung für eine Schafwäsche für mehrere tausend Schafe, die durch den Bau der Eisenbahnlinie angeblich unbenutzbar würde. Er führte weiterhin an, daß seine Landarbeiter später nach den Zügen gucken würden, so oft sie vorbeiführen, währenddessen alle Arbeit natürlich... ganz ruht. Rechnet man auf einen Verkehr von vier Zugpaaren, so ergäben sich bei je einer Viertelstunde Arbeitsunterbrechung pro Tag und Arbeiter zwei Stunden Arbeitsausfall. Der Schaden wäre um so größer, je mehr Arbeiter man beschäftigte. Er, von Arnstedt, hätte 40-50 Mäher auf dem Feld, und beanspruche Entschädigung für die dementsprechend großen Verluste.“³⁴

Ob von Arnstedt die von ihm beanspruchten Entschädigungen gegenüber der Eisenbahngesellschaft durchsetzen konnte, ist nicht bekannt. Tatsache ist, daß der Bahnbau eingeleitet wurde, und die Eisenbahnstrecke Berlin-Pots-

dam-Magdeburg am 7. August 1846 dem öffentlichen Verkehr übergeben werden konnte.

Die Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft hatte jetzt den ersehnten und notwendigen Anschluß nach Westen und die unmittelbare Verbindung mit den Eisenbahnlinien in anderen Ländern erreicht.

Zum reibungslosen Ablauf des Reiseverkehrs wurde von der Eisenbahngesellschaft im gleichen Jahr folgende Regelung getroffen: „Die aus Berlin in Potsdam mit der Bahn eintreffenden Reisenden wurden, weil die Havelbrücke in Potsdam noch nicht fertig war, mit Pferdefuhrwerken durch die Stadt zum Einsteigeplatz auf dem Kiewitt befördert, um dort in den Magdeburger Zug umzusteigen.“ In Magdeburg endete die Fahrt auf dem provisorischen Potsdamer Bahnhof in Friedrichstadt auf dem östlichen Elbeufer. Von dort fuhren dann die Reisenden gleichfalls mit Fuhrwerken in die Stadt. Dieses Provisorium nahm ein Ende, als am 19. August 1848 die Elbbrücke eingeweiht wurde.

Die fertiggestellte Havelbrücke in Potsdam lag auf je einem Uferfundament sowie sechs Stropfteilern von 7,20 Meter Länge, 2,50 Meter Breite und einem runden Stropfteiler mit 6,65 Meter Durchmesser. Über sechs Durchfahrten befanden sich festliegende Brückenteile, die beiden mittelsten wurden für die damals noch mit hochstehendem Mast fahrenden Lastkähne mit einer zweiflügeligen Drehbrücke versehen. Für das Ausfahren der Brücke genügten zwei Mann, die diese Arbeit in zwei Minuten verrichteten.³⁵

Auf der neu eröffneten Eisenbahnstrecke Berlin-Magdeburg stieg nun der Verkehr zunehmend an. Das hatte zur Folge, daß in Berlin neue Lokomotiv- und Wagenschuppen errichtet und der Bahnsteig vergrößert werden mußten. Auch in Potsdam waren Veränderungen und Erweiterungen der Bahnanlagen erforderlich. So mußte unter anderem zur Gleisverbindung mit der neuen Havelbrücke das Gleisbett um 65 cm erhöht werden. Dabei wurden noch einmal einige Nächte hindurch Pferde im Bahnbetrieb eingesetzt. Sie transportierten mit Güterwagen Schienen. Das war eine letzte Erinnerung an die Schienenbahn mit Pferdebetrieb.

Außerdem wurde auf der Strecke Berlin-Potsdam ein zweites Gleis verlegt, was bereits im Mai 1847 über Potsdam hinaus bis zur Station Wildpark verlegt war. Bis 1858 war die gesamte Strecke von Potsdam nach Magdeburg zweigleisig ausgebaut.³⁶

Anmerkungen und Belege

- 1 Oberbaurat Crelle, zitiert nach: Haeckel, J. Die Anfänge der Berlin-Potsdamer Bahn. In: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Potsdam, Band 11, 1927/32, S. 369.
- 2 Justizminister Robert zitiert nach: Ebenda, S. 373.

3. Ebenda, S. 376.
4. Ebenda, S. 380 f.
5. Vgl. Ebenda.
6. Ebenda, S. 377.
7. Vgl. Ebenda, S. 384.
8. Vgl. Ebenda, S. 391.
9. Vgl. Ebenda, S. 393.
10. Rellstab, Ludwig: Vossische Zeitung. Zitiert nach: Ebenda, S. 399.
11. Hundert Jahre deutsche Eisenbahn, Jubiläumsschrift zum hundertjährigen Bestehen der deutschen Eisenbahnen, Leipzig 1938, S. 28 f.
12. Vgl. Ebenda.
13. Vgl. Hundert Jahre Eisenbahn Berlin-Potsdam, Festschrift zur Jahrhundertfeier der Berlin-Potsdamer Eisenbahn, Leipzig 1938, S. 35.
14. Vgl. Kutschik, D.: Die Lokomotivfabrik Borsig, transpress Berlin 1985, S. 22 f.
15. Vgl. Ebenda.
16. Vgl. Hundert Jahre Eisenbahn Berlin-Potsdam, Leipzig 1938, S. 15.
17. Vgl. Haackel, J.: a. a. O., S. 397.
18. Zentrales Staatsarchiv Dienststelle Merseburg, (ZSTA) Rep. 77 Tit. 260, Nr. 6, vol. 3, Bl. 7.
19. Ebenda, Bl. 8.
20. Vgl. Hundert Jahre Deutsche Eisenbahnen 1835-1935, Broschüre, herausgegeben vom Reichsbahn-Werbeamt für den Personen- und Güterverkehr, Berlin 1935, S. 7/8.
21. Vgl. Hundert Jahre Eisenbahn Berlin-Potsdam, Leipzig 1938, S. 19.
22. Vgl. Hundert Jahre deutsche Eisenbahn, Jubiläumsschrift zum hundertjährigen Bestehen der deutschen Eisenbahnen, Leipzig 1938, S. 276.
23. Vgl. Unser Werk: Betriebsgeschichte zum 125jährigen Jubiläum des RAW Potsdam, Potsdam 1963, S. 12.
24. Vgl. Ebenda, S. 13.
25. Vgl. Ebenda, S. 15.
26. Vgl. Ebenda, S. 14.
27. Vgl. Hundert Jahre RAW Potsdam, o. O., o. J., S. 3.
28. Vgl. Potsdam: Geschichte der Stadt in Wort und Bild. Hrsg. v. M. Uhlemann u. O. Rückert, Berlin 1986, S. 67/68.
29. Hundert Jahre deutsche Eisenbahn, Jubiläumsschrift zum hundertjährigen Bestehen der deutschen Eisenbahnen, Leipzig 1938, S. 28.
30. Vgl. Haackel, J.: Potsdam im Eisenbahnspiegel, die Weiterführung der Berlin-Potsdamer Bahn bis Magdeburg. In: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Potsdams, Band 12, 1933/39, S. 93.
31. Vgl. Ebenda, S. 104/105.
32. Vgl. Ebenda, S. 106/107.
33. Vgl. Deutsche Eisenbahnen 1835 bis 1985, transpress, Berlin 1985, S. 31.
34. Vgl. Eichholtz, D.: Junker und Bourgeoisie vor 1848 in der preußischen Eisenbahngeschichte, Berlin 1962, S. 46.
35. Vgl. Fellien, H.: Die Vorläufer der Bahnbrücke. In: Brandenburgische Neueste Nachrichten (BNN), v. 24. 3. 1972.
36. Vgl. Unser Werk: Betriebsgeschichte zum 125jährigen Jubiläum des RAW Potsdam, Potsdam 1963, S. 16.

Die staatliche Leitung der demokratischen Schulreform im Land Brandenburg 1945-1949

Von Siegfried Wietstruk

Der folgende Beitrag konzentriert sich auf ausgewählte Fragen der Entstehung, Entwicklung und Tätigkeit der staatlichen Organe zur Leitung des Schulwesens in der Provinz bzw. ab 1947 im Land Brandenburg im Zeitraum von der Befreiung vom Faschismus 1945 bis zur Gründung der DDR 1949 und kann angesichts des möglichen Umfangs nur als ein Abriß betrachtet werden.¹

Die Situation im Schulwesen der Provinz 1945

Brandenburg gehörte neben Mecklenburg zu jenen Gebieten, in denen die faschistische deutsche Wehrmacht der vordringenden Roten Armee einen besonders erbitterten Widerstand entgegensetzte. Das führte auch im Schulwesen zu schweren materiellen Schäden. So waren von den rund 2 000 Schulgebäuden in der Provinz Brandenburg die Hälfte zerstört, 170 schwer und 800 leicht beschädigt.² Besonders schwer wurde der Kreis Seelow betroffen. Allein bei den Kämpfen um die Seelower Höhen im Oderbruch waren die Schulen Altucheband, Görlsdorf, Kleinneuendorf, Ortwig und Zechin völlig, die Schulen in Kietz, Mallnow, Podelzig, Sophiental und Trebnitz zu 90 Prozent und weitere neun Schulen in diesem Raum zwischen 50 und 80 Prozent zerstört worden.³

Zu den materiellen Schäden kamen die Auswirkungen der faschistischen Ideologie auf die Jugend und die Tatsache, daß die große Mehrheit der bisher tätigen und noch vorhandenen Lehrer wegen ihrer nazistischen Tätigkeit aus dem Schuldienst entlassen werden mußte, um eine antifaschistische und demokratische Bildung und Erziehung zu gewährleisten. Die Schwierigkeiten des demokratischen Neubeginns wurden schließlich dadurch erhöht, daß sich mit dem Zustrom der Flüchtlinge vor den Kämpfen und der Umsiedler in der nachfolgenden Zeit die Schülerzahl stark erhöhte.

Neue staatliche Volksbildungsorgane entstehen

Nachdem mit der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands am 8. Mai 1945 das 1871 gegründete Deutsche Reich völkerrechtlich unterge-

gangen war und die Mächte der Anti-Hitler-Koalition die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernommen hatten, setzte sich der bereits unmittelbar nach der Befreiung begonnene Prozeß der Bildung neuer, antifaschistisch-demokratischer Verwaltungen auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone fort. Mit den neuen, von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Antifaschisten geführten Verwaltungen entstanden dem Charakter nach revolutionär-demokratische Staatsorgane, die die Macht der Arbeiter und Bauern im Bündnis mit weiteren Schichten des Volkes verkörperten und ein wesentlicher Ausdruck der Zerschlagung des faschistisch-bürgerlichen Staatsapparates wurden.

Mit dem Aufbau der neuen Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen wurden auch entsprechende Organe zur staatlichen Leitung der Volksbildung geschaffen, die Volksbildungsabteilungen (auch Volksbildungsämter genannt) in größeren Gemeinden, in den Städten und in allen Kreisen, zuständig für Volksbildung und Kultur. Zugleich erfolgte der Einsatz neuer Schulräte in den Kreisen. In der Provinz Brandenburg mit 21 Land- und zunächst 4 Stadtkreisen waren bis zum Herbst 1945 insgesamt 33 Schulräte eingesetzt worden.⁴ Diese Zahl erklärt sich daraus, daß in einigen Landkreisen mehrere Schulaufsichtskreise mit je einem Schulrat existierten, so zum Beispiel im Kreis Teltow die Schulaufsichtskreise Teltow-Ost und Teltow-West. Der Parteizugehörigkeit nach gehörten von den 33 Schulräten der Provinz im November 1945 7 der KPD, 18 der SPD und je einer der CDU und LDPD an, 6 waren parteilos.⁵

Zu den Besonderheiten in der Provinz Brandenburg gehörte hinsichtlich der Struktur der Staatsorgane die vorübergehende Existenz von Zwischeninstanzen zwischen Kreisverwaltungen und Stadt- und Gemeindeverwaltungen, sogenannte Bezirksverwaltungen mit Bezirksbürgermeistern für jeweils etwa 12 bis 15 Orte. Bei diesen Bezirksverwaltungen, die analog zu den sowjetischen Bezirkskommandanturen entstanden, wurden auch Bezirksschulleiter eingesetzt, so beispielsweise im Kreis Teltow in Teltow, Trebbin und Teupitz.⁶

Mit der Bildung der Provinzialverwaltung Brandenburg in Potsdam durch die Bestätigung der Vorschläge für das Präsidium am 4. Juli 1945 durch Marschall Shukow, dem Obersten Chef der SMAD, entstand unter Leitung des 3. Vizepräsidenten Fritz Rücker, Mitglied der SPD und Mitbegründer des NKFD, die Abteilung Volksbildung. Im November 1945 umfaßte die Abteilung das Dezernat Schulwesen mit den Referaten Oberschulen, Volks- und Mittelschulen, Berufs-, Gewerbe- und Fachschulen, Lehrerbildung und Jugendausschüsse, sowie die Dezernate Kultur und Archiv- und Büchereiwesen.⁷ Es gab kein Hochschuldezernat, da Brandenburg zu diesem Zeitpunkt noch keine Hochschule besaß.



Vizepräsident Fritz Rücker

Innerhalb der Provinz Brandenburg entstanden durch den SMAD-Befehl Nr. 13 vom 25. Juli 1945 vier Verwaltungsbezirke als ebenfalls vorübergehende Zwischeninstanzen zwischen der Provinzialverwaltung und den Kreisverwaltungen: Bezirk Brandenburg (Sitz Brandenburg), Bezirk Berlin (Sitz Bernau), Bezirk Eberswalde (Sitz Eberswalde) und Bezirk Cottbus (Sitz Cottbus). Die Stadt Potsdam wurde unmittelbar der Provinzialverwaltung unterstellt.⁸ Oberlandräte waren im November 1945 für Brandenburg Oswald Klotzenburg, für Berlin Robert Neddermeyer, für Eberswalde Karl Laube und für Cottbus Werner Luft.⁹ Die Leiter der bei diesen Bezirksverwaltungen entstehenden Volksbildungsabteilungen wurden als Oberschulräte bezeichnet. Die Auflösung dieser Bezirksverwaltungen (Oberlandratsämter) in der Provinz Brandenburg erfolgte mit Wirkung vom 31. Januar 1947, zumal sie nach den Wahlen vom Oktober 1946 keine demokratische Legitimation besaßen.¹⁰

Mit dem SMAD-Befehl Nr. 17 vom 27. Juli 1945 wurden 11 Deutsche Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone mit Sitz in Berlin gebildet, darunter die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV) unter Leitung von Paul Wandel (KPD). Von Anfang an wirkten die Deutschen Zentralverwaltungen nicht nur beratend für die entsprechenden Abteilungen der SMAD-Zentrale in Berlin-Karlshorst, sondern unter deren Anleitung und Kontrolle auch in differenzierter Weise anleitend und koordinierend gegenüber den entsprechenden Abteilungen der Landes- und Provinzialverwaltungen und später der Ministerien der Länder.¹¹

Damit war innerhalb weniger Monate nach der Befreiung vom Faschismus ein neues System staatlicher Volksbildungsorgane entstanden, an deren Spitze Vertreter der KPD und SPD und somit der Arbeiterklasse standen.

Erste Schritte zur Demokratisierung der Schule

Bereits in den ersten Wochen nach der Befreiung war auf Veranlassung sowjetischer Offiziere durch deutsche Antifaschisten in zahlreichen Orten begonnen worden, die Schulen von faschistischen Lehrbüchern und Unterrichtsmitteln zu säubern, zum Teil Ausweichräume für den Unterricht vorzubereiten und durch Einbeziehung von Laienkräften und unter Verzicht auf Nazilehrer mit einem provisorischen Unterricht in einigen Fächern zu beginnen. Das belegen solche Beispiele wie die Schuleröffnung mit vier Lehrern und etwa 500 Schülern in Rangsdorf, Kreis Teltow, am 2. Mai 1945¹², in Potsdam am 22. Mai 1945 oder in Golzow, Kreis Seelow, am 6. Juni 1945.¹³

Die Bildung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung und der Abteilungen Volksbildung der Landes- und Provinzialverwaltungen waren

wichtige Voraussetzungen, um eine allgemeine Schuleröffnung vorzubereiten, die durch den SMAD-Befehl Nr. 40 vom 25. August 1945, gemeinsam mit der DZVV ausgearbeitet, für den 1. Oktober 1945 angeordnet wurde. Ergänzend dazu erließ die DZVV Ausführungsbestimmungen mit Hinweisen zu neuen Lehrplänen und Stundentafeln sowie Themenplänen für die Schulung der Lehrer in Vorbereitung der Schuleröffnung. Mit Unterstützung der sowjetischen Kultur- und Bildungsbeamten wurde durch die deutschen Staatsorgane eine umfangreiche Vorbereitungsarbeit geleistet, um nicht nur die materiellen, sondern auch die personellen und politisch-ideologischen Voraussetzungen zu schaffen. Dazu gehörte die Entfernung der aktiven Nazilehrer und die Gewinnung von Werkträgern als Neulehrer, die ohne oder nur mit einer Kurzausbildung am 1. Oktober den Schuldienst aufnehmen konnten. Im Kreis Teltow hatte bereits am 6. August 1945 ein erster Neulehrerlehrgang mit 40 Teilnehmern in Blankenfelde begonnen.¹⁴ In allen Ländern und Provinzen wurden Ende August/Anfang September 1945 Beratungen mit den Schulräten durchgeführt, für die Provinz Brandenburg vom 29. bis 31. August in Potsdam. Otto Grotewohl, der Vorsitzende



Der erste Neulehrerlehrgang des Kreises Teltow, Land Brandenburg, im August/September 1945 in der Karl-Liebknecht-Schule Blankenfelde. In der ersten Reihe Bernhard Bechler, 1. Vizepräsident der Provinzialverwaltung Brandenburg (5. von links), Oberlandrat Robert Neddermeyer (4. v. l.) und Landrat Richard Meschkat (1. von rechts)

des ZA der SPD, referierte zum Thema „Die Lehren des verbrecherischen Hitlerkrieges“ und Vizepräsident Fritz Rücker über „Die Rolle der Lehrerschaft bei der Demokratisierung der Schule und Deutschlands“. ¹⁵ Diese und weitere Themen zur Entlarvung des preußisch-deutschen Militarismus und des Faschismus sowie zur Erläuterung der Aufgaben wurden in der zweiten Septemberhälfte in Schulungen aller für den Schuldienst vorgesehenen Alt- und Neulehrer in den Kreisen behandelt. ¹⁶ Zu diesen vorrangigen Themen referierten auch sowjetische Kulturoffiziere und antifaschistische Staats- und Schulfunktionäre auf den im September stattfindenden ersten Kreislehrerkonferenzen, so in Mahlow auf der Kreislehrerkonferenz Teltow am 20. September 1945 der sowjetische Major Kukuschkin, Landrat Richard Meschkat, der Schriftsteller Ernst Niekisch und der Schulreformer Paul Oestreich. ¹⁷

So konnten am 1. Oktober 1945 in der Provinz Brandenburg 2 009 Volksschulen und 16 Hilfsschulen mit 5 862 Lehrern und 332 640 Schülern wieder eröffnet werden. ¹⁸ Das war ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer antifaschistisch-demokratischen Schule.

Natürlich mangelte es noch an Unterrichtsräumen und -mitteln, insbesondere auch an Lehrbüchern, die erst für einige Fächer und Stufen ab Ende 1945 von dem im September 1945 gegründeten Schulbuchverlag Volk und Wissen ausgeliefert werden konnten. Vor allem jedoch fehlten weiterhin Lehrer, waren doch etwa 80 Prozent aller bis 1945 tätigen Lehrer wegen ihrer faschistischen Tätigkeit entfernt worden. Deshalb begannen ab Januar 1946 in allen Ländern und Provinzen Achtmonatelehrgänge zur Ausbildung weiterer Neulehrer, in der Provinz Brandenburg in Kleinmachnow, Potsdam, Brandenburg, Neuruppin, Oranienburg, Dallmin, Wittenberge, Angermünde, Eberswalde, Bernau, Luckau, Jüterbog und Cottbus. ¹⁹ Erstmals wurden auch mehrmonatige Lehrgänge für die Ausbildung von Fachlehrern, so für Geschichte und Russisch, organisiert. In der Provinz Brandenburg stieg der Anteil der Neulehrer unter der Lehrerschaft bis zum 1. September 1946 auf 60 Prozent an. ²⁰ Damit begann sich eine neue Lehrerschaft herauszubilden, die vorwiegend aus den Reihen der Arbeiter, Bauern und weiterer Werkstätiger stammte und sich überwiegend engagiert für den gesellschaftlichen Fortschritt einsetzte.

Der Aufbau der demokratischen Einheitschule beginnt

Für die Ausarbeitung eines antifaschistisch-demokratischen Schulgesetzes wurde der unter Mitwirkung der DZVV erarbeitete Aufruf des ZK der KPD und des ZA der SPD zur demokratischen Schulreform vom 18. Oktober 1945 die entscheidende Grundlage. ²¹ Dieser Aufruf stellte das schul-

politische Programm der Arbeiterklasse für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung dar.

Unter Leitung der DZVV und in enger Zusammenarbeit mit den Abteilungen Volksbildung der Landes- und Provinzialverwaltungen entstand in den folgenden Monaten ein einheitlicher Entwurf des Schulgesetzes, der eine demokratische Einheitsschule mit der achtklassigen Grundschule und zwei weiterführenden Bildungswegen, der dreijährigen Berufsschule bzw. der vierjährigen Oberschule, vorsah und solche Grundsätze zum Ausdruck brachte, wie die Staatlichkeit und Einheitlichkeit des Schulwesens, die Trennung von Schule und Kirche und das gleiche Recht auf Bildung für alle Kinder. Dazu gehörte die Möglichkeit, über die Berufs- und Fachschule ebenso die Hochschulreife zu erwerben wie über die Oberschule. Die antifaschistisch-demokratische Ziel- und Aufgabenstellung der Schule, ihre staatliche Leitung und ihr Aufbau gaben die Möglichkeit, endgültig das Bildungsprivileg besitzender Klassen und Schichten zu überwinden. In der Zeit vom 22. Mai bis 2. Juni 1946 wurde das einheitliche „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ von den Präsidien der Landes- und Provinzialverwaltungen beschlossen, vom Präsidium der Provinzialverwaltung Brandenburg am 31. Mai 1946.²²

Zur Verwirklichung des einheitlichen Schulgesetzes fanden regelmäßige Beratungen des Präsidenten der DZVV, Paul Wandel, mit den Leitern der Abteilungen Volksbildung der Landes- und Provinzialverwaltungen und später mit den Ministern für Volksbildung der Länder statt, die wiederum regelmäßig mit den Schulräten Stand und Aufgaben der Arbeit berieten. Ausdruck des Wirkens des demokratischen Zentralismus wurden auch die Pädagogischen Kongresse, zu denen auf Kreis- und Landeslehrerkonferenzen die Delegierten gewählt wurden, so erstmalig zum I. Pädagogischen Kongreß im August 1946.

Diese demokratische Mitwirkung bezog sich nicht nur auf die Pädagogen. Die demokratische Schulreform wurde zunehmend zu einer Sache vieler Eltern und weiterer Werktätiger, so durch die Mitarbeit in teilweise entstehenden ersten Elternausschüssen sowie in Kommissionen und Ausschüssen bei den örtlichen Staatsorganen in den Orten und Kreisen. Im Januar 1946 war unter Leitung von Fritz Rücker bei der Provinzialverwaltung ein Provinzialausschuß für Schul- und Erziehungsfragen gebildet worden, um die Mitwirkung der Parteien, Gewerkschaften, Jugend- und Frauenausschüsse und der Elternschaft am Aufbau der demokratischen Schule zu fördern. Zugleich wurde die Bildung von Kreis-, Stadt- und Gemeindeausschüssen für Schul- und Erziehungsfragen und von Elternausschüssen angewiesen.²³

In Auswertung des I. Pädagogischen Kongresses, der Bilanz über das erste Nachkriegsjahr zog und die Aufgaben nach Annahme des Schulgesetzes er-

läuterte, begann mit dem Schuljahr 1946/47 das Ringen um die Verwirklichung der demokratischen Einheitsschule. Eine wesentliche Hilfe waren die von Fachkommissionen erarbeiteten ersten einheitlichen Lehrpläne, die am 1. September 1946 für alle Grund- und Oberschulen verbindlich wurden, sowie weitere neue Lehrbücher.

Die staatlichen Volksbildungsorgane nach den Wahlen 1946

Nach den Gemeindewahlen in der Zeit vom 1. bis 15. September fanden am 20. Oktober 1946 die Wahlen zu den Kreis- und Landtagen statt. Bei diesen ersten Wahlen antifaschistisch-demokratischer Volksvertretungen ging die SED als stärkste Partei hervor. Sie stellte unter anderem in den nunmehr gebildeten Landes- und Provinzialregierungen alle Minister für Volksbildung. In Brandenburg konnte erst nach längeren Verhandlungen mit der CDU und LDPD die Provinzialregierung als letzte Landesregierung am 18. Dezember 1946 gebildet werden, in der Fritz Rücker die Funktion des Ministers für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst übernahm.²⁴ Die bisherigen Volksbildungsabteilungen wurden in Ministerien für Volksbildung umgewandelt, ihre Struktur in der folgenden Zeit allmählich an die der DZVV (ab 1946 auch Deutsche Verwaltung für Volksbildung/DVV genannt) angeglichen. Im Oktober 1947 gliederte sich die Schulabteilung des Ministeriums für Volksbildung im Land Brandenburg in die Referate Vorschulische Erziehung, Grundschulen, Berufs- und Fachschulen, Oberschulen, Lehreraus- und Fortbildung sowie Russisch.²⁵ In allen Volksbildungsministerien der Länder stieg die Zahl der Mitarbeiter stark an, so allein in Brandenburg von 116 im Jahre 1947 auf 227 im Jahre 1948, darunter die der Schulabteilung von 24 auf 45.²⁶ Ende September 1946 wurden die 1945 gebildeten Bezirksverwaltungen in den Kreisen aufgelöst, danach auch die Bezirksverwaltungen (Oberlandratsämter) in der Provinz. Nachdem 1947 die Provinz Brandenburg in ein Land umgewandelt wurde, war damit eine einheitliche Hauptstruktur der Staatsorgane in allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone hergestellt. Versuche, die überkommenen differenzierten Kompetenzen zwischen den Volksbildungsabteilungen der Kreise, als Bestandteil der Kommunalverwaltung verantwortlich für die „äußeren Schulangelegenheiten“, und den Schulräten, als Beauftragte der Landesregierung verantwortlich für die „inneren Schulangelegenheiten“, und damit den historisch überholten Gegensatz zwischen kommunaler Selbstverwaltung und Staatsverwaltung zu überwinden, scheiterten zunächst und führten erst 1949 zu einer Eingliederung der Schulräte in die Abteilungen Volksbildung.²⁷ In den Jahren 1948 bis 1950 vollzog sich zugleich ein Prozeß von der starken Erweiterung der Zahl der

Schulaufsichtskreise und damit Schulräte zu einer Reduzierung. Nach der Eingliederung der Schulräte in die Abteilungen Volksbildung der Kreise wurde auch der Übergang zum Kreisschulrat vollzogen, d. h. daß die politischen Kreise zugleich ein Schulaufsichtskreis wurden. Diese Entwicklung sowie die Festigung der Führungsrolle der Partei der Arbeiterklasse widerspiegelt die folgende Übersicht im Vergleich des Standes von Herbst 1948 und Sommer 1950:²⁸

Zahl der Schulräte		davon SED		CDU		LDPD	
1948	1950	1948	1950	1948	1950	1948	1950
45	28	43	28	1	—	1	—

Die Führungsrolle der Arbeiterklasse wurde auch in der politischen Zusammensetzung der Mitarbeiter im Ministerium für Volksbildung Brandenburg sichtbar. Nach dem Stand vom 31. Dezember 1948 gehörten 38,8 Prozent der SED an, 1,2 Prozent der CDU und 2,5 Prozent der LDPD, die weiteren waren parteilos.²⁹

Die demokratische Mitwirkung der Eltern und der Öffentlichkeit am Aufbau der demokratischen Einheitsschule vollzog sich bis zu den ersten Wahlen von Elternbeiräten 1951 vor allem durch die sich ab 1947 entwickelnde Bewegung „Freunde der neuen Schule“ in Gestalt von Arbeitsgemeinschaften mit Vertretern zahlreicher Massenorganisationen. Am 12. Januar 1948 wurde die Landesarbeitsgemeinschaft Brandenburg unter Leitung der Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher gebildet, die zugleich zur Gründung von Arbeitsgemeinschaften in den Kreisen und Schulorten aufrief.³⁰ In die Arbeitsgemeinschaften „Freunde der neuen Schule“ wurden 1949 auch bestehende Elternausschüsse aufgenommen.

Festigung der demokratischen Schulreform

Bei der Verwirklichung des antifaschistisch-demokratischen Schulgesetzes wurde die Landschulreform als Bestandteil der demokratischen Schulreform ein bedeutender Schwerpunkt der staatlichen Leitungstätigkeit. Mecklenburg mit 60,8 Prozent und Brandenburg mit 55,1 Prozent einklassiger Schulen standen damit zu Beginn der Schulreform an der Spitze aller Länder in der sowjetischen Besatzungszone.³¹ In der Schaffung von Zentralschulen und mehrklassigen Landschulen zur Überwindung der Rückständigkeit des ländlichen Schulwesens erreichte das Land Brandenburg in diesen Jahren große Fortschritte. Bis 1949 wurden auf dem Gebiet der DDR 675 Zentralschulen errichtet, darunter 201 in Mecklenburg und 213 in Brandenburg.³² Ein weiterer Schwerpunkt der Sicherung und Festigung der demokratischen Schulreform war die Weiterführung der Neulehrerausbildung und der Qua-



Mitteilungsblatt

Für die

SCHULEN UND VOLKS-BILDUNGSAMTER
DES LANDES BRANDENBURG

Herausgegeben vom Ministerium für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst

2. Jahrgang

Potsdam, 6. August 1948

Sonderausgabe

Aufruf zur Vorbereitung des neuen Schuljahres

An die Kreisräte und Gemeindevertretungen,
Räte der Kreise, Kreisfreien Städte und Gemeinden,
Kreisvorstände der demokratischen Parteien und
Organisationen,
alle Eltern und Freunde der neuen Schule

Potsdam, den 1. August 1948

Das Schuljahr 1946/47 steht vor der Tür. Es gilt, es vorzubereiten, denn es gut beginnt und nicht durch mangelnde Vorsorge auch nur zum zeitweisen Stillstand kommt. Die neue Schule dient dem Volke. Deshalb rufen wir alle Eltern, alle Organisationen und alle irgendwo an der Schule Interessierten auf, sich verantwortlich zu fühlen, daß die Schulen auch im kommenden Schuljahr alle an sie gestellten Anforderungen erfüllen können.

Das Schuljahr 1947/48 hat das Schulwesen im Lande Brandenburg in vielem weiter vorwärtsgebracht. Es wurden 250 Schulen instandgesetzt, 1630 Lehrer eingestellt, 265 neue Klassen eingerichtet bzw. einklassige zu mehrklassigen Schulen ausgebaut. Die Versorgung mit Büchern und Lehrmitteln wurde verbessert, vereinheitlicht. Während 1946/47 der Unterricht durch Heizstoffmangel in großem Maße ausfiel, wurde er im Winter 1947/48 hauptsächlich nur unwesentlich beeinträchtigt.

Durch Selbsthilfe seitens der Elternschaft ist in vielen Gemeinden die Instandsetzung der Gebäude und die Ausstattung verbessert worden. So ist durch selbstlosen Einsatz der Bevölkerung z. B. in Stockow die Grundlage für den Neubau der Schule geschaffen worden. In anderen Fällen ist Ähnliches auf anderen Gebieten geschehen. Das Ministerium für Volksbildung hilft mit Geld und Material, soweit es irgend kann, und unterstützt jede Initiative. Diese Mithilfe der Bevölkerung ist das

was wir schaffen wollen im neuen Schuljahr nicht erreichbar.

Ich rufe daher alle Selbstverwaltungsorgane, demokratischen Parteien und Organisationen und alle Kreise der Bevölkerung auf, in einer Schulbegehung den Zustand der Schule zu überprüfen und die notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Ich rufe die Bauern und Neusiedler auf und bitte sie, die Schulen durch Stellung von Gespannen zur Brennstoff- und Materialversorgung zu unterstützen. Ich bitte die Bauern und Neusiedler, den Schulen durch Abgabe von Lohnmitteln aus freien Sparen eine zusätzliche Schulspeisung zu ermöglichen und Feiern auszustellen zu helfen. Ich rufe die Betriebe und Handwerker auf und bitte die Materialien für Instandsetzungen im möglichen Umfang zur Verfügung zu stellen und durch freiwilligen Arbeitseinsatz zu helfen. Ich bitte die Eltern, durch Sammlung und Tausch von Kleidung und Schulwerk unseren und ihren Kindern den regelmäßigen Schulbesuch zu erleichtern.

Ich bitte alle mitzuhelfen, unseren Schulern und Schülerinnen aller Schularten den bestmöglichen Schulbesuch zu gewährleisten. An der Schule ist **jeder** beteiligt! **Niemand** darf abseits stehen! Es geht um unsere Jugend! Der Zweijahresplan gilt auch für die Schule!

Darum bitte ich nochmals: Helft alle mit!

Landesregierung Brandenburg
Minister für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst

Rückseite

lifizierung der im Schuldienst tätigen Neulehrer. Dem diene vor allem die Entscheidung zur Fortführung der Ausbildung von Neulehrern in Kursen, deren Dauer von 8 auf 12 Monate erhöht wurde. Der nach wie vor vorhandene Lehrermangel wurde durch steigende Schülerzahlen, die Erweiterung des Zentralschulnetzes, aber auch durch eine Fluktuation bedingt, weil unter

anderem nicht wenige Lehrer wieder in ihren alten Beruf zurückkehrten. So verringerte sich – trotz neuer Absolventen von Lehrgängen – im Schuljahr 1948/49 erstmals die Zahl der Lehrer gegenüber dem vorhergegangenen Schuljahr.³³ Dennoch erhöhte sich schrittweise der Anteil der Neulehrer an der Gesamtlehrerschaft, so im Land Brandenburg von 61 Prozent Ende 1947 auf 65,4 Prozent Ende 1948.³⁴ Die Herausbildung einer eng mit der Arbeiterklasse verbundenen neuen Lehrerschaft wurde eines der wichtigsten Ergebnisse der demokratischen Schulreform.

Trotz schwieriger, aber sich allmählich verbessernder materieller Bedingungen sowie unter Auseinandersetzungen mit feindlichen Auffassungen, aber auch zahlreichen Vorbehalten und Bedenken unter Eltern und anderen Werktätigen wurden bis zur Gründung der DDR wesentliche Aufgaben des schulpolitischen Programms der Arbeiterklasse für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung erfüllt. Die demokratische Einheitsschule war entstanden. Die Jugend erhielt eine Bildung und Erziehung im Geiste des Fortschritts und des Friedens. Das Bildungsprivileg besitzender Klassen und Schichten war gebrochen worden. Alle diese Errungenschaften fanden Eingang in die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949 und bildeten zugleich eine Voraussetzung für die folgende sozialistische Umgestaltung unseres Schulwesens.

Anmerkungen

- ¹ Grundlage der Darstellung sind vorwiegend Forschungsergebnisse, die enthalten sind in: Siegfried Wietstruk, *Der Aufbau und die Entwicklung der staatlichen Volksbildungsorgane bei der Durchführung der demokratischen Schulreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 bis 1949*, Diss. B, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1982
- ² Vgl. Karl Urban/Joachim Schulz, *Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Brandenburg. Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945–1946*, *Geschichte der Landesparteiorganisation Brandenburg der SED 1945–1952*, Teil 1, Potsdam 1985, S. 118
- ³ Vgl. Max Unterlauf, *Geschichte der Schule des Kreises Seelow*, Manuskript (1979)
- ⁴ Zentrales Staatsarchiv (ZStA) Potsdam, R-2, Nr. 254, Bl. 3–5
- ⁵ Vgl. a. a. O.
- ⁶ Vgl. Siegfried Wietstruk, *Die kulturell-erzieherische Funktion der antifaschistisch-demokratischen Staatsorgane*, dargestellt an der Entwicklung der allgemeinbildenden Schulen (Volksschulen) im Kreis Teltow von Mai 1945 bis Frühjahr 1946, Diss. A, Pädagogische Hochschule Potsdam, Potsdam 1970, S. 111 ff.
- ⁷ Vgl. ZStA Potsdam, R-2, Nr. 917, Bl. 3
- ⁸ Vgl. Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland,

- Sammelheft 1, Berlin 1946, S. 15 f.
- ⁹ Vgl. ZStA Potsdam, R-2, Nr. 254, Bl. 3
 - ¹⁰ Vgl. Hans-Joachim Schreckenbach, Bezirksverwaltungen in Ländern der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1947, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. I, Leipzig/Dresden 1965, S. 56 ff.
 - ¹¹ Vgl. Wolfgang Merker, Die Deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1947, Diss. A, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1980
 - ¹² Vgl. 600 Jahre Rangsdorf, Rangsdorf 1975, S. 54
 - ¹³ Vgl. Karl Urbau/Joachim Schulz, Die Vereinigung . . . , a. a. O., S. 117 und 119
 - ¹⁴ Vgl. mündliche Berichte und schriftliche Unterlagen von Richard Meschkat, damaliger Landrat des Kreises Teltow, Margot Bier, geb. Schust, Teilnehmerin am Lehrgang, und weiterer Lehrgangsteilnehmer
 - ¹⁵ Vgl. Staatsarchiv (StA) Potsdam, Ld. Br. Rep. 205 A, Ministerium für Volksbildung, Nr. 38
 - ¹⁶ Vgl. Archiv des Rates des Kreises Potsdam-Land, Akte Rat der Gemeinde Schenkenhorst, Nr. 31
 - ¹⁷ Vgl. Volkswille, 6. 10. 1945
 - ¹⁸ Vgl. Karl Urbau/Joachim Schulz, Die Vereinigung . . . , a. a. O., S. 119
 - ²⁰ Vgl. Otto Wermter, Die Neulehrerausbildung für die allgemeinbildenden Schulen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik vom Mai 1945 bis Juli 1948 - dargestellt am Land Brandenburg, Diss., DPZI Berlin, o. J., S. 122
 - ²¹ Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, Berlin 1966, S. 381 ff.
 - ²² Vgl. ZStA Potsdam, R-2, Nr. 1081, Bl. 4
 - ²³ Vgl. StA Potsdam, Ld. Br. Rep. 205 A, Ministerium für Volksbildung, Nr. 12, Bl. 16 f.; Nr. 13, Bl. 144 f. (Runderlaß Nr. 164/IV vom 15. 1. 1946).
 - ²⁴ Vgl. Helene Fiedler, SED und Staatsmacht, Zur staatspolitischen Konzeption und Tätigkeit der SED 1946-1948, Berlin 1974, S. 117 f.
 - ²⁵ Vgl. ZStA Potsdam, R-2, Nr. 408, Bl. 79
 - ²⁶ Vgl. ZStA Potsdam, R-2, Nr. 920, Bl. 30
 - ²⁷ Detaillierter siehe: Siegfried Wietstruk, Der Aufbau und die Entwicklung der staatlichen Volksbildungsorgane . . . , a. a. O., S. 145 ff. und 206 ff.
 - ²⁸ Vgl. ZStA Potsdam, R-2, Nr. 995, Bl. 1 und 12
 - ²⁹ Vgl. ZStA Potsdam, R-2, Nr. 963, Bl. 9
 - ³⁰ Vgl. ZStA Potsdam, R-2, Nr. 860, Bl. 50
 - ³¹ Vgl. Auf dem Wege zur sozialistischen Landschule, Berlin 1959, S. 49
 - ³² Vgl. a. a. O., S. 50
 - ³³ Vgl. dazu ausführlicher: Siegfried Wietstruk, Der Aufbau und die Entwicklung der staatlichen Volksbildungsorgane . . . , a. a. O., S. 186 ff.
 - ³⁴ Vgl. Alois Syniawa, Die Schaffung eines neuen demokratischen Lehrkörpers - entscheidende Voraussetzung und wichtigste Garantie zur Durchsetzung der Schulreform (nachgewiesen in Brandenburg 1945-1949), in: Pädagogische Forschung, Sonderheft 1964, S. 35

Der Feldzug Karl des Großen gegen die Wilzen - Nachrichten aus dem Havelland zum Jahr 789

Von Manfred Kluger

Die erste sichere schriftliche Überlieferung aus dem Havelland ist eine Nachricht von der Havel aus dem Jahre 789. Die Annalen des Fränkischen Reiches berichten, daß in jenem Jahre im Rahmen eines Feldzuges Karl des Großen eine friesische Flotte die Havel entlang ('per Habola fluvium') vor- drang, um die Landstreitkräfte des fränkischen Königs bei der Unterwer- fung des slawischen Volksstammes der Wilzen zu unterstützen. Höhepunkt und Ende der kriegerischen Aktionen war die Unterwerfung des wilzischen Oberhauptes König Dragowit vor seiner Burg. Wo sich genau die Burg des König Dragowit befand, wird in den Annalen nicht beschrieben.

Zu dieser frühslawischen Zeit säumten zahlreiche Burgen die Havel und ihre Nebenarme (s. Karte 1). Durch diese Konzentration von Burgen ge- kennzeichnet, und deutlich durch einen siedlungsleeren Gürtel abgegrenzt, markiert sich in der Landschaft des südlichen Havelbogens ein zusammen- hängendes Siedlungsgebiet frühslawischer Zeitstellung. Die Datierung der Burgen ist durch archäologische Funde gesichert, zu denen insbesondere Tonscherben der Sukower Keramik, Keramik der Dyrotzer Phase und Feld- berger Keramik gehören.

Über die Besonderheiten des slawischen Burgenbaues berichten andere Quellen. Der slawische Burgenbau erweckte in jener Zeit das weite Inter- esse. Der arabische Gelehrte Abu Obaid Abdallah al Bekri († 1094) hielt die Schilderung des jüdischen Kaufmannes Ibrahim ibn Jacub, der im 10. Jh. die slawischen Länder zwischen Mecklenburg und Prag bereiste, für so bedeutsam, daß er sie in seinem 'Buch der Wege und Länder' wörtlich wiedergibt: „So bauen die Slawen die meisten ihrer Burgen:

Sie gehen zu Wiesen, reich an Wasser und Gestrüpp, stecken dort einen runden oder viereckigen Platz ab, nach Form und Umfang der Burg, wie sie sie beabsichtigen, graben ringsherum und schütten die ausgehobene Erde auf, wobei sie mit Planken und Pfählen nach Weise der Bastionen gefestigt wird, bis die Mauer die beabsichtigte Höhe erreicht. Auch wird ein Tor für die Burg abgemessen, an welcher Seite man will, und man geht auf einer hölzernen Brücke aus und ein.“



ziert auf die vor 1852 aufgenommene Karte der
 Mittelmark von J. Bland, Amsterd.,
 (Kartensammlung des Staatsbibliothek Berlin N12, Blatt 10).
 M. Kügel

Oceanus

- 1 Gültze
 - 2 Höhnnauer
 - 3 Lochow
 - 4 Berge
 - 5 Nauen (Lindemannswall)
 - 6 Nauen (Busenwall)
 - 7 Dyrotz
 - 8 Leagebrech
 - 9 Spandau
 - 10 Sakrow (Romerschance)
 - 11 Bützer
 - 12 Mählitz
 - 13 Bamme
 - 14 Brandenburg
 - 15 Riewend
 - 16 Deetz
 - 17 Paray
- Frühlawische Burgwälle mit Sukower Keramik
 (1-10)
 (11-16) mit Sukower und Feldberger Keramik
 (17-21) Siedlung in geschützter Inselage mit Burgwall-
 funktion und mit Sukower sowie Feldberger Ker-

M
H
H
E
V

Moderne Ausgrabungen bestätigen diese Schilderungen. Hauptbestandteil der slawischen Burganlagen war jeweils die ringförmige Holz-Erde-Mauer, die durch kompakte Holzeinbauten „gefestigt“ wurde. Entsprechend dem Hozreichtum der Wälder, war zu frühslawischer Zeit der Wehrmauerbau in Rostkonstruktion verbreitet. Dazu verlegte man zunächst



Karte 1

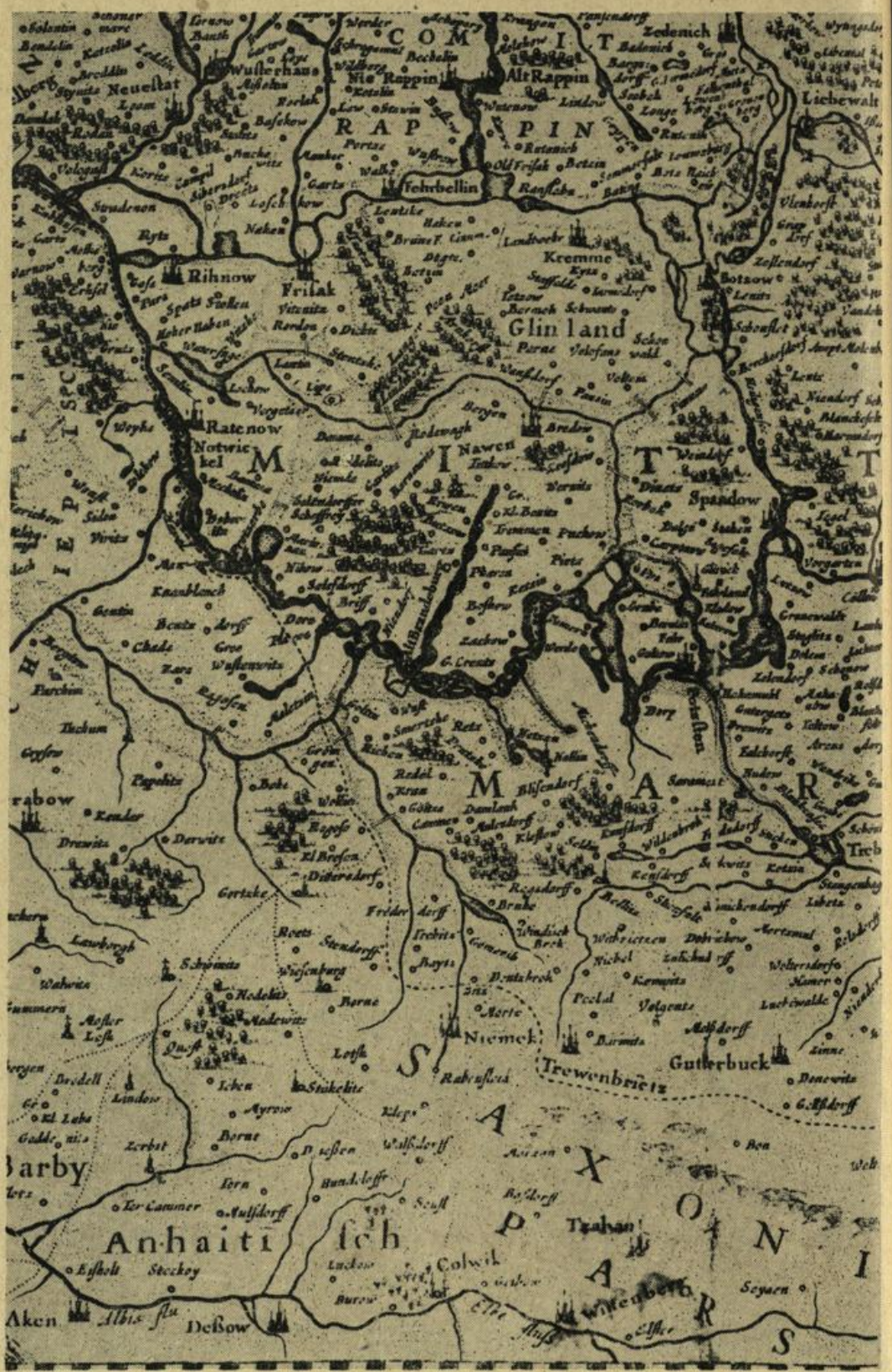
Auf der Karte ist deutlich zu erkennen, daß die frühslawischen Burgwälle entlang der Havel oder an mit der Havel verbundenen Gewässern liegen. Ergänzung zur Legende der Karte: 20 Hohennauen, Fundplatz 8; 21 Ketzin, Fundplatz 1; 22 Wusterhausen (auf der Karte nicht verzeichnet); 23 Wildberg (auf der Karte nicht verzeichnet) und 24 Altfriesack, Fundplatz 2

Titel der Karte der Mark Brandenburg (Ausschnitt) von Olof Hanson Örnehofud, genannt Gotho (1600–1644), Kupferstich von Joan Blaeu, Amsterdam, um 1635
Original der Karte in der Deutschen Staatsbibliothek, N 12 Blatt 7.

Die folgende Seite zeigt einen Ausschnitt aus der Karte, in dem der Havelbogen deutlich erkennbar ist. Im nördlichen Teil der Karte, zwischen den Orten Frisak (Friesack) und Kremme (Kremmen) ist die Eintragung *Langer Peen Moer*.

Dieser Teil der Karte ist auf der nächstfolgenden Seite in einem Ausschnitt noch einmal vergrößert dargestellt.

ziert auf die vor 1852 aufgenommene Karte des





in gewissen Abständen quer zur geplanten Wallrichtung Baumstämme als Basis für die Wehrmauer. Darauf folgte eine geschlossene Lage von Stämmen längs zur Wallrichtung, darüber wieder Stämme quer zur Wallrichtung usw., bis dieser rostartig geschichtete und mit Erde verfüllte Holz-Erde-Wall die nötige Höhe erreicht hatte. Verschiedenartige Verankerungen und dazwischen geschüttete Erde verhinderten das Abrollen der Baumstamm-lagen. Einerseits zur Festigung, andererseits zum Schutz gegen Feuer, war in Riewend (15) die Außenfront durch eine starke Lehmschicht geschützt. In Brandenburg (14) war die Außenfront der Wehrmauer mit Ton verstrichen. Die Höhe der ringförmigen Holz-Erde-Mauer muß oft sehr beträchtlich gewesen sein. Obwohl durch die Vergänglichkeit der Holzeinbauten und die Bodenerosion der Ringwall von Ketzin (21) sicher stark zusammengesackt war, erhob sich die Burg von Ketzin nach den Angaben Rudolf Virchows 1881 noch 7,5 m über den Wasserspiegel der Havel. Meist umgaben Annäherungshindernisse, wie in Ketzin, und eine Berme den Wall, wozu oft auch weitere Palisaden gehörten sowie ein Wehrgang auf der Krone des Walles.

Im Havelland zwischen Rhin und südlichem Havelbogen gab es zu frühslawischer Zeit zwanzig Burgen.

Auf drei dieser Burgen wurde nur Sukower Keramik gefunden. Dabei handelt es sich je um kleine Burgen unter 0,5 ha, die anscheinend bereits im 8. Jh. aufgegeben wurden (Leegebruch, (8), Bamme (3), Hohennauen (20). Auf den anderen siebzehn frühslawischen Burganlagen des Havellandes wurde Sukower Keramik, Keramik der Dytrotzer Phase und, bis auf zwei unsichere Fälle, auch typische Feldberger Keramik gefunden. Damit er-

scheint die Präsenz dieser Burgen im 8. Jh. und am Anfang des 9. Jh. als gesichert.

Drei dieser Burgen haben einen nutzbaren Innenraum unter 0,5 ha (Spandau (9), Riewend (15) und Bartschendorf (19)). In Spandau bestand bereits zu dieser Zeit auf einer der Inselburg benachbarten Insel eine befestigte Siedlung, in der verschiedene Handwerker ansässig waren. Wegen der erheblich stärkeren Befestigung der Ostseite wird von den Ausgräbern angenommen, daß die kleine Burg die Grenzburg der Sicherung des Havellandes gedient habe. Auch zur inmitten des Havellandes gelegenen Burg Riewend an der Nordspitze des Riewendsees gehört eine befestigte Vorburgsiedlung. Der Grundriß der Gesamtanlage erinnert sehr stark an das kultische Zentrum von Groß Raden/Kreis Sternberg. Wie in Groß Raden liegt der Burgwall an der Spitze einer Halbinsel, auf der sich eine Vorburgsiedlung befindet, die durch einen Abschnittswall mit Graben vom Festland getrennt war. Der heute noch 5,5 m über den Spiegel des Riewendsees ragende Burgwall von 0,4 ha Innenraum ist durch einen 11 m breiten umlaufenden Graben von der 1,7 ha großen Vorburgsiedlung getrennt. In der befestigten Vorburgsiedlung heben sich in junger Getreidesaat bei längerer Trockenheit deutlich in Reihen geordnete viereckige Verfärbungen ab, die ehemaligen Hausreihen entsprechen könnten. Dieses Phänomen bietet sich auch einige Zeit nach dem Umpflügen und längerer Trockenheit. In Groß Raden gehörte zu der Vorsiedlung ein größerer Holztempel. Die in der Vorburgsiedlung von Riewend gefundene Feldberger Keramik und eine als Import aus Franken geltende bunt verzierte Glasperle erlauben eine Datierung der Siedlung in die zweite Hälfte des 8. Jh., die bis in das 12. Jh. kontinuierlich weiter benutzt wurde.

Zu den großen Burgen von 0,6 bis 2 ha gehören die Burgen von Kietz (18) bei Rhinow, Deetz (16), Nauen (5), Brandenburg (14), Ketzin (21) und Parey (17). In Brandenburg (14) ergaben Ausgrabungen auf der 948 anlässlich der Bistumsgründung urkundlich erwähnten Burgstelle auf der Dominsel, daß dort zunächst eine offene Siedlung bestand, deren Datierung durch eine Radiocarbonanalyse in das 6. Jh., spätestens in den Anfang des 7. Jh. gesichert ist. Doch über dem Zerstörungshorizont dieser ersten Ansiedlung, auf dem sich noch die Pflugspuren eines Hakenpfluges befanden, entstand eine neue Siedlung, in deren Kulturschicht neben der unverzierten Keramik insbesondere bereits Keramik der Dyrotzer Phase des Feldberger Typs zu finden war. Noch im 7. Jh. wurde diese Siedlung durch eine Burg ersetzt, wobei seitdem der Anteil der Feldberger Keramik zunahm, aber Anfang des 9. Jh. verschwand. Bereits zu dieser Zeit wird von dem Ausgräber eine Vorburg vermutet. Bis zum 10. Jh. wurde diese Burg sieben mal erneuert.

Durch ihre außergewöhnliche Größe von etwa 3 bis 6,6 ha heben sich acht Burgen ab, die jeweils in eine Hauptburg und ein bis drei Vorburgen unterteilt sind. Zu den derartig großen Burganlagen gehören die Burgen von Dyrotz (7), Bützer (11), Gülpe (1), Lochow (3), Potsdam-Sakrow (10), Berge (4), Hohennauen (2) und Nauen (6). Eigentümlicherweise gehört die Burg Brandenburg (14) zu frühslawischer Zeit nicht zu diesen besonders großen Burganlagen des Havellandes, obwohl sie in den schriftlichen Quellen später als Fürstensitz überliefert wird.

Nur wenige der frühslawischen Burgwälle prägen noch heute das Bild der havelländischen Landschaft. Im Laufe der Jahrhunderte sind die oberhalb des Grundwassers liegenden Holzkonstruktionen vergangen, so daß die ringförmigen Holz-Erde-Wälle zusammengesackt sind. Bodenerosion und landwirtschaftliche Planierungen veränderten die Burgen oft bis zur Unkenntlichkeit.

Die Römerschanze von Potsdam-Sakrow (10) erhebt sich noch heute etwa 20 m über dem Lehnitz-See bei Krampnitz. Sie zählt zu den besterhaltenen Burgwällen der DDR. Zu frühslawischer Zeit wurde diese bronzezeitliche Burg wieder ausgebaut und mit zwei Vorburgen versehen.

Der Burgwall „Bussenwall“ von Nauen (6) bei Alt Brieselang ist auf dem geologischen Meßtischblatt des preußischen Generalstabes 1868, Section Nauen, noch als ein 200 x 140 m messender ovaler Ringwall dargestellt, an den sich östlich offenbar eine Vorburg anschließt. Die demnach aus einer Hauptburg und einer Vorburg bestehende Anlage hatte somit eine Innenfläche von gut 3 ha. Nach der handgezeichneten Forstkarte des Hegemeisters Brandt von 1722 umschlossen einst zwei Arme des Fließchens „Die Muhr“ den Bussenwall. Die Anlage ist heute nicht mehr als Burgwall zu erkennen.

Der Burgwall Berge (4) war nach den Angaben von O. Monke im Jahre 1884 noch „ein sehr umfangreicher, von mehreren Erdringen umgebener Burgwall“. Die Burganlage hatte demnach eine Hauptburg und mindestens zwei Vorburgen und umfaßte nach alten Karten zu urteilen mindestens eine Innenfläche von 3,3 ha.

Vom Burgwall Ketzin (21) ragt heute spornartig der Rest des Burgwalles als eine sichelförmige Insel in die Havel, an die sich eine wassergefüllte Tongrube anschließt, die einst die Hauptfläche des 2 ha großen Burgwalles ausmachte, bevor die Burg 1881 dem Tonabbau zum Opfer fiel (stromab am Nordufer der Havel, von Ketzin aus hinter der Hochspannungsleitung und vor der Kanaleinfahrt zum Brückenkopf).

Im Bereich des alten Schlosses von Hohennauen (2) wurden 1985 bei Schachtarbeiten für einen Schulneubau Überreste einer Burg entdeckt. Ausgrabungen ergaben, daß dort im 8. Jh. eine 3,1 ha große slawische Burg-

anlage bestand, die in eine Haupt- und eine Vorburg unterteilt war. In der Vorburg selbst konnten ebenerdige Blockhäuser festgestellt werden. Die Außenfront der Vorburg bildete eine Kombination von Burggraben, Wall und einer Grubenhausreihe, die parallel zum Wall verlief. Die Grubenhausreihe war 5 m breit und war in Blockbauweise errichtet. Derartige Reihengrubenhäuser sind auch von der gut untersuchten Burg von Feldberg Kreis Neustrelitz bekannt, nach der die Feldberger Keramik ihren Namen erhielt. Aufgrund des Luftbildes und der Vermessungen sind Reihengrubenhäuser auch auf dem Burgwall von Dyrotz (7) parallel zur Wallfront anzunehmen. In Hohennauen wurde die Grubenhausreihe lange und intensiv genutzt. In der ältesten Phase der Grubenhausreihe, aber auch in der Vorburgsiedlung, fand sich vor allem Keramik der von Dyrotz bekannten Entwicklungsphase und ein starker Anteil an Sukower und Feldberger Keramik, die sich auch in der zweiten Phase der Grubenhausreihe nachweisen ließ. Diese Typenzusammensetzung setzte sich im Havelland spätestens bis zur Mitte des 8. Jh. durch und bestimmte bis zum Anfang des 9. Jh. das archäologisch kulturelle Bild.

Die Burganlage von Dyrotz (7) ist mit 6,6 ha Nutzfläche die bislang größte bekannte frühslawische Burg des Havellandes. Sie ist in eine Hauptburg und drei Vorburgen unterteilt. Am Pflanzenbewuchs, verdeutlicht im Luftbild, lassen sich auf der heute durch den Ackerbau verschliffenen einstigen Anlage vier exzentrisch ineinanderliegende rundlich bis ovale Ringe erkennen, die dem Verlauf der zugepflügten einstigen Burggräben entsprechen. Die einstigen Wehrmauern deuten sich nur noch als flache Bodenwellen an. Nach den Vermessungsergebnissen hatte die an der höchsten Stelle gelegene Hauptburg einen Durchmesser von etwa 100 m, wobei die ringförmige Wallmauer etwa 10 m breit war. Im Luftbild deutet sich eine ringförmige Innenbebauung hinter der Wallmauer an, bei der es sich vermutlich um Reihengrubenhäuser handelt, die sich innen an die ringförmige Wallmauer anlehnten. Die Burg liegt an einem der seltenen natürlichen Paßwege durch das „Lange Peen Moor“ (alter Name des Havelländischen Luches¹) sowie an einem heute verlandeten Flußmäander, das einst über die Wublitz mit der Havel und der havelländischen Peene¹, dem natürlichen Vorläufer des Havelländischen Hauptkanales, verbunden war (vgl. Kartenbeilage 1). Dieses Mäander muß noch in gegenwartsnaher Zeitstellung zumindest als Altarm ein so großes offenes Gewässer gewesen sein, daß es dem 1624 urkundlich erwähnten Fischer von Rohrbeck genügend Wasserfläche bot, um dem Fischfang nachzugehen, obwohl in jener Zeit auch in Dyrotz und Wustermark jeweils noch Fischereien bestanden. 1718 war unter der Bezeichnung „der Weltz“ in diesem Bereich nur noch ein Graben bekannt, dessen Wasser in die Wublitz floß. Nach dem heute reichlich vorhandenen Fundmaterial

zu urteilen, war die Burg von Dyrotz im 8. Jh. präsent und wurde Anfang des 9. Jh. aufgegeben.

Im Verhältnis zu der doch recht großen Anzahl der Burgen sind aus diesem Zeitraum im Havelland nur relativ wenige offene Siedlungen bekannt. Das kann nur bedeuten, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in diesen großen und sehr großen Burgen wohnte. Entsprechend den Berechnungen für die Burg von Feldberg, für die bei 2 ha Innenraum eine ständige Wohnbevölkerung von 600 bis 1 200 Menschen errechnet wurde, ist für die 6,6 ha große Burg von Dyrotz eine ständige Wohnbevölkerung von 2 000 bis 4 000 Menschen zu veranschlagen. Das ist wegen der mangelnden Ausgrabungsbefunde natürlich nur eine grob orientierende Hochrechnung. Hochgerechnet konzentrierte sich in den großen und sehr großen Burgen des Havellandes zu jener Zeit eine Bevölkerung von 12 000 bis 25 000 Menschen. Diese Bevölkerungskonzentration in den Burgen deutet auf eine kriegsgewohnte oder kriegerische Bevölkerung. Die Anlage derartiger Burgen läßt eine ordnende Hand vermuten. Die Mehrteiligkeit der großen Burgen spricht für eine soziale Differenzierung. Es wäre denkbar, daß in den Hauptburgen der mehrteiligen Anlagen die Oberhäuptlinge oder Kleinkönige mit ihren Hauptmannschaften saßen, während in den Vorburgen das übrige Volk wohnte, das ethnisch nicht unbedingt einheitlich sein mußte (was sich in den unterschiedlichen Keramikeinflüssen zeigen könnte). Nach ihrer außergewöhnlichen Größe und der besonderen Anzahl der Vorburgen muß die Burg von Dyrotz (7) eine hervorragende Stellung besessen haben.

Aus der Zeit, da sich diese großen und sehr großen Burgen so zahlreich an den havelländischen Flüssen Havel und Peene konzentrieren, findet sich die erste schriftliche Nachricht aus dem Havelland. In verschiedenen fränkischen Annalen dieser Zeit wird berichtet, daß ein Feldzug Karl des Großen gegen die Wilzen im Jahre 789 die Franken und ihre Verbündeten an Havel (c, d, h) und Peene (a) führte.

Der modernen Forschung blieb es bis heute verborgen, daß es auch im Havelland einen Fluß Peene¹ gab, der bis zur Melioration 1718–1724 als natürlicher Vorläufer des Havelländischen Hauptkanals durch das Havelländische Luch führte, das auf etlichen älteren Landkarten zuvor mit „Langer Peen moor“ bezeichnet wurde (s. Kartenbeilage 1). Ohne von der havelländischen Peene etwas zu wissen, entbrannte unter den Forschern ein sehr heftiger Disput, ob das Hauptziel des Feldzuges, die Civitas des wilzischen König Dragowit, im Land an der Havel², oder an der mecklenburgisch-vorpommerschen Peene³ zu lokalisieren sei.

Der Feldzug fand in der fränkischen Annalistik ein außerordentlich großes Echo. Aus den Einzeldarstellungen der verschiedenen Annalen ergibt sich folgendes Bild:

„789. Damals gelangte König Karl zum zweiten Male durch Sachsen⁴ bis zu den Slawen, die man Wilzen nennt . . .“ (f), „ . . . jenseits der Elbe . . .“ (g). Bereits 780, nachdem König Karl durch Sachsen bis an die Elbe gelangt war, „und an einem Ort, wo Ohre und Elbe zusammenfließen⁵ bei einem (bereits) in Besitz befindlichen Heeresstandquartier das Lager aufgeschlagen hatte, widmete er die Zeit für die zu schlichtenden Angelegenheiten sowohl der Sachsen, die diesseitig, als auch der Slawen, die jenseits des Flußufers wohnen . . .“ (b) – also der Slawen auf der havelländischen Seite der Elbe.

Über die Zielstellung wird berichtet, König Karl „trachtete danach, sich das Wilzenland in Richtung des Nordostwindes bis zum Meer zu verschaffen . . .“, hatte es aber aus einem in dieser Quelle nicht extra genannten Gründe nicht mehr nötig, im Rahmen des Feldzuges bis an das Meer vorzudringen (e).

Als Begründung des Feldzuges wird angegeben, daß die Wilzen aus Feindschaft gegen die Franken deren Unterworfenen oder Verbündeten durch Kriege bedrückten (b, m).

Der Aufbruch zum Feldzug erfolgte im Sommer (i). Von Aachen aus, und im Einverständnis mit Sachsen und Franken, überschritt er mit einem ungeheuren aufgestellten Heere bei Köln den Rhein und drang durch Sachsen bis zur Elbe vor (b, c, d, h). Nach der Errichtung eines Standlagers schlug er zwei Brücken über die Elbe. Einer davon sicherte er beidseits die Brückenköpfe durch Wallanlagen in Holz-Erde-Konstruktion, in die er eine Besatzung stationierte (b, c, d, h). Für den Brückenschlag kommt allein der grenzbildende Elbabschnitt des damaligen Sachsens bei Magdeburg in Betracht, der fränkischerseits bereits 780 durch ein Heeresstandquartier gesichert war und dessen Terrain König Karl persönlich kennen gelernt hatte, als er 780 an der Ohremündung weilte (s. o.) und auch als er 784 über Thüringen kommend bis an die Elbe und von dort bis Steinfurt an der Ohre vorgedrungen war (c, h). Da die Annalen (b, c, f, h) aussagen, daß der Marsch bis zur Elbe durch Sachsen erfolgte, ohne daß bis zur Elbe einer durch ein slawisches Land erwähnt wird, kommt der nördlich an das Ohremündungsgebiet anschließende Elbabschnitt bis zur Jeetzemündung nicht für den Brückenschlag in Frage, denn dort war auch das westelbische Land slawisch, wie es von den Annalen (c, d) zu 822 ausgesagt wird und es auch der archäologische Befund bestätigt.

Unmittelbar nach dem Überschreiten der Elbe wurde das Wilzenland betreten (d, b). Auch in späteren Aufzeichnungen wird bestätigt, daß das Wilzenland unmittelbar an das damalige Sachsen grenzte. So beschreibt König Alfred der Große (871–900) in seiner westsächsischen Orosiusbearbeitung (o) „ostnördlich“ (also 60° NO) von den Altsachsen die „Wilzen, die man

Havelländer heißt“ („Wilde, the mon Haefeldan haett“). Der sogenannte Bayrische Geograph (p) erwähnt in seiner Aufzeichnung die Region der Wilzen mit vier Unterregionen, zu denen er die Linonen, die Smeldinger, die Morizani und die Heveller zählt, und betont dabei ganz ausdrücklich, daß die Region der Wilzen zu den Regionen gehört, „die an unserem Grenzgebiet angrenzen.“ (also dem Reichsgebiet zur Zeit der Aufzeichnung nach 895). Er erwähnt bei den Hevellern acht 'civitates' (mit Städten oder (Burg-) Gemeinden zu übersetzen). Die Übersetzung von Heveller, in den Quellen Haefeldan, Hehfeldi, Heveldun, Heveldi und Hevelli, bedeutet soviel wie 'die Haveller, Havelländer'. Die Deutung des Namens Wilzen, in den Quellen Wiltzi (b), Wilze (c), Wilti (f), die sich in ihrer eigenen Sprache Welatabi (b, m) nennen, mit 'die Wölfe' oder 'die Riesen' ist dagegen noch unsicher.

„Nachdem er selbst (e. Anm.: König Karl) den Fluß überschritten und das Land der Wilzen betreten hatte, wozu er hatte Formation beziehen lassen und (selbst) das Heer anführte, befahl er alles mit Feuer und Schwert zu verwüsten.“ (b; im gleichen Sinne d). Wie zuvor durch Sachsen, also geradeaus und ohne nach rechts oder links abzuschwenken, rückte er vom Elbübergang weiter und unterwarf die Wilzen seiner Herrschaft (c), wobei sich ihm zu Schiff auf der Havel entlang die Friesen mit etlichen Franken an Bord verbunden hatten (c, d, h). Neben den Franken, den Sachsen und der die Havel entlang zur Unterstützung vorrückenden Flotte, gehörten zu den Invasionsstreitkräften auch die slawischen Obodriten mit ihrem Fürsten Witzan aus dem heutigen Westmecklenburg und die schon erwähnten Sorben (c, d, h). Und obwohl der Volksstamm der Wilzen kriegerisch, mutig zahlreich war, war er nicht in der Lage dem Angriff des ungeheuer großen königlichen Heeres lange standzuhalten (b).

Und als die Vorhut die 'civitas' des Dragowit erreichte, der bei weitem die übrigen 'reguli' (Häuptlinge, Fürsten oder Kleinkönige) der Wilzen sowohl durch den Adel seines Geschlechtes als auch durch die Autorität seines Alters übertraf, kam Dragowit mit all den Seinen sofort König Karl von der 'civitas' her entgegengeschritten (b). Die meisten Annalen, die Dragowit nennen (a, e, f, h, i, k, l), bezeichnen ihn konkret als König. Dragowit versicherte, daß er Herrschaftsgewalt und Königswürde einst von dem unbesiegbaren Gebieter Karl erhalten habe (vgl. zu 780 oben), und gab seine Königswürde über Gebiete der Franken zurück (h). Er gab auf-erlegte Geiseln und versprach schließlich mit Eid, daß er sich König Karl unterwarfen und dessen Franken dienstbar machen werde (b). Diesem Beispiel folgend, unterwarfen sich alle Würdenträger und 'reguli' der Slawen den königlichen Vereinbarungen (b). König Karl vertraute Dragowit sein Vaterland zum zweiten Male an (k). Als König Karl nach der Unterwerfung den „Pana“-

Fluß¹ erreichte, ist er schließlich ins Frankenland zurückgekehrt (a) und verbrachte das Weihnachtsfest in der 'civitas' Worms (c). Einem Brief des Abtes Alkuin (n), der sich erkundigte, „ob die Wilzen oder Wenden das Christentum annehmen, die unlängst ('nuper') der König dazuerwarb“, und der darin den Bischof Willehad von Bremen grüßte, dessen Todesdatum vom 8. 11. 789 bekannt ist, ist zu entnehmen, daß der im Sommer begonnene Wilzenfeldzug König Karls etwa zwischen dem 15. 9. bis 15. 10. 789 nach dem Julianischen Kalender beendet war ('nuper' - DCCLXXXVIII. VI^o idus Novembris).

Die relativ kurze Feldzugdauer, die unmittelbar nach dem Elbübergang beginnenden Kampfhandlungen auf bereits wilzischem Territorium und die Nachricht von der friesischen Flottenoperation auf der Havel entlang im Verbund mit den Landstreitkräften, zumal die Annalen nirgendwo von einem längeren Marsch nach dem Elbübergang berichten, lassen eine Gleichsetzung des „Pana“-Flusses mit der mecklenburgisch-pommerschen Peene äußerst unwahrscheinlich erscheinen. Die Gleichsetzung des „Pana“-Flusses mit der havelländischen Peene¹, dem Nebenfluß der Havel durch das Lange Peen moor¹ (s. Kartenbeilage 1) fügt sich völlig widerspruchslos in das von den zeitgenössischen Annalen zum Jahre 789 gezeichnete Bild und dem der etwas späteren, oben genannten Aufzeichnungen. Nach dem einzigen Annalertext, der diesen Fluß erwähnt (a), ist eine Lokalisation der 'civitas' des König Dragowit an der mecklenburgisch-pommerschen Peene ohnehin ausgeschlossen.⁶

Wo sich im Havelland die 'civitas' des tonangebenden wilzischen Königs Dragowit exakt befand, ist den historischen Quellen nicht zu entnehmen. Die Tradition spricht für die Brandenburg⁽¹¹⁾, Größe und Mehrteiligkeit lassen dagegen an eine Burganlage von der Größenordnung wie Dyrotz (7) denken.

Historische Quellen:

- | | |
|--------------------------------------|---|
| a) Fragmentum annalium Chesnii | p) sog. Bayrischer Geograph |
| b) Annales qui dicuntur Einhardi | q) <i>Widukindi</i> monachi Corbiensis rerum gestarum Saxonicarum |
| c) Annales regni Francorum | r) <i>Tbietmari</i> Merseburgensis episcopi chronicon |
| d) Annales Fuldenses | s) al-Massudi, Reisebericht des ... |
| e) Annales Guelferbytani | t) Magistri <i>Adam</i> Bremenses ecclesiae pontificum |
| f) Annales Laureshamenses | u) Landkarten der Mark Brandenburg aus dem 17. Jh. von O. J. Gotho, Hondius, J. Blaeu (verschiedene), J. Waesberg, S. Schwarz, P. Schenk und im Atlas des Großen Kurfürsten |
| g) Annales Laurissenses minores | v) Ph. Cluver 1616, III c. 25 p. 101 |
| h) Annales Mettenses priores | |
| i) Annales Mosellani | |
| k) Annales Nazariani | |
| l) Annales Petaviani | |
| m) <i>Einhardi</i> vita Karoli Magni | |
| n) <i>Epistolae Alcuini</i> VI | |
| o) <i>King Alfred's</i> Orosius | |

Anmerkungen:

- ¹ Die Peene [789 *Pana* fluvius (a), 1616 *Pene* (v), im 17. Jh. *Peen* (u)] – Nebenfluß der Havel durch das vor der Melioration 1718–1724 auf älteren Karten (u) „Langer *Peen* Moor“ bzw. „Langer *Peen* moor“ genannte Havelländische Luch. Eine ganze Serie von Flurnamen entsprechender Lautung erhielt sich auch nach der Melioration entlang des einstigen Flußufers. Das Synonym, die Peene, ndt. *Peen*, in Mecklenburg zeigt in den historischen Quellen die gleichen Lautungen, sowie auch analoge Wortbildungen für einen Stamm, Orte und Moore an dem Flußlauf.
Der GN *Peene* ist germanisch. Anzusetzen ist germanisch *fanja* (mndt. *ven*, *vene* = ndt. *Fenn*), das in slawischer Lautgestalt mit *Pana* (f zu p) wiedergegeben wurde und ins Deutsche mit mndt. *Pene*, ndt. *Peen* und hdt. *Peene* übernommen wurde.
- ² F. Kurze 1911, *Deutsche Geschichte* I, S. 37; H. Ludat 1936, S. 20 und 1971, S. 15; L. Dralle 1981, *Slawen an Havel und Spree*; u. a.
- ³ M. Bathe 1940, S. 8 (in Demmin); J. Herrmann 1969 in: *Ausgrabungen und Funde* S. 196 und zuletzt 1986, *Welt der Slawen*, S. 256 (bei Demmin in Vorwerk).
- ⁴ Im wesentlichen umfaßte szl. Sachsen Westfalen und Niedersachsen einschließlich der Magdeburger Börde bis zur Ohremündung.
- ⁵ Um 1009 wurde Wolmirstedt slawisch auch *Ustiure* genannt (r), was übersetzt Ohremünde heißt. Auf der Karte der Altmark und der Prignitz von P. Schenk ca. 1690 wird ein Flußarm ab Wolmirstedt bis Magdeburg mit „Ora flu.“ und einer bis Rogätz mit „Vechtaflu.“ bezeichnet (letztere Bezeichnung auch auf Karten von J. Blaeu).
- ⁶ Nach Adam von Bremen (t), (um 1066), wohnten in Demmin die Ranen, die in keiner Quelle zu den Wilzen gerechnet werden. Adam äußert sich über die Wilzen im Anschluß an ein Zitat von Einhard (m) zum Krieg 789 nur im Rahmen historischer Erwägungen. (II/18–22 mit Scholie 16).

Kartenanhang:

1. Ausschnitt aus der Karte der Mittelmark
Kartenautor unbekannt, vor 1652 aufgenommen
Kupferstich von Joan Blaeu, Amsterdam 1663
Maßstab 1:400 000
Kartennachweis: Deutsche Staatsbibliothek N 12 Blatt 10.
Auf diese Karte wurden die frühslawischen Burgwälle projiziert
2. Ausschnitt aus der Karte der Mark Brandenburg
Kartenautor Olof Hanson Örnehofud, genannt Gotho (1600–1644)
Kupferstich von Joan Blaeu, Amsterdam 1635?
Maßstab etwa 1:800 000
Kartennachweis: Deutsche Staatsbibliothek N 12 Blatt 7.

Literatur:

- Grebe, Klaus (1976), Zur frühslawischen Besiedlung des Havelgebietes. In: *Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte* Potsdam 10, S. 167 ff.
- Grebe, Klaus (1981), Zur Datierung des Burgwalles von Berge, Kreis Nauen. In: *Ausgrabungen und Funde* 26, S. 104 ff. (zus. mit R. Kirsch)
- Grebe, Klaus (1987), *Ausgrabungen auf einem frühslawischen Fundplatz in Hohennauen, Kreis Rathenow*, In: *Ausgrabungen und Funde* 32, S. 82 ff. (zus. mit W. Bünnig)
- Grebe, Klaus (1988): *Eine frühslawische Burg in Bützer*. In: *Ausgrabungen und Funde* 33, S. 82 ff. (zus. mit W. Bünnig)

Herrmann, Joachim, Hrsg. (Autorenkollektiv) (1985) Die Slawen in Deutschland.
(Mit zahlreichen Literaturhinweisen.)

Kluger, Manfred (1988), Zur Ur- und Frühgeschichte des Kreises Nauen.
(Östliches Havelland), Teil IV.

In: Wanderungen durch den Kreis Nauen Heft 5

Kluger, Manfred, Ur- und frühgeschichtliches Kreisinventar des Kreises Nauen, Stand 1988
(Kartei in Maschinenschrift).

Das Schullehrerseminar in Potsdam (1817 bis 1851) - ein Werk der preußischen Reformer

Von Wolfgang Rocks

Frägt man heute nach den Bildungseinrichtungen, die das geistig-kulturelle Profil des neuen Potsdam prägen, so wird sicher auch die Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“, die 1988 ihr 40jähriges Bestehen feiert, und das ihr seit kurzem angegliederte Institut für Lehrerbildung genannt. Weniger bekannt wird sein, daß Potsdam progressive Traditionen in der Lehrerausbildung besitzt, die bis in die Zeit des Kampfes gegen die napoleonische Fremdherrschaft zurückreichen. Hier wurde 1817 durch fortschrittliche Kräfte ein Lehrerseminar geschaffen, das für damalige Verhältnisse beispielhaft war.

Um das Besondere dieses Potsdamer Seminars erfassen zu können, soll zunächst ein Blick auf seine Vorgeschichte, auf die Lage der Volksschule und der Volksschullehrer zu Beginn des 19. Jahrhunderts geworfen werden.

Zur Vorgeschichte des Potsdamer Lehrerseminars

Die niederen Schulen in Stadt und Land entsprachen in keiner Weise mehr den Anforderungen, die das Zeitalter der Aufklärung und das Vordringen der kapitalistischen Produktionsweise an die Bildung der Kinder auch aus den unteren sozialen Schichten stellten. Die drastische Schilderung, die K. H. Neumann in seinem 1811 in Potsdam erschienenen Buch „Über die

jetzt eingeleitete Verbesserung des Elementarunterrichts in der Preußischen Monarchie“ gab, ist keineswegs ein Einzelbeispiel:

„Überall entweihten verdorbene Schneider, Garnweber, Tischler und abgedankte Soldaten das heilige Geschäft der Erziehung, die Bildung des Volks war in den Händen unwissender, roher, kraftloser, unsittlicher, halbverhungelter Menschen, die Schulen waren zum Teil wirkliche Kerker und Zuchthäuser. Überall herrschte Unordnung und Willkür, Sklavensinn und Widerwille, Buchstaben- und Formelwesen, Geistlosigkeit und Schlendrian, Unwissenheit und Stumpfsinn, Erbitterung und Feindschaft unter Lehrern, Eltern und Kindern. Damit die Kinder lesen und den Katechismus auswendig und einige Wenige ein paar Buchstabenreihen abmalen lernten: dazu sollten die Kleinen 7 bis 8 Stunden in engen, dunklen und ungesunden Höhlen zusammengepreßt und oft grausam mißhandelt werden.“¹

Der Lehrer auf dem Lande war vom Pfarrer abhängig und hatte zugleich den Küsterdienst zu verrichten. Nur wenige Elementarschullehrer waren beruflich vorgebildet. 1806 gab es in der gesamten preußischen Monarchie 11 Lehrerseminare; in der Kurmark bestand lediglich das 1747 von J. J. Hecker gegründete „Kurmärkische Schullehrer- und Küsterseminar“ in Berlin.

Die vernichtende Niederlage, die Napoleon der preußischen Armee 1806 bei Jena und Auerstadt zufügte, bedeutete den Zusammenbruch des alten feudalabsolutistischen preußischen Staates. Während König Friedrich Wilhelm III. mit dem Hof nach Memel flüchtete, führten liberale Adlige mit dem Freiherrn v. Stein an der Spitze und Vertreter der bürgerlichen Intelligenz Preußen auf den Weg bürgerlicher Reformen, von denen auch das Bildungswesen erfaßt wurde.

Die fortschrittliche pädagogische Bewegung in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts war vor allem durch ihr Bekenntnis zu Pestalozzi (1746–1827) geprägt. Dessen Fürsorge galt den Kindern der Armen, die er zu allgemeiner Menschenbildung emporheben wollte. Grundlage seines Unterrichts war die von ihm entwickelte Elementarmethode, die der allseitigen Entwicklung der kindlichen Kräfte, der Ausbildung von „Kopf, Herz und Hand“ diene. Zu den eifrigsten Verfechtern und Propagandisten der Anliegen Pestalozzis in Deutschland gehörte schon vor der Zeit der französischen Fremdherrschaft Wilhelm v. Türk.

Die herausragende Persönlichkeit bei der Reformierung des preußischen Bildungswesens war Wilhelm v. Humboldt, der 1809 zum Leiter des Departements für Kultus und öffentlichen Unterricht im Ministerium des Innern berufen wurde. Während seiner kurzen Tätigkeit an der Spitze des preußischen Bildungswesens leitete er wesentliche Veränderungen ein. Er

veranlaßte nicht nur die Aufhebung des 1803 ausgesprochenen Verbots der Pestalozzischen Methode, sondern er entsandte auch eine Schar junger Schulleute zu Pestalozzi, die seine Erziehungspraxis in Iferten studieren und ihre Erkenntnisse dann im preußischen Schulwesen anwenden sollten. Unter Humboldt wurden die Grundzüge eines Schulreformplans konzipiert, der die Hebung der Bildung des gesamten Volkes vorsah. Vor allem aber gelang es ihm, entscheidende Funktionen im Departement und in den neugeschaffenen Regierungsbezirken mit Kräften zu besetzen, die fähig und willens waren, in die preußischen Schulstuben einen neuen Geist hineinzutragen.

Zu denen, die Humboldt persönlich als Mitarbeiter warb, gehörte der Prediger und Pädagoge Ludwig Natorp (1774-1846) aus Essen. Er hatte 1804 einen „Grundriß zur Organisation allgemeiner Stadtschulen“ vorgelegt, in dem er die Gedanken Pestalozzis über allgemeine Menschenbildung aufgriff. Humboldt schrieb ihm 1809, um ihn als Mitglied und Schulrat der Kurmärkischen Regierung zu gewinnen:

„Sie und der brave und thätige Herr v. Vincke sind gerade die Männer, zu denen ich das sichere Vertrauen hegen kann, daß die Schulen der Kurmark zu einem solchen Grade der Güte und Vollkommenheit gebracht werden können, daß sie denen der anderen Provinzen zum Muster und zur Nachbildung dienen.“²

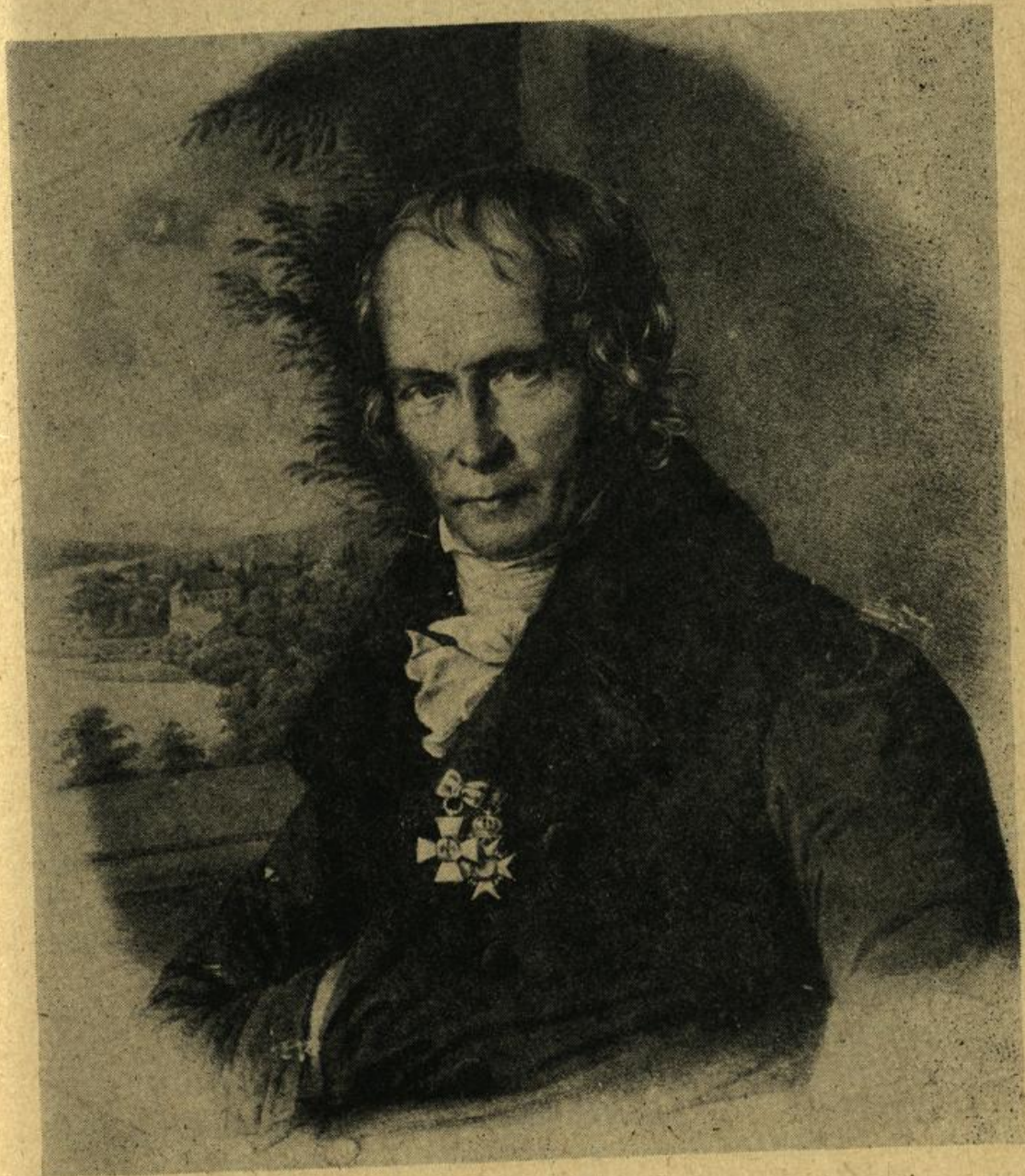
Natorp wurde Humboldts rechte Hand in Fragen der Volksschullehrerausbildung und der Initiator zur Gründung des Potsdamer Lehrerseminars. Die Kurmärkische Regierung war 1809 von Berlin nach Potsdam verlegt worden; sie nannte sich fortan „Regierung zu Potsdam“. Ihr Sitz befand sich in der Priesterstraße (heute Bauhofstraße, Gebäude der Bezirksbehörde der Volkspolizei). An ihrer Spitze stand der im Brief Humboldts genannte Frh. v. Vincke. Er stammte wie Natorp aus Westfalen, war mit ihm befreundet und hatte ebenfalls eine Ausbildung bei Niemeyer am Pädagogium in Halle erhalten.

Natorp nahm eine Überprüfung des Kurmärkischen Schullehrer- und Küster-Seminars in Berlin vor und gelangte zu einem vernichtendem Urteil:

„Der Geist der Anstalt ist der Geist der Geistlosigkeit... Das Berliner Seminarium ist nach allen Versuchen, es in einzelnen Partikeln oder im Ganzen zu verbessern, als unverbesserlich befunden worden.“³

Das Departement und die Kurmärkische Regierung stimmten Natorps Antrag zu, die Einrichtung in Berlin zu schließen und an ihrer Stelle eine neue zu schaffen, für die er 1812 den „Grundriß eines Schullehrer-Seminariums für die Kurmark“ entwarf. Als Orte waren zunächst Brandenburg und Havelberg in der Diskussion, bevor sich die Kurmärkische Regierung 1815 auf Potsdam festlegte. Die offizielle Verfügung vom 1. August 1816, mit der die

Gründung eines Seminars in Potsdam angekündigt wurde, trug noch die Unterschrift Natorps, obwohl er Potsdam bereits im Juli 1816 verlassen hatte. Auf Wunsch v. Vinckes, der inzwischen Oberpräsident der Provinz Westfalen geworden war, kehrte auch Natorp in seine Heimat zurück. Die letzten inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen zur Eröffnung des Potsdamer Seminars erfolgten durch seinen Nachfolger Wilhelm v. Türk (1774-1846 - also gleiche Lebensdaten wie Natorp). Türk, als Sohn eines herzoglichen Kammerpräsidenten in Meiningen gebo-



Wilhelm von Türk (1774-1846)

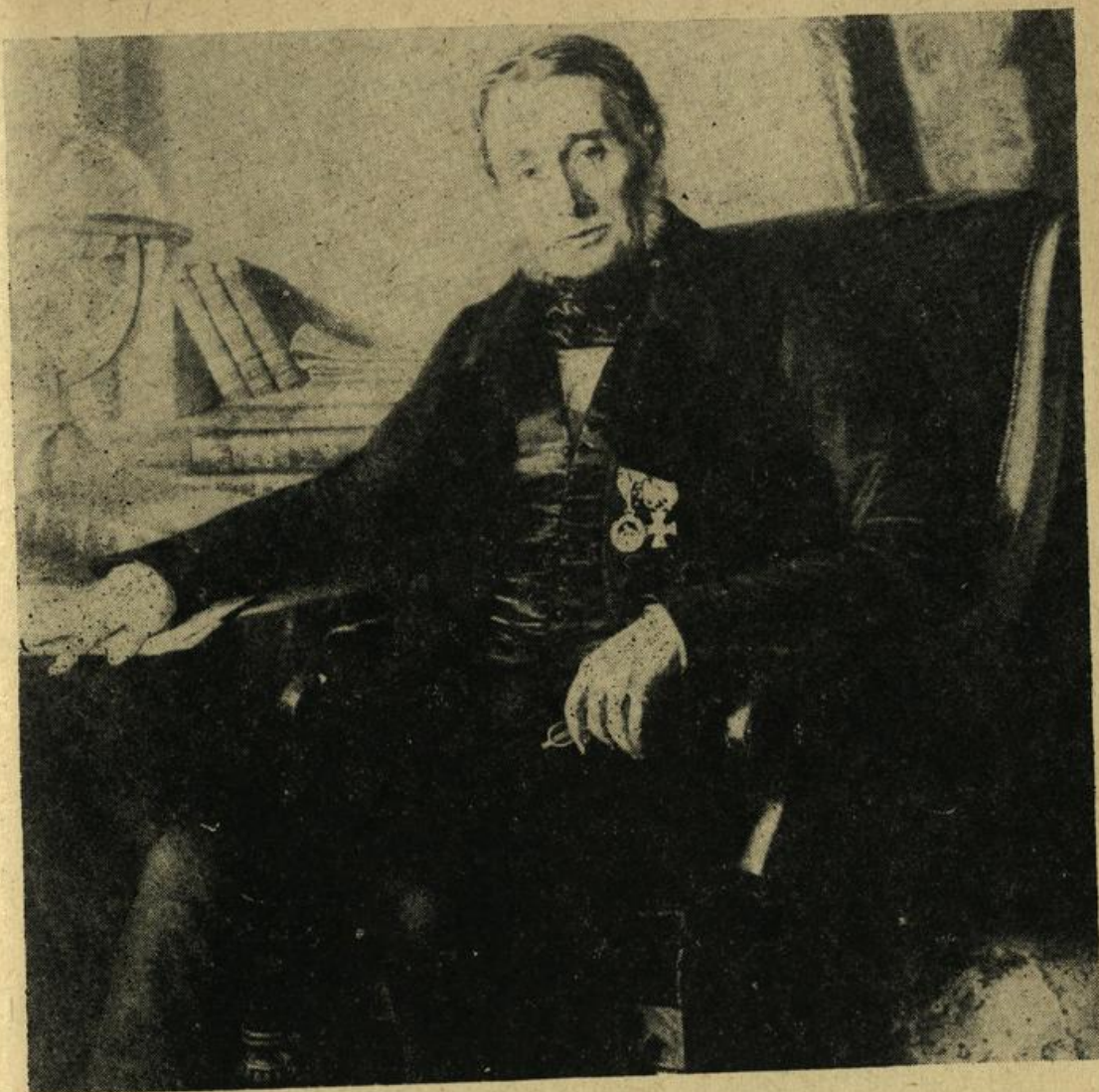
ren, hatte nach seinem rechtswissenschaftlichen Studium in Jena eine Anstellung beim Herzog von Mecklenburg-Strelitz gefunden, in der er bereits mit Erziehungs- und Schulfragen konfrontiert wurde. 1804 erfolgte in Münchenbuchsee seine erste Begegnung mit Pestalozzi. Als die französische Besatzung seine Reformpläne zunichte machte, siedelte Türk 1808 an die berühmte Erziehungsanstalt seines Vorbildes und Freundes nach Iferten über. Er unterrichtete hier vor allem in Naturgeschichte und betreute zugleich eine Gruppe von Kindern deutscher Patrioten, vorwiegend aus adligen Kreisen, die ihm in persönliche Obhut gegeben worden waren. Mit ihnen zog er, als es im Lehrerkollegium in Iferten zu Spannungen kam, 1811 nach Vevay am Genfer See, wo er eine eigene Erziehungsanstalt im Geiste Pestalozzis errichtete. Nach der Vertreibung Napoleons bot er dem Freiherrn v. Stein demonstrativ seine Mitarbeit bei der Neugestaltung des preußischen Staates an. Vor seiner Rückreise in die Heimat stattete ihm Pestalozzi einen Abschiedsbesuch ab. Türk war zunächst als Mitglied der Regierung der Neuemark in Frankfurt/Oder tätig, bevor er 1817 als Regierungs- und Schulrat der Regierung zu Potsdam berufen wurde, die nun von v. Bassewitz, seinem Freund aus der Jenaer Studienzeit, geleitet wurde.

Die Blütezeit des Seminars unter dem Direktorat Klödens

Das Königliche Schullehrer-Seminar zu Potsdam wurde am 13. Oktober 1817 durch Wilhelm v. Türk eröffnet. Es befand sich im Gebäude einer ehemaligen Tabakfabrik Am Kanal 62 (heute Heinrich-Rau-Allee) gegenüber dem Schauspielhaus. Im Unterschied zum inzwischen aufgelösten Berliner Seminar, das der Realschule angegliedert war und zugleich Küster ausbildete, war es eine selbständige Einrichtung, die ausschließlich der Lehrerbildung diente.

Der Unterricht wurde mit einer Klasse von 31 Seminaristen aufgenommen. Ihr Mindestalter betrug 18 Jahre. Sie kamen in der Regel aus armen Bevölkerungskreisen. Die meisten erhielten ganze oder halbe Freistellen, die ihnen ermöglichten, die Aufwendungen für Unterbringung, Beköstigung und Bekleidung zu bestreiten. Die Gesamtkapazität des Seminars war auf 75–80 Zöglinge berechnet, die man jeweils in 2 Klassen erfaßte (die Aufnahme bzw. Entlassung erfolgte im Rhythmus von 1 oder 1½ Jahren).

Türk war sich bewußt, daß die Qualität der Ausbildung letztlich von der Persönlichkeit der Lehrkräfte abhing. Deshalb verwendete er viel Mühe, für die 4 vollen Lehrerstellen geeignete Kandidaten ausfindig zu machen. Sie sollten Pestalozzianer sein und sich sowohl durch besondere Leistungen auf ihrem speziellen Fachgebiet als auch durch pädagogisches Können auszeichnen. Er fand sie in Klöden, Runge, Schärtlich und Löffler.



Karl Friedrich Klöden (1786–1856)

Als besonderen Erfolg rechnete sich Türk an, Karl Friedrich Klöden (1786–1856) als Ersten Lehrer (ab 1819 zugleich Direktor des Seminars) gewonnen zu haben. In Armut aufgewachsen, hatte sich Klöden seine umfangreiche Bildung vor allem autodidaktisch angeeignet. Neben seiner Tätigkeit als Kartenzeichner bei einer Berliner Firma gab er Unterrichtsstunden an der bekannten Plamannschen Anstalt, einem Zentrum der Pestalozzianer und der patriotischen Bewegung. 1813 erhielt er an ihr eine Planstelle als Lehrer für Formenlehre, Geometrie und Mineralogie, gleichzeitig studierte er an der Berliner Universität vor allem Naturwissenschaften. Türk schrieb über ihn:

„Gründliche, umfassende Kenntnisse in den wichtigsten Fächern des Seminarunterrichts, ein redlicher Charakter, Anspruchslosigkeit, verbunden mit der gehörigen Umsicht zeichneten ihn vorteilhaft aus.“⁴

Klöden unterrichtete am Potsdamer Seminar in den Fächern Pädagogik, Didaktik, Formenlehre und Geometrie, Geographie, Naturlehre und Naturgeschichte.

Runge gehörte zu den Lehrern, die von der preußischen Regierung 1816/17 zu Pestalozzi nach Iferten geschickt worden waren. Schärtlich und Löffler holte Türk aus Annaberg; sie waren Lehrer am dortigen Militärwaisenhaus. Unter dem Direktorat Klödens und unter maßgeblicher Mitwirkung Türks (er kam nach der Aussage Klödens fast täglich, mitunter sogar mehrmals, ins Seminar, um alle wichtigen Fragen mit ihm zu besprechen) entwickelte sich das Potsdamer Seminar zu einer vorbildlichen Ausbildungsstätte für Volksschullehrer.

Auf Antrag Klödens wurde die zunächst 2jährige Ausbildung auf 3 Jahre erweitert. Das Potsdamer Lehrerseminar war das erste in Preußen mit einem 3jährigen Kurs.

Klöden führte ein Ausbildungsprogramm ein, das fachlich und pädagogisch hohen Ansprüchen gerecht wurde:

1. Semester: Religion, Rechnen, Geometrie, deutsche Sprache, Lesen, Schreiben, Zeichnen, Gesang
2. Semester: wie 1. Semester – zusätzlich Geschichte, Naturgeschichte, Naturlehre, Erdkunde, Stilübungen, Harmonielehre
3. Semester: wie 2. Semester
4. Semester: anstelle der Fächer Schreiben, Lesen und deutsche Sprache traten Pädagogik und Methodik – sonst wie im 2./3. Semester
5. Semester: Methodik, Harmonielehre, Geschichte, Naturgeschichte, Erdkunde, Rechnen, Zeichnen, Gesang
6. Semester: 3 Tage eigene Unterrichtstätigkeit – Orgelspiel, Gesang, Welt- und Staatenkunde⁵

Dieses Programm ging wesentlich über die bisher übliche handwerkliche „Abrichtung“ der Seminaristen für den Religions-, Lese-, Schreib- und Rechenunterricht hinaus. Großes Gewicht hatten die „Realien“, besonders die Naturwissenschaften. Bemerkenswert war der völlige Verzicht auf das Fach Religion in den letzten beiden Semestern. Die Seminaristen sollten zum selbständigen, wissenschaftlich begründeten Denken geführt werden. Außerhalb des offiziellen Programms machte sie der Gärtner Woigt auf einem Gelände nahe des Nauener Tores mit dem Gartenbau und der Obstbaumzucht vertraut. Auch das Turnen wurde durch Türk und Klöden gefördert. Als die Reaktion 1819 das Turnen verbot, verlagerten sie die sportliche Betätigung der Seminaristen in die Schwimmanstalt an der Havel (am Ende der heutigen Türkstraße), die W. v. Türk bereits im Jahre zuvor – zur Hälfte aus eigenen Mitteln – anlegen ließ.

Die pädagogische Ausbildung verband Theorie und Praxis. Als Übungsschule (ihr Leiter war Löffler) wurde dem Seminar auf Initiative Türks die Höhere Bürgerschule angegliedert, die L. Natorp bereits 1811 als „Musterschule“, d. h. als gehobene Elementarschule, gegründet hatte. Die Wahl dieser Schule war bewußt getroffen worden, denn Türk und Klöden gingen von der Prämisse aus, daß die künftige Volksschule (auch auf dem Lande), die mit Hilfe der Seminarabsolventen geschaffen werden sollte, ein viel höheres Niveau haben mußte als die bestehende.

Der neue Geist, der am Potsdamer Seminar herrschte, widerspiegelte sich auch im Verhältnis zwischen Lehrkräften und Seminaristen. Klöden war der Meinung, daß die Seminaristen, wenn sie sich zu selbständigen, verantwortungsbewußten Menschen entwickeln sollen, nicht in klösterlicher Weise von der Welt abgesperrt werden dürfen. Frei von Standesdünkel bezog er die Seminaristen auch in private Unternehmungen ein, z. B. in die Veranstaltungen des Gesangvereins, dem er angehörte, und in das „musikalische Kränzchen“ im Familien- und Freundeskreis. Klöden schrieb:

„Im Seminar wie in der Schule war ein schönes, regsames Leben; meine Seminaristen fühlten sich in eine bessere Welt versetzt und liebten mich, was sie mir auf die unzweideutigste Weise kundtaten.“⁶

Das Seminar widmete sich auch der Weiterbildung der Lehrer im Potsdamer Territorium, für die sonabendnachmittags Kurse durchgeführt wurden. Außerdem bestand am Seminar zeitweilig eine Sonntagsschule mit kostenlosem Unterricht für Gesellen und Lehrlinge.

Obwohl Klödens Bestrebungen durch Türk und den Chefpräsidenten der Regierung zu Potsdam, v. Bassewitz, gefördert wurden, war unübersehbar, daß es im Zusammenhang mit der fortschreitenden Restauration der feudalen Verhältnisse auch zunehmende Widerstände gab. Höhepunkt der Restaurationspolitik waren die Karlsbader Beschlüsse 1819, die den Auftakt zu einer großangelegten „Demagogen“-Verfolgung bildeten. Nachdem es bereits zur Maßregelung fortschrittlicher Kräfte an den Universitäten und Gymnasien gekommen war, sollte nun auch „demagogischen Umtrieben“ an Lehrerseminaren Einhalt geboten werden. Die Leitung dieser Aktion wurde dem Geheimen Oberregierungsrat v. Beckedorf übertragen, den die Reaktion als ihren Mann in das preußische Kultusministerium gebracht hatte.

Als Klöden von der Absicht Beckedorfs erfuhr, das Seminar im April 1823 zu inspizieren, wußte er, daß seine Tage in Potsdam gezählt waren. Beckedorf wollte das Schulwesen wieder völlig an die Kirche binden. Er war nach den Worten Klödens „von der Verderbtheit der Jugend überzeugt und glaubte, die falschen Wege erkannt zu haben, auf welchen man ihre Bildung befördern wolle.“⁷ Das waren eben die Wege, die Klöden beschritten hatte.

Bevor Beckedorf nach Potsdam kam, hatte er das Lehrerseminar der Neumark in Neuzelle inspiziert und der straffen Leitung der Anstalt durch den Direktor Striez höchstes Lob gespendet. Mit den Zuständen in Potsdam war er, wie zu erwarten, weit weniger zufrieden. Klöden wurde durch ein Reskript aufgefordert, das bisherige Ausbildungsprogramm über Bord zu werfen und ein neues auszuarbeiten. Die Religion sollte stärker betont, die Naturgeschichte reduziert, der Unterricht in Algebra, Geometrie, Welt- und Staatehkunde gänzlich gestrichen werden.

Klöden versuchte in einem Schreiben an das Ministerium, seine Positionen zu verteidigen. Als Antwort erhielt er eine Mißbilligung wegen unangemessenen Tones. Unter solchen Bedingungen war es ihm unmöglich gemacht, seine Tätigkeit in Potsdam fortzusetzen. Er konstatierte:

„Ich hätte mir selber, ich hätte allem, was ich als wahr und gut in meinem erfahrungsreichen Leben erkannt hatte, üntreu werden müssen, wenn ich anders geurteilt hätte. Solche Ansichten konnte ich nicht zu den meinigen machen: die Zeit meines Wirkens im Seminar war vorüber, das erkannte ich deutlich.“⁸

Klöden übernahm 1824 die „Berlinische Gewerbeschule“, eine kommunale Einrichtung, die er bis kurz vor seinem Tode 1856 leitete. W. v. Türk, der an der Ausarbeitung des Planes für die Berliner Gewerbeschule mitwirkte, hatte maßgeblichen Anteil daran, daß ihm diese neue Aufgabe übertragen wurde. Aus Türks folgenden Worten wird zugleich seine Solidarität mit Klöden sichtbar:

„Zum Direktor schlug ich meinen Freund, den Seminardirektor Klöden vor; teils weil er sich ganz vorzüglich für dies Amt eignete, teils um ihn, den ich nach Potsdam berufen hatte, und der jetzt durch die Umwandlung des Lehrplans des Seminars und die Veränderung der Ansichten in seinem Thun sich überall beengt und gehemmt fühlte, in eine freiere, ihm erwünschtere Lage zu versetzen. Mein Vorschlag fand Eingang, und ich verlor einen der wenigen Männer aus meiner Nähe, deren freundschaftlicher Umgang meine Tage erheiterte. Für mich ein unersetzlicher, sehr schmerzlicher Verlust.“⁹

Türk war selbst in eine schwierige Lage geraten. Die restaurativen Kräfte drängten seinen Einfluß in der Regierung spürbar zurück. Auch Türk blieb von den Auswirkungen der Karlsbader Beschlüsse nicht verschont. Der König, so schrieb er in seiner Autobiographie, hatte zu dieser Zeit „eine unvorteilhafte Meinung von mir“, denn „böswillige Menschen hatten ihm mich als einen Demagogen vorgestellt.“¹⁰

Der Abbau der demokratischen Errungenschaften unter dem Druck der Reaktion

Mit Klöden verließen auch Runge, Löffler und die beiden Hilfslehrer das Potsdamer Seminar. Als neuer Direktor wurde gegen den Willen Türks Friedrich Ludwig Striez eingesetzt – jener Mann, der als Leiter des Seminars in Neuzelle die volle Zustimmung Beckedorfs gefunden hatte. Striez begann sofort mit der Amputation der Ausbildungsprogramme in dem von Beckedorf geforderten Sinne. Das entsprach auch völlig den Ansichten, die er selbst über die Ziele der Volksschul- und Seminarbildung hatte:

„Weit mehr als für diese Erde und für die Zeit ist der Mensch für den Himmel, für die Ewigkeit bestimmt. Sein Heil in der Ewigkeit aber ist . . . von seiner innern Beschaffenheit und moralischen Vollkommenheit, also von seiner Religiosität und Moralität, abhängig.“¹¹

„Die religiös-moralische Bildung der jungen Leute ist uns die wichtigste.“¹²

Striez löste die Verbindung des Seminars zur Höheren Bürgerschule, deren Niveau ihm zu hoch für die Vorbereitung künftiger Landschullehrer war. Zur neuen Seminarschule entwickelte er einen Teil der im Armenhaus in der Berliner Vorstadt befindlichen Freischule. Der Magistrat verpflichtete sich, 150–160 „reinlich gehaltene Armenkinder regelmäßig in diese Schule zu schicken.“¹³

Vor allem aber setzte Striez nun auch in Potsdam eine strenge Ordnung und Disziplin durch, die ihm den Ruf eintrug, das typisch preußische Lehrerseminar geprägt zu haben. Die von ihm verfaßte Hausordnung reglementierte alle Bereiche des Lebens der Seminaristen. Ihr Ausgang war wochentags nur in Dringlichkeitsfällen mit besonderer Genehmigung gestattet. Für die Sonntage legte sie fest, „daß die Zöglinge . . . bis 11 Uhr nur unter der Bedingung, daß sie die Kirche besuchen, ausgehen dürfen, in diesem Falle aber und von 11 Uhr bis nachmittag gegen 5 Uhr ohne Urlaub sich entfernen können, wenn sie nur spazieren gehen, nicht aber irgend ein Haus oder einen Ort besuchen wollen, wozu jedenfalls Erlaubnis eingeholt werden müßte.“ Um sicher zu gehen, daß die Seminaristen auch wirklich den Gottesdienst besuchten, hieß es:

„sie müssen am Montage Rechenschaft geben können, in welcher Kirche sie gewesen sind, und was sie gehört haben.“¹⁴

Die Regierung zu Potsdam berief Striez – welche Ironie! – 1827 zum Stellvertreter und 1833 zum Nachfolger W. v. Türks, der aus gesundheitlichen Gründen seine vorzeitige Pensionierung beantragt hatte. Striez übte bis 1833 zugleich die Funktion des Seminardirektors aus.

Die Leitung des Seminars wurde nun Johann Gottfried Hientzsch, bisher

Seminaroberlehrer in Breslau, übertragen. Während seines Direktorats wurde die 3jährige Ausbildungszeit 1844 wieder auf 2 Jahre reduziert. Es wäre jedoch falsch, diese Rückschritte lediglich den jeweiligen Direktoren anzulasten. Inzwischen hatte sich die Schulreaktion wieder fest in den leitenden Stellungen etabliert, insbesondere nach der Ablösung des seit 1817 amtierenden Kultusministers v. Altenstein durch Eichhorn im Jahre 1840. Die Seminare, die wie in Potsdam „gleich anfangs im Charakter von Schulmeisteruniversitäten angelegt“ worden waren und die Seminaristen nicht „abrichteten“, sondern „selbst denken, selbst versuchen, selbst lesen, wählen, kombinieren“ lehrten¹⁵, sollten endgültig der Vergangenheit angehören. Eichhorn griff sogar eifertig den Impuls Friedrich Wilhelms IV. auf, nach der Tradition Friedrichs II. ausgediente Unteroffiziere als Volksschullehrer zu gewinnen. In preußischem Beamten-Deutsch forderte er die Schulbehörden auf, „auf dergleichen Unteroffiziersmaterial zu fahnden und im Betretungsfalle in ein Seminar abzuliefern.“¹⁶

Hientzsch bemühte sich redlich, auch Fortschritte zu erreichen. Er richtete eine Präparandenklasse ein, schuf ausgezeichnete Bedingungen für die Ausbildung in Musik, veranstaltete eine Feier zum 100. Geburtstag Pestalozzis usw.¹⁷ In vielen seiner Aktivitäten widerspiegelten sich die engen Beziehungen Hientzschs zur Lehrerbewegung, die sich unter dem Einfluß Diesterwegs und Wanders kräftig entwickelte. Er hatte bereits in den zwanziger Jahren in Breslau Lehrergesangsfeste initiiert. Aber seinen Bestrebungen fehlte ein klares politisches und schulpolitisches Profil.

Weit eindeutiger in der Stoßrichtung als die Pestalozzi-Feier am Potsdamer Seminar war die Aktion, die Diesterweg am Himmelfahrtstag 1843 unternahm. Er zog an der Spitze von über 100 Berliner Lehrern zum Wohnsitz W. v. Türks in Klein Glienicke, um dem verdienstvollen Mitstreiter Pestalozzis seine Reverenz zu erweisen.¹⁸ Damit demonstrierte er zugleich, auf welchen Traditionen er bei der Leitung des Berliner Stadtschullehrerseminars aufbaute, das 1832 gegründet worden war und aus dem er 1847 durch die Reaktion vertrieben wurde.

Beachtung verdient, daß Hientzsch zu den Unterzeichnern des „Aufrufs an Deutschlands Lehrer“ gehörte, der von Wander verfaßt und am 4. August 1848 auf einer Lehrerversammlung in Dresden von ihm vorgetragen wurde: er forderte zur Teilnahme an der Gründung des Allgemeinen Deutschen Lehrervereins in Eisenach auf.

Hientzsch übernahm 1849 die Leitung der Blindenanstalt in Berlin, nachdem das Kultusministerium bereits 1847 beschlossen hatte, das Potsdamer Seminar nach Köpenick zu verlegen. Nach einer kurzen Amtszeit Bogens wurde Wetzels vom Berliner Stadtschullehrerseminar 1850 zum Seminarleiter berufen. Er hatte die Aufgabe, den Umzug der Lehrkräfte und

Seminaristen zu organisieren. Die Eröffnung des Seminars in Köpenick erfolgte am 15. Oktober 1851.

Als Hauptgrund für die Verlegung wurde die Baufälligkeit des Potsdamer Seminargebäudes genannt. Entscheidend war aber wohl ein anderer Aspekt. Das Kultusministerium vertrat die Meinung, daß die Seminare in kleineren Orten angesiedelt werden sollten, in denen sie besser unter Kontrolle gehalten werden konnten. Auf der Seminarlehrerkonferenz im Januar 1849, zu deren Vorbereitung auch die Lehrkräfte des Potsdamer Seminars ein

11 Punkte umfassendes Papier mit Vorschlägen zur Gestaltung von Lehrerseminaren erarbeitet hatten, erklärte Friedrich Wilhelm IV. unumwunden:

„Zunächst müssen die Seminarien sämtlich aus den großen Städten nach kleinen Orten verlegt werden, um den unheilvollen Einflüssen eines verpesteten Zeitgeistes entzogen zu werden.“¹⁹

Insofern hatte der Seminarlehrer Lange recht, wenn er nach dem Wegzug von Potsdam feststellte: „Wir sind in Köpenick das erste Opfer der Reaktion.“²⁰

¹ Zitiert nach J. Tews: Ein Jahrhundert preußischer Schulgeschichte. Leipzig 1914. S. 47.

² O. Natorp: B. Chr. Ludwig Natorp. Ein Lebens- und Zeitbild. Essen 1894. S. 84.

³ Zitiert nach F. Buchholz/G. Buchwald: Die Brandenburgischen Lehrerseminare und die ihnen angegliederten Präparandenanstalten. Berlin (West) 1961. S. 17 und 18.

⁴ Leben und Wirken des Regierungs- und Schulrats Wilhelm von Türk, von ihm selbst niedergeschrieben. Potsdam 1904. S. 80.

⁵ Vgl. F. Buchholz/G. Buchwald: Die Brandenburgischen Lehrerseminare . . . , a.a.O., S. 28.

⁶ K. F. Klöden: Von Berlin nach Berlin. Berlin 1976. S. 450.

⁷ Ebenda, S. 456.

⁸ Ebenda, S. 466.

⁹ Leben und Wirken des Regierungs- und Schulrats Wilhelm von Türk . . . , a.a.O., S. 72.

¹⁰ Ebenda, S. 69.

¹¹ F. L. Striez: Nachricht von dem Königlichen Schullehrer-Seminar zu Potsdam. Potsdam 1826, S. 26.

¹² Ebenda, S. 27.

¹³ Zitiert nach F. Buchholz/G. Buchwald: Die Brandenburgischen Lehrerseminare . . . , a.a.O., S. 29.

¹⁴ Ebenda, S. 36, und F. L. Striez: Nachricht von dem Königlichen Schullehrer-Seminar zu Potsdam, a.a.O., S. 29.

¹⁵ Zitiert nach J. Tews: Ein Jahrhundert preußischer Schulgeschichte, a.a.O., S. 98.

¹⁶ Ebenda, S. 116.

¹⁷ Vgl. J. G. Hientzsch: Geschichte des Königlichen Schullehrer-Seminars zu Potsdam während seines 31jährigen Bestehens daselbst. Potsdam 1848.

¹⁸ Vgl. R. Rissmann: Geschichte des Deutschen Lehrervereins. Leipzig 1908. S. 26.

¹⁹ Zitiert nach F. Buchholz/G. Buchwald: Die Brandenburgischen Lehrerseminare . . . , a.a.O., S. 50.

²⁰ Ebenda.

Der Befreiungskrieg im Spiegel von Münzen und Medaillen der DDR

Von Hans-Peter Warnecke

Mit der Gründung der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR 1979, in der auch die Fachgruppen für Numismatik organisiert sind, hat sich die Arbeit der Numismatiker verstärkt heimatgeschichtlichen Themen zugewandt.

Der Fachgruppe Numismatik Potsdam, die bereits seit 1966 besteht, erwachsen daraus neue Aufgaben. „Sammeln – forschen – gestalten“ ist ihre Kulturbundarbeit überschrieben.

Das bedeutet zunächst, alle numismatischen Sachzeugen, besonders aus unserem Territorium, zu erfassen. Dazu sind in den letzten Jahren verschiedene interessante Arbeiten erschienen. So gab W. Fried einen Überblick über die mittelalterlichen Münzstätten unseres Territoriums („Märkische Heimat“, Heft 1982 und 1983), H.-D. Dannenberg gab einen Überblick über Münzfunde („Märkische Heimat“, Heft 1984), J. Koppatz vermittelte besonders durch die Übersichten einen Einblick in das preußische Münzwesen unter König Friedrich II. („Märkische Heimat“, Heft 1986) und B. Liebe stellte Medaillen aus unserem Bezirk vor („Märkische Heimat“, Hefte 1985 und 1987).

In der eigentlichen numismatischen Forschung gilt es, tiefer in die Geschichte einzudringen. Vielfältige Aussagen kann man von Münzen erhalten, denn sie dienten neben ihrer Funktion als Zahlungsmittel von Anfang an auch gleichzeitig als „Zeitung“, d. h. sie vermittelten verschiedenartige, unterschiedliche Informationen. Dazu wurden Abkürzungen und Symbole geschaffen, um, gezwungenermaßen, auf kleinstem Raum das Wesentliche auszudrücken.

Die Numismatiker, die aufgrund ihrer besonderen Tätigkeit auch zu besonderen Erkenntnissen fähig sind, wollen diese nicht für sich behalten, sondern sie nach Möglichkeit der Öffentlichkeit bekannt machen. Die wirksamste Form sind Münzausstellungen, für die Münzen und Medaillen nach verschiedenen historischen, sachthematischen oder künstlerischen Aspekten ausgewählt und mit entsprechendem Text zu Ausstellungsobjekten gestaltet werden. Auch durch Vorträge und Publikationen wird ein Beitrag zur Geschichtspromaganda geleistet.

Als im Dezember 1987 Genosse Günther Jahn auf der Bezirksleitungssitzung der SED auf die würdige Vorbereitung des 175. Jahrestages des Be-

freiungskrieges 1813 hinwies, hatte die Fachgruppe Numismatik bereits Vorarbeiten geleistet. Das Ausstellungsobjekt „Die Zeit des Befreiungskrieges im Spiegel deutscher Münzen und Medaillen“ wurde bereits seit 1983 auf Kreis- und Bezirksmünzausstellungen und 1987 auf der Zentralen Münzausstellung der DDR in Berlin gezeigt.

Aus der großen Zahl der Münzen und Medaillen soll hier auf drei etwas näher eingegangen werden.

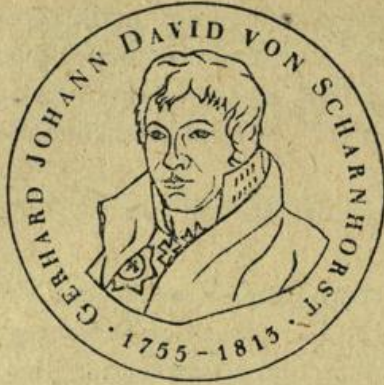
Legt man die Gedenkmedaillen für Scharnhorst, Körner und Prochaska nebeneinander, so hat man drei wesentliche Elemente des Befreiungskrieges vereint: die vorbildliche militärische Führung und Vorbereitung, den Enthusiasmus der Kämpfer und den Kampf der Volksmassen, „wo selbst Frauen ihren Mann standen“.

Gerhard Johann David von Scharnhorst (1755 bis 1813) war preußischer General, fortschrittlicher Militärtheoretiker, führend bei der Heeresreform in Preußen, wo er die Grundlagen des Volksheeres schuf; maßgeblich war er am Feldzugsplan 1813 beteiligt.

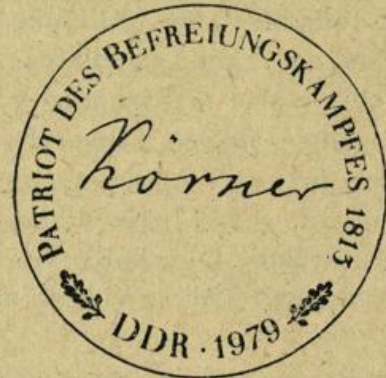
Theodor Körner ist der „Sänger des Befreiungskrieges“. In seiner Kindheit war er mit Friedrich Schiller zusammengetroffen, der im Hause seiner Eltern zu Besuch weilte. Freiwillig meldete er sich zum Freikorps, das Adolf von Lützow führte. Diesem Korps ist sein wohl bekanntestes Lied „Lützows wilde verwegene Jagd“ gewidmet, als Offizier der Lützower ist er 1813 gefallen.

Eleonore Prochaska (1785 bis 1813) ist Potsdamerin. Einen Teil ihrer Kindheit verbrachte sie im Militärwaisenhaus. Unter dem Namen August Renz trat sie als Freiwilliger in das Lützowsche Freikorps ein und nahm an den Kämpfen teil. Erst bei ihrem Tode offenbarte sie, daß sie ein Mädchen ist. Auf dem Alten Friedhof in Potsdam errichteten Potsdamer Bürger zu ihrem Gedenken eine Säule.

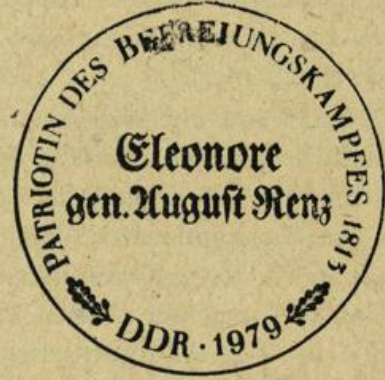
Natürlich betrachtet der Numismatiker auch kritisch seinen Arbeitsgegenstand. Es fällt auf, daß zwar die Führer und bedeutende Persönlichkeiten des Befreiungskrieges dargestellt werden, aber der eigentliche „Held“, die Volksmassen, die Landwehrsoldaten, auf den Medaillen nicht gezeigt werden. Doch gerade in der Organisierung und der Führung des Volkskampfes liegt ja das Verdienst der „besten Preußen“ von 1813, gerade das macht ja ihre Größe aus. Dieser Anforderung werden auch andere Medaillen – Blücher, Arndt, Lützow, Boyen – nicht gerecht. Sicher muß anerkannt werden, daß die Größe der Medaille und die künstlerische Gestaltung sowie die technische Ausführung der Darstellung von Massenszenen Grenzen setzen. Möglichkeiten, aber auch Grenzen einer solchen Darstellung der Volksmassen zeigt der sowjetische Gedenkrußel zum 175. Jahrestag der Schlacht von Borodino 1812 (Herausgabe 1987).



Gerhard Johann David von Scharnhorst 1755-1815



Theodor Körner 1791-1813



Eleonore Prochaska 1785-1813

Die Fachgruppe Numismatik hat dem Rat der Stadt Potsdam den Vorschlag unterbreitet, bei der Gestaltung einer Medaille für Eleonore Prochaska eine Massenszene darzustellen.

Bibliographie

Bearbeitet von Dorothee Geßner

Allgemeines

Eisenbahnatlas DDR / Hans-Joachim Kirsche u. Hans Müller. – 1. Aufl. – Berlin; Leipzig: Tourist-Verlag, 1987. – 328 S.: Ill., Kt.-Anh.

Mark Brandenburg

Bodenfunde und Heimatforschung / Bezirksfachausschüsse für Ur- u. Frühgeschichte d. Bezirke Berlin, Cottbus, Frankfurt, Potsdam. Heft 16. – 1987. – 60 S.: Ill.

Denkmale in Berlin und in der Mark Brandenburg: ihre Erhaltung u. Pflege in d. Hauptstadt d. DDR u. in d. Bez. Frankfurt/Oder u. Potsdam / erarb. im Inst. f. Denkmalpflege, Arbeitsstelle Berlin. – Weimar: Böhlau, 1987. – 568 S.: Ill. – (Schriften zur Denkmalpflege in der DDR)

Heller, Gisela: Neuer Märkischer Bilderbogen: Reporterin zwischen Havel u. Oder. – 1. Aufl. – Berlin: Verlag d. Nation, 1986. – 465 S.: Ill.

Hugenotten in Brandenburg-Preußen / hrsg. von Ingrid Mittenzwei. – Berlin: Akad. d. Wissenschaften, Zentralinst. für Geschichte, 1987. – 366 S.

Mittenzwei, Ingrid: Brandenburg-Preußen 1648 bis 1789: d. Zeitalter d. Absolutismus in Text u. Bild / Ingrid Mittenzwei; Erika Herzfeld. – 1. Aufl. – Berlin: Verlag der Nation, 1987. – 441 S.: Ill.

Weyl, Adolph: Die Paul Henckelsche Sammlung Brandenburg-preußischer Münzen und Medaillen: mit e. Nachtr. – Unveränd. fotomechan. Nachdr. d. Originalausg. Berlin 1876–1877. – 1. Aufl. – Berlin: Transpress, 1987. – 608 S.: 4. Taf.

Bezirk Potsdam

Dem Frieden verpflichtet: zur Entstehung u. Entwicklung d. Gesellschaft für Dt.-Sowj. Freundschaft. – Potsdam: Bezirksleitung der SED, 1987. – 36 S.: Ill. – (Regionalgeschichtliche Dokumente aus dem Havelbezirk; Heft 3)

Denkmalpflege im Bezirk Potsdam: Ergebnisse/ Mönchenkirche Jüterbog, Dampfmaschine Dessow, Interessengemeinschaft Denkmalpflege Ziesar. (Mitteilungen der Gesellschaft für Denkmalpflege, Bezirksvorstand Potsdam) Potsdam 1987. - 23 S.: Ill.

Geschichte der Bezirksparteiorganisation Potsdam der SED / Bezirksleitung Potsdam d. SED, Kommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung.

Teil 1. 1952-1955. - 1985. - 176 S.: Ill.

Teil 2. 1955-1958. - 1986. - 152 S.: Ill.

Teil 3. 1958-1961. - 1987. - 175 S.; Ill.

Historischer Führer. - Leipzig; Jena; Berlin: Urania-Verlag.

Stätten und Denkmale der Geschichte in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) / Autoren: Helmut Assing ... - 1. Aufl. - 1987. - 400 S.: Ill., Kt.

Kunstdenkmäler der Bezirke Berlin/DDR und Potsdam: Bildband. - Berlin: Akademie-Verlag, 1987. - 168 S., Bildt. - (Kunstdenkmäler; Bildband 4)

Potsdam-Stadt

Bauten und Plastiken im Park Sanssouci / bearb. von Hans Hoffmann, Neubearb. von Saskia Hüneke. - Potsdam: Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci, 1987. - 112 S.: Ill.

Hamann, Heinrich: Der Park Babelsberg. - Potsdam: Staatl. Schlösser u. Gärten, 1986. - 47 S.: Ill.

Potsdam im Bild der Geschichte. - Potsdam: Potsdam-Museum.

Teil 2. Dieter Schulte: 1945 bis zur sozialistischen Gegenwart. - 1986. - 105 S.: Ill. & Anl.

60 Jahre Fußball in Bornim (1927-1987) / Sekt. Fußball d. SG Bornim. - Potsdam, 1987. - 23 S.: Ill.

1000 Jahre Potsdam: Blätter aus d. Stadtgeschichte. - Potsdam: Rat d. Stadt.

Teil 1. Heimatgeschichtliche Serie in der Märkischen Volksstimme Jan. 1984 - Febr. 1986. - 1988. - 163 S.: Ill.

Wanderungen in und um Potsdam / Station Junger Techniker u. Naturforscher. - Potsdam.

Heft 5. Wanderweg Nuthetal. · Potsdam-Saarmund / Red.: D. Kern; H. Zielke. - 1987. - 12 S.

Heft 6. Wanderwege im Raum Nedlitz, Fahrland, Krampnitz / Red.: H. Zielke. - 1987. - 12 S.

Weidner: Die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung des Schulwesens in Potsdam: 1945 bis zur Gründung d. DDR 1949. - Potsdam: Rat d. Stadt, Abt. Volksbildung, 1987. - 60 S.: Ill.

Einzelne Kreise

Belziger Heimatkalender '88. Hrsg.: Rat des Kreises Belzig, Abt. Kultur. - 56 S.: Ill.

Heimatkalender des Kreises *Jüterbog* / Rat d. Kreises, Abt. Kultur. 1988. - 1988. - 64 S.: Ill.

Rathenower Heimatkalender / Kulturbund d. DDR Rathenow. Jg. 32. 1988. - 1987. - 95 S.: Ill.

Heimatkalender für den Kreis *Zossen* / Rat d. Kreises, Abt. Kultur. Jg. 31. 1988. - 1987. - 96 S.: Ill.

Wietstruk, Siegfried: Der Kreis *Zossen*: heimatgeschichtl. Überblick. - Zossen: Rat d. Kreises, 1987. - 16 S.: Ill.

Einzelne Orte

90 Jahre Straßenbahn *Brandenburg* / Texte: Respondek. - Reichenbach: Bild u. Heimat, 1987. - 15 Postkt. in Mappe

Straka, Alois: Schlacht bei *Fehrbellin* 18. Juni 1675. - Fehrbellin: Rat d. Stadt, 1987. - 18 S.: Ill.

Chronik zur 700-Jahr-Feier der Stadt *Fürstenberg* im Juni 1987. - Fürstenberg: Rat d. Stadt, 1987. - 46 S.: Ill.

Bauer, Frank: *Hagelberg* 1813: Zum 175. Jahrestag des Gefechtes bei Hagelberg vom 27. August 1813. - Hrsg.: Rat der Gemeinde Hagelberg . . . Hagelberg, 1988; mit Karten

Die Pfarrkirche St. Marien zu *Neuruppin*: ihre Zerstörung vor 200 Jahren u. ihr Neubau. – Neuruppin: Gemeindegemeinderat, 1986. – 12 S.: Ill.

Gernitz, Rudi: Von der Stadtbücherei *Rathenow* zur Stadt- und Kreisbibliothek: e. historischer Abriß . . . 1909–1979. – Potsdam: Wissenschaftl. Allgemeinbibliothek d. Bez. Potsdam, 1987. – 38 S., Bildanh. – (Bibliotheken im Bezirk Potsdam – gestern u. heute; 7)

Festschrift 775 Jahre Stadt *Trebbin* 1213–1987. – Trebbin: Ortsleitung d. SED, 1987. – 80 S.: Ill.

Blütenstadt *Werder/Havel*: heimatgeschichtl. Beiträge / Kulturbund d. DDR. 1988. – 1987. – 72 S.: Ill.

Personen

Böhm, Heinz: Malerei Staudenhofgalerie Potsdam am alten Markt Febr. 1987–April 1987. – Potsdam: VEB Umweltgestaltung u. bildende Kunst, 1987. – 80 S.: Ill.

Kühn, Kurt-Hermann: Frauen: Malerei u. Zeichn.; Ausstellung 14. 9.–14. 11. 1986. – Potsdam: Rat d. Bezirkes . . . , 1986. – 88 S.: überw. Ill.

Aus dem Leben der Gesellschaft für Heimatgeschichte

40 Jahre DDR –

Erkundungen zu einem erfolgreichen Weg

Initiative der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

In zwei Jahren werden die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik den 40. Jahrestag unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates festlich begehen. Vier Jahrzehnte Deutsche Demokratische Republik, das sind Jahrzehnte tiefgreifender gesellschaftlicher Wandlungen und erfolgreicher Aufbauarbeit, das sind Jahrzehnte des Ringens um die Sicherung des Friedens und an Kämpfen und Leistungen reiche Jahre zum Wohle des Volkes. Das ist Geschichte, die wir mitgeschrieben haben und die deshalb unsere Geschichte ist. Sie zu erkunden heißt, sich selbst zu entwickeln.

Die Gesellschaft für Heimatgeschichte lenkt die Aufmerksamkeit aller Mitglieder und Freunde des Kulturbundes der DDR auf die umfassende Vorbereitung dieser Ereignisse. Sie ruft alle Mitglieder, Fachgruppen, Interessengemeinschaften und Freundeskreise sowie ihre Vorstände dazu auf, ihre Vorhaben und Anstrengungen zur Vorbereitung unseres Jubiläums in die Initiative

„40 Jahre DDR – Erkundungen zu einem erfolgreichen Weg“
einzubringen. Damit leisten wir einen spezifischen Beitrag zur Erfüllung der Beschlüsse des XI. Bundeskongresses und der 2. Zentralen Delegiertenkonferenz der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR.

I.

Anliegen dieser Initiative ist es:

- verstärkt Forschungen zur Entwicklung unseres sozialistischen Vaterlandes anzuregen und einen heimatgeschichtlichen Beitrag für ein differenziertes und lebensnahes Geschichtsbild vom Werden und Wachsen unseres Staates und seiner Bürger zu leisten, wobei es um die ganze Breite

- der politischen, ökonomischen, sozialen, wissenschaftlich-technischen, künstlerischen und geistig-kulturellen Entwicklung geht;
- die besondere Aufmerksamkeit regionalgeschichtlicher Arbeit auf die Anstrengungen zur Sicherung des Friedens, zur Verwirklichung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution in den 70er und 80er Jahren zu lenken;
 - in vielfältigen Formen die Geschichte der DDR, ihrer Territorien, Städte und Gemeinden zu propagieren, Erfahrungen, Ereignisse, Leistungen und Persönlichkeiten dieser Jahrzehnte einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen und die Bindung der Bürger an die sozialistische Heimat zu stärken;
 - das reiche historische und kulturelle Erbe unseres Volkes erschließen zu helfen, es unseren Mitbürgern zugänglich zu machen und so einen Beitrag zur Bereicherung des geistig-kulturellen Lebens zu leisten;
 - die Zusammenarbeit mit staatlichen Organen, den Geschichtskommissionen der SED, der Nationalen Front und der FDJ, wissenschaftlichen Institutionen sowie mit den Bereichen, Gesellschaften und Verbänden des Kulturbundes zu fördern und zielstrebig zu entwickeln sowie die Ausstrahlung unserer Gesellschaft insbesondere auf die Jugend zu erhöhen, neue aktive Mitstreiter zu gewinnen und die Organisation zu festigen.

Unser Anliegen verlangt den Beitrag aller. In unserer Initiative soll das gesamte Spektrum der Gesellschaft für Heimatgeschichte zum Tragen kommen. Sie versteht sich als Beitrag zu den Aktionsprogrammen des Kulturbundes in Vorbereitung des 40. Jahrestages der DDR und schließt deren heimatgeschichtliche Vorhaben ein.

Wir wenden uns mit dieser Initiative auch an alle anderen Verbände, Gesellschaften und Zentralen Kommissionen des Kulturbundes mit der Bitte, das Anliegen der Gesellschaft für Heimatgeschichte auf den verschiedenen Ebenen zu unterstützen und gemeinsame Vorhaben zu fördern.

Die erfolgreiche Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik ist eine große Herausforderung für alle Interessenbereiche unserer Gesellschaft. Widmen wir deshalb unsere Ideen und unsere Kraft der Vorbereitung des 40. Jahrestages unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates.

II.

Entsprechend den genannten Schwerpunkten orientieren wir auf folgende Aktivitäten und Leistungen:

- Forschungsergebnisse zur Geschichte der DDR und ihrer historischen Wurzeln;

- die Mitwirkung bei der Erarbeitung der Konzeptionen zur Pflege und Verbreitung des Erbes in den Territorien, Städten und Gemeinden;
- die Durchführung von „Tagen der Heimatgeschichte“;
- die Mitwirkung bei der Führung der Ortschroniken in Städten und Gemeinden;
- die Entwicklung einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit mit spezifischen Mitteln der Bereiche der Gesellschaft für Heimatgeschichte (mit Plakaten, Medaillen, Postern, Faltblättern, Pressebeiträgen);
- Vorbereitung und Durchführung von Heimatfesten und Ortsjubiläen sowie Erforschung und Pflege von Festen und Bräuchen;
- die Sammlung von Lebenserinnerungen, Erlebnisberichten, Fotografien und Erzählstoffen sowie die Erarbeitung von Lebensbildern und biographischen Skizzen;
- die Durchführung von Spezialistenlagern für Jugendliche zur Heimatgeschichte;
- das Anlegen von heimatgeschichtlichen Wanderwegen;
- die Mitwirkung bei der Einrichtung und Betreuung von Heimatstuben;
- Publikationen bzw. publikationsfähige Manuskripte oder andere spezielle Veröffentlichungen der Fachbereiche;
- Herstellung von Zinnfiguren-Dioramen oder Serien zur DDR-Geschichte;
- Fotos zur Heimatgeschichte, Bilder oder Dia-Serien zu heimatgeschichtlichen Themen;
- die Anfertigung von numismatischen und faleristischen Objekten sowie Ausstellungen zu heimatgeschichtlichen Themen;
- Übersichten über Ergebnisse und Leistungen der heimatgeschichtlichen Arbeit;
- Arbeitsberichte, Ausstellungsobjekte und Forschungsergebnisse zur Bodendenkmalpflege.

III.

Die Kreisvorstände und Bezirksvorstände sowie die Kreis- und Bezirksfachausschüsse der Gesellschaft für Heimatgeschichte beraten mit den Interessengemeinschaften, Fachgruppen und deren Mitgliedern über ihre Teilnahme an der Initiative

„40 Jahre DDR – Erkundungen zu einem erfolgreichen Weg“

Sie legen gemeinsam fest, mit welchen Objekten und Leistungen sie sich an der Initiative beteiligen.

Die Ergebnisse der Initiative werden bei den Kreisvorständen der Gesellschaft für Heimatgeschichte eingereicht.

Anlässlich der „Tage für Heimatgeschichte 1989“ werden im Zusammenwirken mit den regionalen Museen und Heimatstuben Ergebnisse aus der Initiative vorgestellt.

Ausgewählte Forschungsergebnisse werden in den „Blättern für Heimatgeschichte“ und anderen Publikationen der Gesellschaft für Heimatgeschichte und ihrer Bereiche veröffentlicht sowie den Autorenkollektiven der zwölbändigen „Deutschen Geschichte“ zur Verfügung gestellt.

Die Bezirksvorstände der Gesellschaft für Heimatgeschichte sollten in Durchführung der Initiative mit den Redaktionen der Bezirkspresse und anderen regionalen Presseorganen und Periodika Absprachen zur Veröffentlichung von Forschungsergebnissen treffen.

Die Bezirksvorstände und Bezirksfachausschüsse reichen die besten heimatgeschichtlichen Objekte und Forschungsergebnisse bis zum 30. Juni 1989 an den Zentralvorstand der Gesellschaft für Heimatgeschichte ein.

Kennwort: „40 Jahre DDR“.

Anschrift: Bundessekretariat des Kulturbundes der DDR
– Abteilung Heimatgeschichte –
Otto-Nuschke-Straße 1, Berlin 1080

In einer Ausstellung werden vom Zentralvorstand der Gesellschaft ausgewählte Forschungsergebnisse und heimatgeschichtliche Objekte vorgestellt. In einer Auszeichnungsveranstaltung des Präsidiums des Kulturbundes der DDR werden die in der Initiative vollbrachten Leistungen der Bundesfreunde gewürdigt.

In die Auswertung werden nur Vorhaben und Resultate einbezogen, die in den Jahren 1987 bis 1989 fertiggestellt wurden.

Es ist erforderlich, allen Vorschlägen eine schriftliche Stellungnahme bzw. ein Gutachten des Bezirksvorstandes beizufügen.

Die Koordinierung der Initiative und die Auswertung der besten Leistungen erfolgt durch eine Arbeitsgruppe des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte.

Berlin, im Oktober 1987

Zentralvorstand der Gesellschaft für Heimatgeschichte
im Kulturbund der DDR